



16. Wahlperiode

103. Sitzung

Mittwoch, den 23.09.2015

Mainz, Deutschhaus

<i>Mitteilungen des Präsidenten.</i>	6806		
AKTUELLE STUNDE	6806		
Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
– Drucksache 16/5594 –	6806		
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6806		
Abg. Adolf Kessel, CDU:	6807, 6810		
Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:	6808, 6811		
Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:	6809		
Abg. Dr. Dr. Rahim Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6810		
Schulstart 2015: Gute Perspektiven für Rheinland-Pfalz auf Antrag der Fraktion der SPD			
– Drucksache 16/5595 –	6811		
Abg. Bettina Brück, SPD:	6811, 6815		
Abg. Bettina Dickes, CDU:	6812, 6816		
Abg. Ruth Ratter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6813, 6816		
Vera Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:	6814		
Asylrecht konsequent umsetzen – Liste der sicheren Herkunftsländer erweitern auf Antrag der Fraktion der CDU			
– Drucksache 16/5608 –	6817		
Abg. Matthias Lammert, CDU:	6817, 6821		
Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD:	6818, 6822		
Abg. Anne Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6819, 6822		
Irene Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:	6820		
<i>Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt. Jeweils Aussprache gemäß § 101 GOLT.</i>	6823		
		Neuwahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreterinnen und Vertreter für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags	
		– Drucksache 16/5255 –	
		dazu:	
		Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
		– Drucksache 16/5610 –	6823
		<i>Einstimmige Annahme des Wahlvorschlags.</i>	6823
		Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats der Wiederaufbaukasse	
		Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
		– Drucksache 16/5555 –	6823
		<i>Einstimmige Annahme des Wahlvorschlags.</i>	6823
		Fluchtaufnahme in Rheinland-Pfalz	
		Regierungserklärung der Ministerpräsidentin	
		dazu:	
		Asylrecht konsequent umsetzen – Fehlanreize vermeiden	
		Antrag der Fraktion der CDU – Entschließung –	
		– Drucksache 16/5615 –	6823
		Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:	6823
		Abg. Julia Klöckner, CDU:	6832
		Abg. Alexander Schweitzer, SPD:	6842
		Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6850
		<i>Aussprache nach der Regierungserklärung von Frau Ministerpräsidentin Dreyer.</i>	
		<i>Mehrheitliche Ablehnung des Entschließungsantrags – Drucksache 16/5615 –.</i>	6856

<p>Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2014/2015 (Nachtragshaushaltsgesetz 2015) Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/5278 – Zweite Beratung</p> <p>dazu:</p> <p>Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 16/5575 –</p> <p>Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 16/5576 –</p> <p>Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/5609 –</p> <p>Flüchtlingskinder gut auf die Schule vorbereiten – Sprachvorlaufkurse einführen Antrag der Fraktion der CDU – Entschließung – – Drucksache 16/5590 –</p> <p>Landesgesetz zur Bildung eines Sondervermögens „Kommunales Investitionsprogramm 3.0 – Rheinland-Pfalz (KI 3.0)“ und zur Änderung des Ausführungsgesetzes zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/5279 – Zweite Beratung</p> <p>dazu:</p> <p>Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 16/5602 –</p> <p>Zustimmung des Landtags zum Entwurf einer Änderung der Landesverordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 3 Abs. 2 Satz 1 des Ausführungsgesetzes zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz Antrag der Landesregierung – Drucksache 16/5285 –</p> <p>dazu:</p> <p>Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses</p>	<p>– Drucksache 16/5549 – 6857</p> <p>Abg. Thomas Wansch, SPD: 6857 Abg. Dr. Denis Alt, SPD: 6858 Abg. Gerd Schreiner, CDU: 6859 Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 6862 Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen: 6863</p> <p><i>Gemeinsamer Aufruf der Tagesordnungspunkte 5 bis 7.</i></p> <p><i>Zu TOP 5:</i> <i>Mehrheitliche Ablehnung des Änderungsantrags – Drucksache 16/5609 –.</i> <i>Mehrheitliche Annahme der Beschlussempfehlung – Drucksache 16/5575 –.</i> <i>Jeweils mehrheitliche Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 16/5278 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung.</i> <i>Mehrheitliche Ablehnung des Entschließungsantrags – Drucksache 16/5590 –.</i></p> <p><i>Zu TOP 6:</i> <i>Jeweils mehrheitliche Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 16/5279 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung.</i></p> <p><i>Zu TOP 7:</i> <i>Einstimmige Zustimmung zu dem Entwurf – Drucksache 16/5285 –.</i> 6865</p> <p>Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Neufassung des Landesgesetzes über die Befriedung des Landtagsgebäudes Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5570 – Erste Beratung 6865</p> <p>Abg. Hans-Josef Bracht, CDU: 6865 Abg. Carsten Pörksen, SPD: 6865 Abg. Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 6865</p> <p><i>Vertagung des Gesetzentwurfs – Drucksache 16/5570 –.</i> 6866</p> <p>Agrar- und Ernährungsbericht 2015 Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 16/5568) gemäß Beschluss des Landtags vom 12. Oktober 1989 zu Drucksache 11/3099 6866</p> <p><i>Überweisung des Tagesordnungspunktes an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten.</i> 6866</p>
---	--

* * *

Präsidium:

Präsident Joachim Mertes, Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund, Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel, Vizepräsident Dr. Bernhard Braun.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin, Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Irene Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten, Eveline Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, Roger Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur, Vera Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, Prof. Dr. Gerhard Robbers, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz; Clemens Hoch, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Abg. Horst Gies, CDU, Abg. Ruth Leppla, SPD, Abg. Stephanie Nabinger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Prof. Dr. Salvatore Barbaro, Staatssekretär, Hans Beckmann, Staatssekretär, Heike Raab, Staatssekretärin.

**103. Plenarsitzung des Landtags
Rheinland-Pfalz am 23.09.2015**

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Joachim Mertens:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie herzlich zur 103. Plenarsitzung des Landtags begrüßen. Frau Kollegin Simon und Herr Kollege Klein werden mich bei der Sitzungsleitung unterstützen. Frau Kollegin Simon führt die Rednerliste.

Wir weisen darauf hin, dass wir eine Kurzschulung, elektronischer Dokumentversand, Onlineservice, weniger Papier, draußen platziert haben und der Stand von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr zur Verfügung steht. Morgen steht es von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr und noch einmal am Nachmittag zur Verfügung. Da wir uns eine reichliche Tagesordnung gegeben haben, können wir Ihnen die Zeit zwischen 18:00 Uhr und 20:00 Uhr anbieten, um eine Beratung vorzunehmen. Sie sehen, wir sind im Service unschlagbar. Wir bitten Sie zugleich, nicht in „Rudeln“ aus dem Parlament herauszugehen, sondern vielleicht zu zweit oder zu dritt; denn mehr Beratungsplätze haben wir dort nicht aufgebaut.

Der elektronische Dokumentenversand wird die Zukunft. Viele von uns gehören zu dieser Zukunft.

Entschuldigt sind Herr Kollege Gies, Frau Leppla, Frau Nabinger, die Staatssekretäre Herr Professor Dr. Barbaro, Herr Beckmann und Frau Raab.

Herr Langner hat das biblische Alter von 40 Jahren erreicht. Herzlichen Glückwunsch des ganzen Hauses!

(Beifall im Hause)

Zunächst nenne ich die Hinweise zur Tagesordnung. Zum Tagesordnungspunkt 4, ist mitzuteilen, dass die Regierungserklärung etwas länger sein wird als im Ältestenrat besprochen. Daher können die Fraktionen eine zusätzliche Grundredezeit in Anspruch nehmen.

Die Fraktionen sind übereingekommen, die Tagesordnungspunkte 25 und 26 (Landesgesetze zum 17. und 18. Rundfunkänderungsstaatsvertrag) ohne Aussprache zu behandeln.

Die in der Tagesordnung fehlende Drucksache zu Tagesordnungspunkt 27 wurde am Freitag, den 18. September 2015, fristgerecht verteilt.

Die Beschlussempfehlungen zu den Tagesordnungspunkten 5 und 6 wurden am 22. September 2015 verteilt. Die Frist zwischen der Verteilung und der zweiten Beratung ist daher mit der Feststellung der Tagesordnung abzukürzen.

Beim Bannmeilengesetz ist die Frist zwischen der ersten und der zweiten Beratung mit der Feststellung der Tagesordnung abzukürzen.

Änderungs-, Alternativ- und Entschließungsanträge werden bei dem jeweiligen Tagesordnungspunkt gesondert

aufgerufen.

Meine Damen und Herren, gibt es von Ihnen noch Hinweise? – Das ist nicht der Fall, dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

**Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/5594 –**

Ich erteile Herrn Köbler das Wort.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir erleben zurzeit wirklich eine einmalige Willkommenskultur angesichts der Vielzahl der Menschen, die bei uns Zuflucht suchen.

Niemand wird bestreiten, dass zu einer Willkommenskultur und zu einem Integrationsangebot dazugehört, die grundsätzlichen Grund- und Menschenrechte auch den Menschen zu gewähren, die zu uns kommen und bei uns Schutz suchen. Auch wird niemand bestreiten, dass ein diskriminierungsfreier Zugang zu einer Gesundheitsversorgung ganz grundsätzlich zu den Menschenrechten dazugehört. Deswegen sind wir stolz darauf, dass für Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz die Gesundheitskarte kommt und eingeführt wird.

Die Kanzlerin hat hier ihr Versprechen gebrochen, bis zum Sommer eine Rechtsgrundlage des Bundes vorzulegen, um eine Gesundheitskarte einzuführen. Umso mehr freut es uns als GRÜNE, dass die Gesundheitsministerin, die Landesregierung und Rot-Grün nach vorne gegangen sind und angekündigt haben, dass eine Gesundheitskarte für Rheinland-Pfalz kommen wird. Einmal mehr zeigt sich angesichts der Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingspolitik, der Bund versagt, die Bundesregierung bricht ihre Versprechen, die Kanzlerin bricht ihre Versprechen, aber wir in Rheinland-Pfalz tun etwas. Rheinland-Pfalz handelt. Wir warten auch an dieser Stelle nicht auf den Bund. Die Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz wird kommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Sie wird aus zweierlei Gründen kommen. Die bisherige Praxis, dass ein Asylsuchender jedes Mal zum Ausländeramt gehen muss, um einen Behandlungsschein ausgestellt zu bekommen, ist zu nennen. Das ist diskriminierend und bedeutet für die Kommunen einen immensen Verwaltungsaufwand. Die Kommunen müssen dringend von Verwaltungsaufwand entlastet werden, um gerade jetzt den Herausforderungen beim Thema Flüchtlinge gerecht werden zu können.

Das Märchen, das Sie von der CDU streuen, dass die Gesundheitskosten explodieren würden, ist längst widerlegt worden. Die Erfahrungen in Hamburg und Bremen

haben gezeigt, dass es dort sogar zu Einsparungen in den Kommunalverwaltungen gekommen ist. Hamburg hat das evaluiert und herausgefunden, dass dort das Kostenvermeidungsvolumen 1,6 Millionen Euro im Jahr beträgt. Es profitieren also alle Beteiligten von der Einführung einer Gesundheitskarte.

Die bisherige Regelung ist kein diskriminierungsfreier Zugang zu unserem Gesundheitssystem.

Wir können es auch nicht den Menschen in den Ämtern weiter überantworten, dass sie darüber entscheiden müssen, ob ein Mensch eine Behandlung bekommen kann oder nicht. Wir reden hier über Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in Sozialverwaltungen, die in der Regel nicht medizinisch geschult sind. Wir reden über die Verantwortung, die wir diesen Menschen damit auferlegen. Wenn diese Menschen möglicherweise aus Unkenntnis eine falsche Entscheidung treffen, dann sind sie mit einem hohen persönlichen und moralischen Risiko behaftet, wenn dem Flüchtling im weiteren Krankheitsverlauf möglicherweise, was wir alle nicht hoffen, Schlimmeres passiert.

Es gibt auch nicht, wie Sie von der CDU behaupten, dadurch sozusagen signifikanten Zuwachs von Asylmissbrauch. In Ländern, in denen Flüchtlinge einen diskriminierungsfreien Zugang zum ganz normalen Gesundheitsversorgungssystem haben, wie beispielsweise in Frankreich und Belgien, ist wissenschaftlich nachgewiesen worden, dass es dadurch nicht zu einem vermehrten Zuzug von Asylbewerberinnen und -bewerbern kommt. All Ihre Vorurteile können Sie unter Ihrem Stammtisch begraben.

Frau Klöckner, machen Sie mit bei der Gesundheitskarte in Rheinland-Pfalz. Wir wollen nicht, dass es länger so ist, dass Menschen in Sozialverwaltungen über den Gesundheitszugang von Flüchtlingen entscheiden, die ihre medizinischen Kenntnisse vielleicht maximal dadurch erlangt haben, dass sie die eine oder andere Folge der Schwarzwaldklinik gesehen haben. Das ist auch ein Beitrag zur Integration, wenn die Flüchtlinge einen diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung bekommen. Die Gesundheitskarte ist ein Beitrag zur Integration dieser Menschen. Frau Klöckner, machen Sie mit. Ich gebe Ihnen die Hand darauf, das wird ein Erfolg.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Joachim Mertes:

Herr Kollege Kessel hat das Wort.

Abg. Adolf Kessel, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben europaweit eine beispiellose Versorgung der Asylsuchenden. An dieser Stelle eine Diskriminierung ausmachen zu wollen, ist fern jeder Realität.

(Beifall der CDU)

Das ist eine skandalöse Unterstellung an die Adresse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozial- und Auslän-

derämter,

(Beifall der CDU)

die sich verantwortungsvoll um die erkrankten Asylsuchenden kümmern.

(Carsten Pörksen, SPD: Herr Gröhe auch?)

Die seit Langem bewährte Regelung sieht vor, dass der erkrankte Asylsuchende sich bei der zuständigen Verwaltungsstelle seines Wohnortes einen Behandlungsschein für den Arztbesuch ausstellen lässt. Die Mitarbeiter prüfen, ob die geltenden Regelungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, das Vorliegen einer akuten Erkrankung oder eines Schmerzzustandes erfüllt sind und stellen den Schein aus.

(Zuruf des Abg. Dr. Fred Konrad, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Damit ist sichergestellt, dass die Asylsuchenden den Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Wir möchten an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungen für ihren kompetenten und engagierten Dienst in diesem sicherlich nicht immer einfachen Aufgabengebiet sehr herzlich danken.

(Beifall der CDU)

Die seit Jahren geübte Praxis stellt in keiner Weise eine Diskriminierung der Asylsuchenden und Flüchtlinge dar. Dem Asylbewerber und Flüchtling würde mit der Aushängung der Karte suggeriert, damit Zugang zu allen Leistungen unseres Gesundheitssystems zu haben. Damit werden neue Anreize geschaffen und eine bewährte Verfahrensweise aus rein ideologischen Gründen abgeschafft.

(Beifall der CDU)

Ob das Ganze zu einer Kosteneinsparung führen wird, ist auch noch nicht bewiesen. Die Erfahrungen bei der Einführung der Gesundheitskarte für die Empfänger von Sozialleistungen nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch belegen, dass die erheblichen Mehraufwendungen im Leistungsbereich weit über den Einsparungen im personellen Bereich lagen. Da es jeder Kommune nach dem nordrhein-westfälischen Modell freigestellt werden soll, ob sie die elektronische Gesundheitskarte einführt oder nicht und mit welcher gesetzlichen Krankenkasse sie die Vereinbarung trifft, kann auch die Gefahr der Bildung eines Flickenteppichs nicht gebannt werden. In Nordrhein-Westfalen hat sich bisher keine Kommune dazu bewegen lassen, eine entsprechende Vereinbarung zu treffen. Was in einem Stadtstaat wie Bremen oder Hamburg funktioniert, Herr Köbler, ist nicht 1 : 1 auf ein Flächenland zu übertragen. Statt neue Leistungen zu schaffen, müssen wir uns zunehmend damit beschäftigen, falsche Anreize zu beseitigen.

(Beifall der CDU)

Solange immer noch gravierende Mängel bei der Registrierung und der Unterbringung in den Erstaufnahmeeinrich-

tungen, bei der konsequenten Rückführung der Menschen ohne Bleiberecht, bei der effektiven Integration derer, die einen Anspruch haben, dauerhaft hier bleiben zu können, bestehen und die Kommunen auf ihren Kosten sitzen lassen und nicht wissen, wo sie die vielen Menschen noch unterbringen sollen, solange sollten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf verzichten, nicht existente Diskriminierungen anzuprangern und zusätzliche Kosten zu produzieren.

(Beifall der CDU)

Ich fasse noch einmal zusammen: Die elektronische Gesundheitskarte stellt für viele Flüchtlinge einen Werbeeffect dar. Sie suggeriert den Zugang zu Gesundheitsleistungen, die in vielen Herkunftsländern unerreichbar oder unbezahlbar sind. Die elektronische Gesundheitskarte wäre ein weiterer Zuzugsmagnet. Die elektronische Gesundheitskarte wird eine Leistungsausweitung nach sich ziehen, da allein die Ärzte entscheiden und nicht das Sozial- und Ausländeramt, welche Behandlungen vorgenommen werden.

(Heiterkeit des Abg. Daniel Köbler,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Fred Konrad, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Unverschämtheit!)

Keiner wird es dauerhaft durchhalten, ärztliche Leistungen in großem Umfang nicht zu bezahlen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist schon ein Hammer!)

Die Kommunen werden nicht einsparen, sondern drauflegen. Das zeigen die bereits gemachten Erfahrungen mit der Zuteilung von elektronischen Gesundheitskarten an die Bezieher von Sozialleistungen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Joachim Mertes:

Frau Anklam-Trapp, Sie haben das Wort.

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich begrüße ausdrücklich und betone die Wichtigkeit der Aktuellen Stunde der GRÜNEN-Kolleginnen und -Kollegen, hier im Plenum zur Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz zu sprechen. Meine Damen und Herren, es ist ganz und gar nicht so, dass wir einen Asylmissbrauch in diesem Land haben oder gar irgendwelche Menschen zuwandern, weil sie hier vielleicht gesundheitlich besser versorgt werden. Wir haben keinen Zuzugsmagnet aufgrund unserer Versicherungsleistungen.

Meine Damen und Herren, wie kann man denn annehmen, dass ein noch so gut geschulter Mitarbeiter einer Verwaltung ein schweres Leiden wirklich beurteilen kann und die wirklich notwendige medizinische Versorgung zufüh-

ren kann? Wir haben ein grundlegendes Menschenrecht für den Zugang zur medizinischen Versorgung. Ich hoffe sehr, dass sich auch die CDU-Landtagsfraktion zu diesen Grundrechten in Deutschland bekennt. Bereits im Dezember 2014 hat die rot-grüne Koalition einen Antrag zur Gesundheitskarte für Flüchtlinge gestellt. Daran möchte ich gern erinnern; denn damals war es uns schon wichtig und wert, darüber zu sprechen. Die Anforderungen und Herausforderungen waren noch nicht so hoch wie heute, aber damals schon dringend, und das Bremer Modell lag uns als Blaupause vor. Ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz kann man organisieren. Das steht nicht infrage.

Unsere Sozialämter, unsere Kreisverwaltungen und Verbandsgemeindeverwaltungen und die Mitarbeiter stehen unter einem hohen Druck, begleitet mit hohen Kosten, nicht nur in Verwaltungsarbeit, sondern auch in Fortbildung.

Herr Köbler, Sie haben darauf hingewiesen, in Studien ist es mit 15 % der Kosten veranschlagt worden. Auch das ist eine Leistung der Verwaltung, die ehrenwert ist, Herr Kessel, aber nicht verwaltungsintern gelöst werden muss; denn, wie gesagt, das sind Sachen, die eigentlich die Medizinerinnen und Mediziner in unserem Land zu entscheiden haben, welche Therapie wirklich notwendig ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich anmerken, dass das Land weder die Flüchtlinge noch die Kommunen allein lässt. Bei chronisch kranken Menschen, die wirklich schwerstkrank hier herkommen, die vielleicht ein Krebsleiden auf ihrer Flucht mit in unser Land bringen, deckt das Land, sodass weder die Flüchtlinge noch die Kommunen allein gelassen werden. Das Gleiche gilt auch, wenn vielleicht große Operationen anstehen. Ja, beispielgebend ist das Bremer Modell. Die Hansestadt Hamburg hat ebenfalls die Gesundheitskarte für Flüchtlinge erstellt. Aber derzeit ist das Saarland – verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, übrigens mit einem schwarzen Gesundheitsminister – in enger Absprache, um die Flüchtlingskarte Asyl einzuführen. Sie sollten sich ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Gerade gestern hat sich die AOK in einer deutschlandweiten großen Pressemitteilung klar zur Gesundheitskarte für Flüchtlinge geäußert. Daran darf ich alle anderen gesetzlichen Krankenversicherer mit anschließen.

Es ist unser Ziel, den Zugang zu dem Gesundheitssystem für akut erkrankte Flüchtlinge und ihre Kinder zu erleichtern. Es ist unser Ziel, die Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsversorgung zu erhöhen und keine Kosten und Ängste zu schüren, Herr Kessel. Es ist unser Ziel, die Landkreise und die Städte deutlich von Verwaltungsarbeiten zu entlasten.

Unser Dank gilt allen Engagierten im Ehrenamt, im Hauptamt und wo auch immer sie ihre Arbeit leisten, und natürlich auch den Mitarbeitern der Verwaltung, Herr Kessel.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Referentenentwurf des Bundes – und da ein klarer Hinweis zu Herrn Gröhe – stellt den Ländern die Regelungen mit dem GKK für die Kommunen nicht verpflichtend in Aussicht. Diese Kann-Lösung, die vom Bund vorgeschlagen wird, ist die Grundlage eines möglichen Flickenteppichs.

Verehrte Frau Ministerin Bätzing-Lichtenthäler, deswegen bin ich für Ihr Engagement ausgesprochen dankbar, alle Kommunen an einen Tisch zu holen, einen Rahmenvertrag zu vereinbaren, in dem die Leistungen miteinander festgeschrieben werden; denn diesen Herausforderungen müssen wir uns gemeinsam stellen. Deswegen organisieren Sie das hervorragend für die Flüchtlinge in unserem Land.

Meine Damen und Herren, die Karte wäre, wenn sie denn käme, für 24 Monate ab dann gültig, wenn sie aus den Erstaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen gehen.

Meine Damen und Herren, ich schließe mich Herrn Köbler an, die Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz wird kommen. Wir arbeiten daran.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Joachim Mertes:

Das Wort hat Frau Bätzing-Lichtenthäler.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung spricht sich bereits seit Ende des Jahres 2014 für eine bundesgesetzlich verpflichtende Einführung einer Gesundheitskarte für Asylsuchende aus. Diese soll an die Flüchtlinge zum Zeitpunkt ihres Verlassens der Erstaufnahmeeinrichtung und damit zum Zeitpunkt ihrer Verteilung auf die Kommunen ausgegeben werden. Bei solch einer bundesgesetzlich einheitlichen Regelung würden alle Asylsuchende eine Gesundheitskarte von einer gesetzlichen Krankenkasse erhalten. Diese würde dann anfallende Behandlungskosten für akute Erkrankungen und Schmerzzustände, und zwar analog den bisherigen Leistungen, sowie eine Verwaltungskostenpauschale mit den zuständigen Behörden, also mit den Kreisen und kreisfreien Städten, abrechnen.

Somit wären mit dieser Gesundheitskarte einerseits Flüchtlinge nicht mehr länger darauf angewiesen, bei gesundheitlichen Problemen zunächst zum Sozialamt zu gehen und um Ausstellung eines Behandlungsscheines nachsuchen zu müssen, ein Verfahren, das allgemein als diskriminierend angesehen wird, denke ich. Andererseits müssen die Kommunen nicht länger Personal für die Scheinausgabe schulen und bereithalten. Auch durch den Wegfall der Prüfung und Anweisung der anfallenden Kosten entsteht eine spürbare Entlastung der kommunalen Behörden, da dies künftig von den Krankenkassen übernommen würde. Somit würden beide Seiten – sowohl die Flüchtlinge als auch die Kommunen – von diesem vereinfachten Verfahren profitieren.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz hat sich immer wieder für diese bundeseinheitliche Praxis und damit gegen einen sprichwörtlichen Flickenteppich ausgesprochen, der von Kreis zu Kreis bzw. von Stadt zu Stadt unterschiedliche Regelungen bereithält; denn genau diese Gefahr eines Flickenteppichs besteht, wenn die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte ausschließlich auf dem Weg von freiwilligen Vereinbarungen zustande käme.

Konkret bedeutet das eine Einführung auf der Basis von § 264 Abs. 2 SGB V im Rahmen einer bundesweiten Gesetzesnovelle. Diese benötigen wir. Die Möglichkeit des § 264 Abs. 1 SGB V, besser bekannt als das „Bremer Modell“, wie es in Bremen, Hamburg und auch in Nordrhein-Westfalen als Flächenland besteht, führt gerade in Flächenländern zum befürchteten Flickenteppich.

Nun hat uns – wir haben es gehört – nach langem Zögern auf der Bundesebene am 16. September doch noch ein Gesetzentwurf des Bundes erreicht. Der darin enthaltene Regelungsvorschlag zu § 264 Abs. 1 SGB V ist aber alles andere als überzeugend, da weiterhin jede einzelne Kommune eigenständig entscheiden kann, ob sie sich einer solchen Rahmenvereinbarung anschließt oder nicht. Eine Flächendeckung wäre mit dieser bundesgesetzlichen Regelung nach wie vor so gut wie ausgeschlossen.

Lieber Herr Kessel, damit hat die Bundesregierung an dieser Stelle ihr Thema verfehlt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesen Gründen und weil es auch noch keinerlei Zeitplanung vonseiten des Bundes gibt, hat sich die Landesregierung dafür entschieden, das Ziel einer bundeseinheitlichen Lösung nicht aus den Augen zu verlieren und es trotzdem immer wieder der Bundesregierung gegenüber zu propagieren. Gleichzeitig habe ich mich dazu entschieden, die bereits zu Jahresbeginn geführten Gespräche mit den Krankenkassen und Kommunen wieder aufzunehmen.

Ich habe ganz konkret die Kreise, die kreisfreien Städte, die kommunalen Spitzenverbände und die Krankenkassen sowie die Kammern und Kassenärztlichen Vereinigungen am 16. September ins Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie eingeladen, um Möglichkeiten einer Rahmenvereinbarung auf Landesebene zu eruierten. Es gab eine konstruktive Diskussion über die Voraussetzungen für die Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge und eine grundsätzliche Verständigung über die Einsetzung einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Kommunen, der Krankenkassen, der Kassenärztlichen Vereinigungen und der Landesregierung sowie gegebenenfalls Sachverständigen. Diese Arbeitsgruppe wird die zahlreichen noch zu klärenden Detailfragen bearbeiten.

Am Ende des Jahres soll dann eine Rahmenvereinbarung stehen, der die Kreise und kreisfreien Städte unseres Landes beitreten können. Von dieser Rahmenvereinbarung werden die Flüchtlinge vor Ort, aber auch die kommunale Ebene profitieren; denn wir werden mit einem abgespeckten Leistungskatalog nicht nur einen diskriminierungsfreien Zugang zum Gesundheitssystem leisten, sondern es wird

auch Bürokratie eingespart.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die elektronische Gesundheitskarte unterliegt im Gegensatz zum Behandlungsschein auch der Budgetierung. Damit werden in den Kommunen sogar eindeutig Kosten eingespart werden.

Meine Damen und Herren, der diskriminierungsfreie Zugang zum Gesundheitssystem ist auch ein Menschenrecht, das wir gerade den von gewalttätigen Konflikten gezeichneten Menschen gewähren müssen. Dieses Grundrecht infrage zu stellen, halte ich in der aktuellen Situation für unredlich. Die Landesregierung tut alles dafür, damit sich Asylsuchende in Rheinland-Pfalz sicher und gesund aufhalten können.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Joachim Mertes:

Das Wort hat Herr Dr. Schmidt. Ihre Redezeit beträgt noch zwei Minuten.

Abg. Dr. Dr. Rahim Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass unser Bundesland nach Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen die Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen will. Dieser Akt ist human, ökonomisch und auch für alle Tätige in diesem Bereich sehr arbeitsentlastend. Von daher gilt mein Dank unserer Ministerin Irene Alt, die sehr ambitioniert und frühzeitig dieses Thema auch auf der Bundesebene thematisiert und vorangebracht hat. Herzlichen Dank!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, unser Verein Armut und Gesundheit hat in Zusammenarbeit mit der Landesärztekammer einen Informationsflyer und einen Anamnesebogen, der in 15 Sprachen übersetzt wurde, für den ersten Kontakt für den Arzt und die Flüchtlinge herausgegeben. Das ist ein wichtiger Schritt, wenn die Flüchtlinge einen Arzt besuchen.

Schon vor einem Jahr habe ich in Berlin in diesem Zusammenhang die Bundespsychotherapeutenkammer, die Bundesärztekammer, aber auch das Behandlungszentrum für Folteropfer besucht, um perspektivisch und strukturell zu schauen, welche Maßnahmen wir hinsichtlich dieses Themas, das uns lange beschäftigen wird, in vernünftiger Art und Weise für alle Beteiligten und Akteure auch bei uns in Rheinland-Pfalz ergreifen und umsetzen können.

Meine Damen und Herren, das Thema Interkulturelle Medizin ist ein Herzensanliegen von mir, weil wir viele Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund haben. Das wird auch in Zukunft ein großes Thema in den Arztpraxen sein. Deshalb bemühe ich mich auch persönlich, dass wir

ein Bewusstsein in die Medizin bringen und in der Aus- und Fortbildung auf diese Ebene eingegangen wird.

(Glocke des Präsidenten)

Über dieses Thema wird auch am 5. Oktober in der Zeitschrift „Der Hausarzt“ ein Beitrag von mir zum Thema Interkulturelle Medizin veröffentlicht, den ich Ihnen ans Herz legen möchte.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Joachim Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Kessel.

Abg. Adolf Kessel, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Dr. Schmidt, Sie haben allen gedankt, die daran beteiligt waren. Es wäre schön gewesen, wenn auch die Ministerpräsidentin den Dank hätte entgegennehmen können. Wir gehen davon aus, dass sie bald noch kommt.

Die Einführung der Gesundheitskarte ist nach unserer Ansicht – so wird es auch kommen – der erste Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Leistungseinschränkung. Es ist auch das erklärte Ziel gerade der GRÜNEN, dass man das Asylbewerberleistungsgesetz insgesamt abschafft, und zwar dass es keine Leistungseinschränkungen mehr gibt und der Zugang zum Gesundheitswesen insgesamt geöffnet wird.

Im Saarland werden die Kosten spitz abgerechnet. Sie bleiben nicht bei den Kommunen hängen. In Rheinland-Pfalz bleiben auch mit der Gesundheitskarte die Kosten weiterhin bei den Kommunen hängen.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerin, Sie können die Kommunen dann bewegen, dass sie sich alle dazu bekennen und das System mitmachen, wenn Sie sich bereit erklären, die Kosten dafür zu übernehmen. Ich denke, dann sind auch die Kommunen bereit, diesen Weg mitzugehen. Wer A sagt, muss auch B sagen. Dazu sind Sie nicht bereit. Nehmen Sie sich ein Beispiel am Saarland – Sie haben es erwähnt, dass man dort das Gleiche macht –, aber mit den gleichen Regeln, die damit verbunden sind. Ich denke, dann können wir weitersehen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Joachim Mertes:

Das Wort hat Frau Kollegin Anklam-Trapp.

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kessel, wir nehmen uns durchaus ein Vorbild am Saarland, an Hessen und vielen anderen Ländern. Der Rahmenvertrag, der mit den Leistungserbringern und den Kommunen vereinbart worden ist, ist ein besonderer Rahmenvertrag, der auch dazu dienen wird, um den Ängsten, die Sie geschürt haben, entgegenzutreten. Es geht – ich möchte es noch einmal erwähnen, damit die Menschen, die unter uns sind, wissen, worum es geht – nur um die Versicherung und die Inanspruchnahme von ärztlichen Leistungen bei ganz schweren und ernsten Erkrankungen, starken Schmerzen, der Begleitung von Schwangeren, der Geburt und Impfungen.

Das sind Grundleistungen, die vom Budget her gedeckelt sind. Die Leistungen kann jeder Mediziner, wenn er die Gesundheitskarte einliest, direkt ablesen. Wir hätten die Gelegenheit, mit der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge nicht nur Bürokratie in den Verwaltungen abzubauen, sondern auch bei den Ärzten. Außerdem würden wir den Menschen, die wirklich andere Sorgen haben, eine ganz hohe Bürokratie nehmen. Wir würden sie diskriminierungsfrei und menschenwürdig versorgen können.

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik sind vielfältig. Mit der Versicherungskarte für Flüchtlinge würden wir einen wichtigen Beitrag zur Humanität verknüpfen und bürokratische Hürden nehmen.

Meine Damen und Herren, wir stehen zu dem Vorschlag der Gesundheitskarte für Flüchtlinge. Wir werden das weiter vertreten, auch nach Berlin.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Joachim Mertes:

Ehe ich das zweite Thema der Aktuellen Stunde aufrufe, begrüße ich als Gäste auf der Zuschauertribüne die Frauen-Seniorensportgruppe aus Platten, den Vorstand der Schüler-Union Kreis Neuwied und den VdK-Ortsverband Saulheim sowie Bürgerinnen und Bürger aus Spiesheim und Biebelnheim. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

**Schulstart 2015: Gute Perspektiven für Rheinland-Pfalz
auf Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/5595 –**

Abg. Bettina Brück, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die bestmögliche Bildung und Förderung für jedes Kind, unab-

hängig von der sozialen Herkunft und der Finanzkraft der Eltern, stehen für SPD und GRÜNE im Mittelpunkt des politischen Handelns. Das war in der Vergangenheit so, und das wird auch in Zukunft so bleiben. Das zeigt sich auch und ganz besonders zu Beginn des neuen Schuljahres. Deshalb ist es uns wichtig, dies heute zu thematisieren und den Blick auf eines der wichtigsten, als Bildungspolitikerin sage ich, auf das wichtigste Feld der Landespolitik zu lenken.

Dem Schuljahresanfang gilt immer eine besondere Aufmerksamkeit. Er ist Gradmesser für die Stimmung an unseren Schulen. Ich bin froh, feststellen zu können, das neue Schuljahr hat auch in diesem Sommer wieder einmal gut angefangen. Das belegen Gespräche mit Schulen, Lehrern und Eltern, und das belegt auch ein Blick in die heimische Presse.

So titelten die Zeitungen zum Schuljahresbeginn: Land spart keine Lehrerstellen ein, in der „AZ“, oder: Weniger Schüler, aber die Zahl der Lehrer bleibt gleich, in der „Rhein-Zeitung“. Dies ist keineswegs selbstverständlich und kommt auch nicht von ungefähr.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rund 1.200 neue Lehrerinnen und Lehrer sind zum neuen Schuljahr eingestellt worden, 430 mehr, als in der mittelfristigen Planung vorgesehen war, und das bei leicht sinkender Schülerzahl trotz Zuzug und Flüchtlingswelle. Das ist eine echte Herausforderung in Zeiten der Schuldenbremse. Gute Bildung ist uns das wert. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für einen attraktiven Unterricht und für gute Lebenschancen unserer Kinder.

Hier zeigt sich deutlich, dass die Landesregierung eine besondere Priorität bei der Bildung setzt. Nach unseren Recherchen sind wir bundesweit eines der ganz wenigen Länder, das in diesem großen Maße Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich einstellt.

Das zeigt sich noch deutlicher, wenn wir über den Rhein nach drüben zu unseren Nachbarn nach Hessen schauen. Dort werden keine neuen Lehrerstellen geschaffen, sondern im großen Stil umverteilt. Die Hessen kürzen bei Grundschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen und stecken die Stellen in andere Bereiche.

(Unruhe bei der CDU)

In anderen Ländern sieht das nicht anders aus. Zu guten Rahmenbedingungen gehört auch, dass ungefähr die Hälfte der neu eingestellten Lehrkräfte aus dem Kreis der Vertretungslehrer stammt und nun eine feste Planstelle hat. Dazu gehört auch, dass der Vertretungslehrerpool jetzt von 500 auf 800 Beamtenstellen angewachsen ist. Das Land handelt also auch hier sehr verantwortungsbewusst.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den guten Rahmenbedingungen gehört auch, dass Vorsorge für ausreichend Deutsch-Intensivkurse zur Beschulung von Flüchtlingskindern getroffen wurde. Ministe-

rin Reiß hat im Bildungsausschuss genau dargelegt, wie flexibel das Ministerium und die Schulaufsicht hier den Bedarf steuern. Allein in der ersten Schulwoche ist die Zahl der Deutsch-Intensivkurse von 224 auf 235 Kurse angestiegen.

(Christian Baldauf, CDU: Ist ja Wahnsinn!)

– Ja, Herr Baldauf, das ist Wahnsinn, weil es im letzten Schuljahr nur 151 Deutsch-Intensivkurse gab. Da sehen Sie auch, wie die Steigerung zustande kommt und wie wichtig uns dieses Feld ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Kurse finden an rund 200 Schulen in unserem Land statt. Es gab ein Fernsehinterview, in dem Frau Klöckner meinte, es wären etwa 20 Schulen im Land. – Es sind 200. Na gut, um das Zehnfache kann man sich leicht vertun, aber so ist das eben.

Wir bleiben dabei, dass wir Kinder, die kein Deutsch sprechen, nicht von den übrigen Kindern in einer Schule separieren wollen. Wenn Schüler 15 bis 20 Stunden Deutsch in der Woche lernen – das muss man sich vielleicht einmal für sich selbst oder seine eigenen Kinder vorstellen –, muss aus pädagogischer Sicht zwischendurch eine Pause eingelegt oder auch einmal etwas anderes gemacht werden.

Kinder lernen gemeinsam miteinander und voneinander. Das gilt ganz besonders für Kinder ohne Deutschkenntnisse, wenn sie gemeinsam mit einheimischen Kindern in einigen Fächern wie Sport, Musik oder Kunst unterrichtet werden. Dort sind unsere Lehrkräfte wirklich sehr, sehr engagiert.

Hinzu kommt: Experten bevorzugen dieses Modell. Das sollte die Opposition endlich zur Kenntnis nehmen.

Das Land bietet dabei vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung und zur Strukturierung. An runden Tischen wird die Angebotspalette eng begleitet,

(Glocke des Präsidenten)

es wird ausgebaut, sofern nötig.

Mehr dazu können wir in der zweiten Runde besprechen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Joachim Mertes:

Frau Dickes, Sie haben das Wort.

Abg. Bettina Dickes, CDU:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns über den Titel dieser Aktuellen Stunde gewundert, der da lautet: Gute Perspektiven,

(Alexander Fuhr, SPD: Die haben Sie nicht so, das stimmt!)

weil doch das Schuljahr eigentlich mit einer bildungspolitischen Bankrotterklärung der Landesregierung begonnen hat.

(Beifall bei der CDU –
Heiterkeit bei der SPD)

Es ist schon interessant, wie sich angebliche Überzeugungen ändern, wenn man vom Bildungs- ins Finanzministerium wechselt. Ich möchte an die Aussagen von Frau Ministerin Ahnen erinnern, als die CDU zum wiederholten Male und immer wieder die Schließung der AQS gefordert hatte. Frau Ministerin Ahnen, damals sagten Sie, die Schließung der AQS würde uns in Rheinland-Pfalz tatsächlich national und international völlig ins Abseits stellen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Frau Kollegin Brück, das wollten Sie am 20. Dezember 2013, genau vor zwei Jahren, gar nicht. Das geht mit uns nicht, das wollen wir nicht, haben Sie gesagt.

(Julia Klöckner, CDU: So war das!)

Frau Brück, ich bin gespannt auf Ihren Antrag bei den Haushaltsberatungen. An dieser Stelle muss ich sagen, als CDU sind wir natürlich heilfroh, dass diese Forderung endlich erfüllt ist.

(Alexander Fuhr, SPD: Aha!)

Mit uns freuen sich landesweit die Lehrer. Das ist das, was man zum Schuljahresbeginn mitbekommen hat.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Nils Wiechmann, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das war auch der Grund für meinen Beginn und für meine Aussage,

(Zuruf von der SPD: Was für eine
Aussage?)

dass die Schließung der AQS durchaus die bildungspolitische Bankrotterklärung der Landesregierung ist;

(Alexander Fuhr, SPD: Sie haben zum
Schuljahresbeginn ja gar nichts zu sagen!)

denn es zeigt sowohl die Konzeptlosigkeit als auch die Beliebigkeit rot-grüner Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin Ahnen, als Bildungsministerin haben Sie die Unersetzlichkeit der AQS betont. Als Finanzministerin ist diese scheinbare Qualität dem Spardiktat zum Opfer gefallen.

(Alexander Fuhr, SPD: Schuljahresbeginn!)

Als Bildungsministerin haben Sie versprochen, zu diesem Schuljahr die Klassenmesszahl an Gymnasien und integrierten Gesamtschulen auf 25 zu senken. Das war das zentrale Wahlversprechen, das Sie gegeben haben. Als Finanzministerin war es Ihre erste Amtshandlung, dieses

zentrale Wahlversprechen wieder zu brechen. Deshalb ist es kein guter Start ins Schuljahr 2015/2016.

(Beifall der CDU)

Trotz der vielfältigen Aufgaben, die wir in diesem Land haben – ich nenne nur das große Thema der Inklusion, die Umsetzung auch an den Integrierten Gesamtschulen –, bleiben die Klassengrößen unverändert hoch. Das zeigt, wie viel Frau Ahnen heute in ihrem neuen Amt und Frau Reiß, die als Ministerin einer rot-grünen Regierung dagehalten müsste, die Bildung wirklich wert war.

Gerade in der aktuellen Situation, in der wir deutlich mehr Flüchtlingskinder in den Schulen haben, wären die kleineren Klassen umso wichtiger gewesen; denn die Schulen stehen vor gewaltigen Herausforderungen.

Das, was Sie als guten Start in diesem Schuljahr bezeichnet haben, hat sich seitens der Lehrverbände ganz anders angehört. Man hat darauf hingewiesen, dass der gute Wille – und den haben alle, das kann man keinem unterstellen, dass er den nicht hat –

(Carsten Pörksen, SPD: Ihnen unterstelle ich das nicht!)

allein aber nicht ausreicht, wenn man die Ressourcen nicht hat, wenn man eine große Klasse hat, allen Kindern gerecht werden muss, Kinder ohne Sprachkenntnisse dabei sind, möglicherweise unalphabetisiert, und diese gewaltigen Aufgaben nun einmal anstehen.

Das ist für uns der Grund, warum wir gesagt haben, wir möchten Vorlaufklassen, damit man erst Grundkenntnisse in Deutsch und möglicherweise auch in der Schrift hat.

Wir haben das in einem Antrag zum Thema Sprachförderung erneut gefordert, den wir im Rahmen des Nachtrags Haushalts behandeln werden.

Sie lehnen es grundsätzlich ab. Sie haben es eben auch wieder abgelehnt und sagen, alle Experten sind dagegen. Ihre eigene Flüchtlingsbeauftragte im Bund, Frau Aydan Özoguz, fordert ebenfalls diese Vorlaufklassen. Laut Strategiepapier sollen Kinder und Jugendliche in speziellen Lerngruppen, Willkommensklassen, zunächst Deutsch lernen, um dann in die Regelklassen integriert zu werden und die Schule mit Erfolg abschließen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Es wäre schön, wenn Sie sich dem anschließen könnten.

Sie fordert gleichzeitig auf Bundesebene die Bundesländer auf, für Flüchtlingskinder in den Schulen ausreichend qualifizierte Lehrkräfte und Sozialpädagogen bereitzustellen.

Bei uns – das muss man feststellen – sind die Ressourcen für die Sprachförderung schon im vergangenen Jahr nicht ausreichend gewesen. Maximal für die Hälfte aller Kinder haben sie gereicht. Jetzt haben wir in diesem Jahr die Mittel für die Intensivkurse in der Tat aufgestockt, verdoppelt.

(Glocke des Präsidenten)

Die Zahl der Flüchtlinge hat sich allerdings vervierfacht, und es reicht vorne und hinten nicht. Deswegen können wir nach wie vor nicht sagen, ein guter Start ins neue Schuljahr.

(Beifall der CDU)

Präsident Joachim Mertes:

Frau Ratter, ich erteile Ihnen das Wort. – Bitte schön.

Abg. Ruth Ratter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, vielen Dank für das Wort.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Frau Brück hat zum Glück die Zahlen alle so gut referiert, dass ich direkt auf Sie, Frau Dickes, antworten kann.

(Carsten Pörksen, SPD: Lohnt sich das?)

Die Sache mit dieser Bankrotterklärung scheint mit einer gewissen Schizophrenie verhaftet zu sein.

(Christian Baldauf, CDU: Was ist das für ein Wort? –

Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Einerseits behaupten Sie, dass die Politik eine Art von Untergang des Abendlandes ist, was hier in Rheinland-Pfalz in Sachen Bildung geschieht, und andererseits fordern Sie, dass die AQS, die Sie immer abschaffen wollten, letzten Endes nun komischerweise in Ihren Augen dem entspricht. Ich kann das nicht so ganz nachvollziehen.

Die AQS, die in der Tat in den vergangenen zehn Jahren eine wichtige Arbeit geleistet hat im Sinne einer externen Evaluierung, hat einen guten Beitrag zur Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz geleistet und mit dem Programm InES nun die Voraussetzungen geschaffen, dass das, was da gemacht worden ist, auch weitergeführt werden kann.

Die Klassengrößen und ihre Reduzierung in den letzten Jahren konnten bis zu einem guten Teil durchgeführt werden und haben zu Verbesserungen beigetragen. Aber wir müssen uns den Realitäten stellen. Die Realitäten bedeuten eben auch, dass die Voraussetzungen, die 2011 gegeben waren, sich nun in dieser Form nicht erfüllen.

Dass tatsächlich weniger Schülerinnen und Schüler an den Grundschulen in diesem Schuljahr angekommen sind – 300 an der Zahl –, heißt nun noch nicht, dass sie nicht im Laufe des Kalenderjahres möglicherweise nicht noch aufgestockt werden müssen, und so bleibt unser Fazit, dass die guten Voraussetzungen, die wir momentan bei Beginn des Schuljahres haben, eben auch weiterentwickelt werden müssen; denn es ist davon auszugehen, dass noch mehr Sprachkurse gebraucht werden.

Frau Dickes, ja, aber begleitend. Es hat überhaupt keinen Zweck, was Sie erneut fordern und was wir ablehnen, mit Vorlaufklassen die Kinder zu separieren, sie in Ghetto-Klassen zu unterrichten.

(Zuruf von der CDU: Quatsch!)

Es ist ungemein wichtig, dass Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen auch die Möglichkeit haben, sich unterschiedlich weiterzuentwickeln mit Kindern in ihrem Alter, mit Kindern in den Schulen, in denen sie später auch Fuß fassen sollen.

(Zuruf der Abg. Simone Huth-Haage, CDU)

Von daher ist es sinnvoll, dass wir zusätzlich zum Unterricht an den Schulen auch weiterhin Unterricht in Sprachklassen haben, aber gemeinsam Musikunterricht, Sportunterricht und die Dinge mehr, die an den Grundschulen und weiterführenden Schulen gemeinsam unterrichtet werden können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Natürlich, die Aufstockung der Mittel kann nicht mit dem mithalten, was notwendig wäre. Aber woran liegt das denn bitte schön? –

(Julia Klöckner, CDU: Jetzt kommt der
Bund!)

Vielleicht an den Bundesmilliarden. – Möglicherweise bräuchte es mehr Gelder auch vonseiten des Bundes.

Wir haben uns hier einer großen Aufgabe zu stellen. Ich bin sehr froh und sehr dankbar, dass die Bundeskanzlerin sich bereit erklärt hat, das auch entsprechend anzugehen. Wir sind alle gefordert. Von daher bedeutet das eben auch, die vielen Ehrenamtlichen, die sich dankenswerterweise auch dem Sprachunterricht in den Schulen und gemeinsam mit den Schulen angenommen haben, zu unterstützen. Es bedeutet auch, die Lehrerinnen und Lehrer, die keine Ausbildung haben in Sachen Deutsch als Zweitsprache durch das Pädagogische Landesinstitut weiterhin zu begleiten. Es bedeutet eben auch, dafür Sorge zu tragen, dass die Willkommenskultur, die sehr stark aus der Bevölkerung auch in das Bildungssystem hineingetragen wird, eben nicht nur unsere Anerkennung findet, sondern alle Unterstützung, die wir den Menschen, die dort vor Ort arbeiten, geben können.

Meine Damen und Herren, ja, Inklusion hat insofern eine neue Bedeutung bekommen. Wir müssen uns tatsächlich eben auch eingestehen, dass Inklusion bedeutet, jedes Kind, jeden Menschen so, wie er bei uns ist, anzunehmen. Es geht da nicht um diesen engen Begriff, der sehr häufig gebraucht wird, sondern es geht um den weiten Begriff der Inklusion, wie ihn die UN-Behindertenrechtskonvention definiert hat.

Ich glaube, dass wir diesen Begriff hier im Land Rheinland-Pfalz leben und alles dafür tun müssen, dass wir die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die Eltern, vor allen Dingen aber auch die Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, dass sie ihre Biografie, ihren Bildungsgang, ihren persönlichen Lebensweg so ausgestalten können, wie es ihren Möglichkeiten entspricht. Ich denke, dazu sollten wir alles unternehmen, was in unserer Macht steht. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Landesregierung hier auf dem richtigen Weg ist.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Präsident Joachim Mertes:

Frau Reiß, Sie haben das Wort.

Vera Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Danke schön, Herr Präsident.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Um ganz ehrlich zu sein, offensichtlich läuft das Schuljahr noch deutlich besser, als wir vermutet haben, weil ich ansonsten keine Erklärung dafür habe, Frau Abgeordnete Dickes, dass Sie mit der Schließung der AQS einsteigen, wenn wir hier über Schulleben und Schulstart sprechen.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Adolf Weiland, CDU: Das wäre mir auch
peinlich an Ihrer Stelle!)

– Ich komme gleich noch einmal auf die AQS zu sprechen.

Lassen Sie mich zu den Rahmenbedingungen drei Bemerkungen machen.

Erste Bemerkung zu unserem Ansatz Deutsch-Intensivkurse, und dann komme ich sehr, sehr gerne auf die AQS zu sprechen. Ganz kurz aber nur, weil sie mit dem Schulstart wirklich gar nichts zu tun hat.

In der Tat, vor zweieinhalb Wochen hat die Schule begonnen. Noch einmal die Zahlen: Für 34.200 ABC-Schützen und ihre Eltern war es ein ganz besonderer Tag. Sie sind ins Schulleben gestartet. Insgesamt haben wir 415.000 Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen und 122.000 Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen. Der Rückgang der Schülerzahl ist deutlich geringer verlaufen, als wir angenommen haben, weil man überhaupt nicht annehmen konnte, was in der Welt passiert. Wir haben 3.000 Schülerinnen und Schüler insgesamt weniger, und wir haben darauf reagiert.

Ich möchte die Zahlen noch einmal nennen, damit sie auch wirklich im Raum stehen bleiben. Wir haben zu diesem Schuljahr 430 Lehrkräfte, Lehrerinnen und Lehrer mehr, als in der ursprünglichen Personalplanung vorgesehen waren.

Im letzten Jahr konnte die damalige Bildungsministerin Ahnen sagen, dass wir 250 Stellen geschaffen haben. Das macht insgesamt 680 Lehrstellen, die dieses Land zur Verfügung stellt, weil es zur Kenntnis nimmt, dass sich die Schülerzahlen anders entwickeln und es für gute Rahmenbedingungen an unseren Schulen sorgt. Es war richtig und gut so, dass wir das getan haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Frau Abgeordnete Dickes, weil Sie Mitglied im Bildungsaus-

schuss sind, wissen Sie das alles. Wir haben die kleinsten Grundschulklassen in Deutschland neben Hamburg. Noch einmal: 24er-Klassenmesszahl. Im Schnitt hat eine Grundschulklasse bei uns in Rheinland-Pfalz 17 Kinder, was uns auch ermöglicht, die Flüchtlingskinder jetzt in unsere Klassen dann aufzunehmen, wenn sie entsprechend Deutsch gelernt haben. Und, weil sie es angesprochen haben, das Aussetzen der weiteren Stufe von 28 auf 25, wir haben auch mit 28 bundesweit noch die geringste Klassenmesszahl in den weiterführenden Schulen, in den Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien. Das alles haben wir im Bildungsausschuss erörtert und diskutiert.

(Zuruf von der SPD: Aufpassen!)

Also Fazit: Die pädagogischen Rahmenbedingungen an unseren Schulen sind durch die Klassenmesszahl bundesweit sehr gut. Da wir 1.200 junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen konnten, ist es mir ein Bedürfnis, an der Stelle Danke an die Schulaufsicht zu sagen. Das ist ein Mammutleistungsgeschäft. Es hat punktgenau funktioniert. Sie haben alle ihren Dienst vor zweieinhalb Wochen begonnen. Deswegen haben wir einen guten Schulstart in Rheinland-Pfalz und einen guten Schulalltag für unsere Schülerinnen und Schüler.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Bemerkung zu den Deutsch-Intensivkursen: Hier werden wir nicht zusammenkommen, weil wir unser Modell der Deutsch-Intensivkurse für deutlich besser halten als die von Ihnen geforderten Vorlaufklassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte keine Abhandlung aus Ministeriumssicht dazu machen, sondern die Praktiker zu Wort kommen lassen. Ich hoffe doch sehr, dass Sie sich mit ihnen unterhalten.

Es ist eine Auswahl von vielen Zitaten, die Sie in der Zeitung lesen können. Zitat in der „Allgemeinen Zeitung“ Ingelheim, Bingen: „Je häufiger die Kinder mit ihren Klassenkameraden in Kontakt sind, umso schneller lernen sie die neue Sprache.“, sagt der Schulleiter von der Grundschule in Ingelheim.

Nehmen wir die Schulleiterin aus der Realschule plus Bad Kreuznach, die Ihnen ja besonders vertraut sein müsste: „Es ist von großem Vorteil, wenn diese Kinder mit Gleichaltrigen zusammen sind.“

Ich könnte jetzt auch noch die Schulleiterin aus der Grundschule Birkenfeld zitieren: „Sie sollen sich an ihre neue Umgebung gewöhnen und neue Freunde finden können.“

Deswegen heißt es bei uns: Deutsch steht im Mittelpunkt – wir haben es schon gehört –: 15 bis 20 Stunden und 10 bis 15 in der Grundschule.

Aber die Integration in den Fächern, in denen Deutsch nicht zwangsläufig notwendig ist, ist uns genauso wichtig. Deswegen werden wir an diesem guten Konzept, das in der Praxis gut ankommt, auch festhalten.

Letzte Bemerkung zur AQS. Frau Dickes, wenn Sie wortgenau zitieren – ja, das habe ich nachgelesen –, dann sagen Sie bitte auch das Jahr dazu. Es war das Jahr 2008, aus dem Sie das Zitat genommen haben. Es war das Jahr 2008, in dem Sie die Ministerin Frau Ahnen zitiert haben.

(Julia Klöckner, CDU: Und 2013!)

Die Erklärung ist ganz einfach. Wir sind nahezu am Ende des zweiten Durchgangs angelangt. Wir haben genug Steuerungswissen. Wir danken der AQS für ihre gute Arbeit. Deswegen konnten wir auch die AQS verantwortungsvoll auflösen.

(Zurufe von der CDU)

Ich höre auf, meine Redezeit ist zu Ende.

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Gott sei Dank!)

Aber noch einmal, die Auflösung der AQS hat mit dem Schulstart überhaupt nichts zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Joachim Mertes:

Frau Abgeordnete Brück, Sie haben das Wort und noch eine Redezeit von zwei Minuten.

Abg. Bettina Brück, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, die CDU scheint sonst nichts zu finden, wenn sie sich an der Frage der AQS abarbeitet oder an alten Themen, die wir schon lang und breit diskutiert haben, wie das Aussetzen der Klassenmesszahlen.

Das hat zumindest zum neuen Schuljahr und bei der Verkündigung im Januar nicht zu großen Problemen geführt, weil wir genau wissen, dass unsere Klassenmesszahlen, unsere durchschnittlichen Klassenfrequenzen viel niedriger sind, als es die Klassenmesszahl erlaubt.

Ich möchte noch einmal auf den Punkt eingehen, dass die Mittel für die Intensivsprachkurse nur für die Hälfte der Schülerinnen und Schüler gereicht haben sollen. Da möchte ich wirklich fragen, wie Sie auf so etwas kommen, weil die Verwaltungsvorschrift zur Unterrichtsorganisation für Kinder ohne Deutschkenntnisse schon sehr lange existiert und jetzt übrigens noch einmal im Handling vereinfacht worden ist.

Die Möglichkeit, Sprachkurse anzubieten, steht allen Schulen schon seit vielen Jahren in den unterschiedlichsten Varianten offen. Die Frage ist doch jetzt, wie man das bündeln, am besten strukturieren und am effektivsten machen kann. Die Intensivkurse an besonders ausgewählten Schulen, an denen man Schülerinnen und Schüler gemeinsam beschulen kann, haben sich bewährt. Das soll auch so weiterlaufen. Daran führt kein Weg vorbei.

Das ist auch bei dem Punkt Inklusion wichtig. Auch da bauen wir die Inklusion, die Möglichkeit, Kinder inklusiv beschulen zu lassen, weiter aus.

(Glocke des Präsidenten)

Wir sind jetzt bei einer Inanspruchnahme von inklusiv beschulten Plätzen von mehr als 30 % der Kinder. Das ist der Wille der Eltern.

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Der Wille der Geschäftsordnung ist, dass jetzt Schluss ist!)

Das wollen wir weiter so machen, weil wir gute Schulen brauchen, gute Lehrkräfte und guten Unterricht. Daran werden wir weiter arbeiten, weil sich daran soziale Gerechtigkeit manifestiert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Joachim Mertes:

Frau Abgeordnete Dickes, Sie haben das Wort.

Abg. Bettina Dickes, CDU:

Frau Kollegin Ratter, ich denke, Sie haben es noch im Kopf, dass Sie mich vorhin der Schizophrenie bezeichnet haben. Herr Präsident, ich finde, das ist ein Punkt, den man durchaus einmal ansprechen könnte, wenn es um Beleidigungen geht.

(Beifall der CDU)

Wir haben unterschiedliche Meinungen. Deswegen sitzen wir hier in unterschiedlichen Fraktionen. Das ist auch in Ordnung so. Wir sollten die verschiedenen Wege diskutieren, die wir gehen können. Alles hat Vor- und Nachteile. Wir kritisieren hier etwas – in diesem Fall war es die AQS –, und ich habe eine bildungspolitische Bankrotterklärung bei Ihnen diagnostiziert,

(Zurufe von der SPD: He! –
Carsten Pörksen, SPD: Das dürfen Sie überhaupt nicht!)

weil Sie vor zwei Jahren noch der Meinung waren, dass eine AQS unverzichtbar sei. Heute sagen Sie, naja, wir brauchen sie nicht mehr.

Ich denke, dann darf ich das durchaus sagen, weil Sie heute hü und morgen hott sagen.

(Beifall bei der CDU)

Mir aber dann Schizophrenie zu unterstellen, das ist grenzwertig und am guten Geschmack vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Ebenso grenzwertig finde ich den Satz, dass Vorlaufklassen Ghettoklassen sein sollen.

(Julia Klöckner, CDU: Wahnsinn!)

Es gibt durchaus Bundesländer, die damit erfolgreich arbeiten. Aber auch hier kann man über den Weg streiten. Aber daraus eine Ghettoklasse zu machen, ist wirklich unsäglich.

Lassen Sie uns doch darüber diskutieren, alle Wege haben Vor- und Nachteile. Der Nachteil im rheinland-pfälzischen System liegt unter anderem darin begründet, dass wir ein Flächenland sind und bei Weitem nicht jedes Kind, selbst wenn wir genügend Kurse hätten, die Möglichkeit hat, an diesen Intensivkursen teilzunehmen, wenn es an einer kleinen Grundschule oder an einer kleinen Realschule plus ist. Dann besteht gar nicht die Möglichkeit, 15 bis 20 Stunden Intensivsprachkurse zu machen, um dann in eine Schule, die 5 Kilometer entfernt liegt, zu gehen, um dort Sport, Musik und Kunst zu machen. Das sind rein praktische Erwägungen, die man auch in Rheinland-Pfalz mit in Betracht ziehen müsste.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zur Frage der Ausstattung. Frau Brück, Sie haben vorhin gefragt, wie wir dazu kämen zu sagen, dass nicht jedes Kind im vergangenen Jahr die Chance hatte.

Wenn wir 6.000 Schülerinnen und Schüler aus dem Ausland hierher bekommen haben – die meisten davon Flüchtlinge –

(Glocke des Präsidenten –
Alexander Fuhr, SPD: Nach der Geschäftsordnung ist jetzt Ende der Redezeit!)

und 151 Intensivsprachkurse mit maximal 20 Kindern haben, dann rechnen Sie einmal nach, dann reichte es im vergangenen Jahr bei Weitem vorne und hinten nicht.

In diesem Jahr sind die Zahlen deutlich gestiegen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir haben bei Weitem nicht für alle Kinder die Sprachintensität, die wir uns wünschen. Nur ein Kind, das gut Deutsch spricht und von uns von Anfang an an die Hand genommen wird, wird hier auch integriert werden können.

(Beifall der CDU)

Präsident Joachim Mertes:

Frau Kollegin, jetzt ist es gut.

Frau Abgeordnete Ratter, bitte.

Abg. Ruth Ratter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Danke, Herr Präsident! Frau Kollegin Dickes, ich habe in 20 Jahren Lehrerin im Alltag gelernt.

(Carsten Pörksen, SPD: Sie aber keinen Tag!)

Ich habe von Anfang an beherzigt, dass eine Bewertung

einer Leistung, zum Beispiel mangelhaft, niemals die Person des Schülers betrifft, sondern immer nur das, was vorgelegt wird. Insofern habe ich Ihre Aussage gemeint und nicht Sie persönlich beleidigt. Das bitte ich, an der Stelle festzuhalten.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Daneben möchte ich Ihnen gerne sagen, dass die Anrufe und die Mails, die ich bekomme, sehr wohl davon ausgehen, dass die Schulen und die Lehrerinnen und Lehrer Probleme haben. Das wird niemand von uns bestreiten; denn die Aufgaben, denen wir uns zu stellen haben, sind immens.

Aber wir haben auch Angebote; denn die jungen Erwachsenen, die zu uns kommen, zwar nicht mehr schulpflichtig sind, aber sehr bildungswillig und wie ein Schwamm all das aufsaugen, was wir ihnen anbieten können an Unterricht und an Möglichkeiten, brauchen auch unsere Hilfe und Unterstützung. Ich sehe hier durchaus noch Spiel nach oben und freue mich, dass insbesondere die Kollegs, die wir auch im Land haben, Angebote für diese Schülerinnen und Schüler machen.

Ich glaube, dass so noch viele andere Menschen auf die Idee kommen zu unterstützen, wo immer es geht, sodass wir unsere Aufgaben auch in der Supervision wahrnehmen möchten.

Das, was ich zu den Ghettoklassen gesagt habe, war apostrophiert. Ich meinte selbstverständlich nur, dass es auch in Ihrem Sinne nicht möglich oder sinnvoll sein sollte zu segregieren.

(Zuruf der Abg. Bettina Dickes, CDU)

Wir verstehen den Begriff der Inklusion im Sinne von Heterogenität in der Arbeit. Wenn wir heterogene Gruppen unterrichten – das ist durchaus in unserer Intention –, dann ist es deutlich leichter, voneinander zu lernen.

Genau so verstehe ich es auch mit dem Sprachunterricht. Ich negiere nicht, dass man kleine Gruppen intensiv auch in der deutschen Sprache und nur in der deutschen Sprache betreuen muss,

(Glocke des Präsidenten)

aber das ist nicht alles. Die Willkommenskultur ist das Entscheidende.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Joachim Mertes:

Meine Damen und Herren, ich darf annehmen, dass der Begriff „Schizophrenie“ ein viel zu weitgehender Begriff ist für diese Diskussion. Wir sollten also die Bezeichnung von Gesundheitszuständen dieser Art künftig nicht mehr nutzen, weil wir inzwischen genug deutsche Worte haben müssten, mit denen man Missstände beschreiben kann.

Wir kommen nun zum dritten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

Asylrecht konsequent umsetzen – Liste der sicheren Herkunftsländer erweitern auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/5608 –

Herr Lammert, Sie haben das Wort.

Abg. Matthias Lammert, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mittlerweile geht man von fast 50.000 Flüchtlingen und Asylsuchenden für Rheinland-Pfalz aus. Fast über die Hälfte kommt in diesem Jahr aus den Westbalkanstaaten zu uns. Man darf nicht die Augen davor verschließen, dass viele Bürgerinnen und Bürger dieser beiden Länder sich allein aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lebensperspektive auf den Weg nach Deutschland machen.

Ich habe durchaus Verständnis für die Beweggründe dieser Menschen; man kann niemandem vorwerfen, dass er versucht, woanders ein besseres Leben zu führen. Aber zur Bekämpfung der Armut in den Balkanstaaten muss die Europäische Union vor Ort Hilfe leisten.

(Beifall der CDU)

Durch die von der Bundesregierung geplante Einstufung der Balkanstaaten Kosovo und Albanien sowie Montenegro als sichere Herkunftsstaaten könnten die Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Staaten schneller bearbeitet und ihr Aufenthalt in Deutschland damit auch schneller beendet werden.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist falsch!)

Das ist notwendig, damit wir Kapazitäten haben für die Menschen, die in ihren Ländern um Leib und Leben fürchten müssen.

(Beifall der CDU –
Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Falsch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb müssen diejenigen, für die kein Asylgrund besteht, zurückgeführt werden. Die Entscheidungen hierüber müssen zeitnah erfolgen und auch konsequent umgesetzt werden. Wir brauchen die Ressourcen für wirklich schutzbedürftige Menschen. So sehen es auch unsere Gesetze vor, meine sehr verehrten Damen und Herren, und über diese Gesetze darf sich auch die Landesregierung nicht hinwegsetzen.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich sage Ihnen eines ganz deutlich: Die Umsetzung von Recht ist grundsätzlich kein Verstoß gegen die Menschenrechte. Bei uns kommen Menschen aus dem Kosovo, aus Albanien, Serbien und Mazedonien, und dort liegt die

Schutzquote letztendlich bei lediglich 0,1 % bzw. bei 0,3 %, Diese Menschen haben so gut wie keine Bleibechance bei uns, und obwohl Ihnen dies schon seit langer Zeit bekannt ist, liebe Landesregierung, haben Sie im Bundesrat trotzdem die Qualifizierung dieser Länder als sichere Herkunftsländer abgelehnt und verweigert. Sie tragen damit auch eine Mitschuld, dass wir derzeit zu wenig Kapazitäten für Flüchtlinge haben, die vor Krieg und Vernichtung fliehen müssen.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN –
Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

– Aber selbstverständlich!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz deutlich, auch die GRÜNEN in Rheinland-Pfalz sehen in der Ausweitung der sicheren Herkunftsländer ein Plazebo, das Verfassungsgrundsätze aushebelt. – Herr Köbler, hören Sie zu, ich zitiere Sie gerade. Herr Köbler, so haben Sie es kürzlich in einer Pressemitteilung vom 20. August gesagt.

Ich kann Ihnen nur sagen, das ist falsch. Die Evaluation des Kieler Instituts für Weltwirtschaft hat ergeben, dass die Einstufung als sicheres Herkunftsland sehr wohl einen spürbaren Effekt hat; denn die Antragstellung hat sich danach deutlich schwächer entwickelt als die aus den anderen Westbalkanstaaten.

Ein weiterer Punkt ist sehr interessant. Auf die Frage, ob wir mehr sichere Herkunftsländer brauchen, antwortet der Tübinger Oberbürgermeister Palmer ganz aktuell am 20. September dieses Jahres in der „TAZ“:

„Eindeutig ja. Und auch europaweit. Wir können es uns nicht leisten, vierzig Prozent der Asylplätze mit Menschen vom Balkan zu belegen, wenn Hunderttausende Kriegsflüchtlinge zu uns kommen.“ Recht hat der Mann, absolut Recht, und er ist Mitglied Ihrer Partei, Herr Köbler!

(Beifall der CDU)

Bei diesem Zuständigkeitschaos bei Rot-Grün sieht man immer wieder, wie nötig es gewesen wäre, wenn dieses Thema, das wichtigste Thema aktuell, im Innenministerium angesiedelt gewesen wäre, dort, wo es auch hingehört und wo es im Übrigen bei allen anderen Bundesländern angesiedelt ist.

(Beifall der CDU –
Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Stimmt doch gar nicht! –
Julia Klöckner, CDU: Kabinettsumbildung
mit neuen Zuständigkeiten!)

Es ist sehr bedauerlich, dass der Innenminister, den ich gerade nicht sehe

(Zurufe aus dem Hause: Hier ist er!)

– ah, Entschuldigung, alles klar –, also Sie, Herr Lewentz, obwohl Sie der Vorsitzende der Innenministerkonferenz

sind – ich nehme Sie sogar noch fast in Schutz, Herr Lewentz –, derzeit zu diesem wichtigsten Thema zumindest in Ihrer Zuständigkeit überhaupt nichts sagen dürfen, weil es nicht in Ihrer Zuständigkeit liegt.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Ministerpräsidentin, deshalb müssen Sie sich heute dazu bekennen, wie Sie im Bundesrat votieren werden. Überlassen Sie es wieder der Verantwortung Ihres grünen Ministerpräsidentenkollegen Kretschmann aus Baden-Württemberg, oder stehen Sie selbst für die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsländer? – Dazu müssen Sie heute von diesem Pult Stellung beziehen.

(Beifall der CDU)

Die Landesregierung muss ihren Widerstand aufgeben und auch Montenegro, Albanien und den Kosovo in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten aufnehmen. Die CDU-Landtagsfraktion erwartet dies,

(Glocke des Präsidenten)

und wir erwarten eine Zustimmung im Bundesrat.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Joachim Mertes:

Das Wort hat nun Frau Kollegin Sahler-Fesel.

Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Rheinland-Pfalz setzt das Asylrecht konsequent um, auch wenn es der CDU nicht passt. Das muss an dieser Stelle einmal genau so gesagt werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Sie sollten sich als CDU in Rheinland-Pfalz einfach einmal ein Beispiel nehmen an der Bundesregierung: Problemlos und unbürokratisch nimmt die Bundesregierung aktuell zusätzlich 31.000 Flüchtlinge auf, und – oh Wunder – ich habe kein Wort von einer Einteilung nach sicheren Herkunftsländern, von Balkanstaaten oder von sonst irgendetwas gehört. Die Menschen werden aufgenommen, und es ist schon nicht mehr nachzuvollziehen in diesem Hause, wenn Sie, werte CDU, angesichts der Flüchtlingszahlen und im Hinblick auf die Situation an der ungarischen Grenze den Menschen in Rheinland-Pfalz den Eindruck vermitteln wollen, das ganze Elend wäre mit der Festlegung weiterer sicherer Herkunftsländer zu beenden. – Nein, das können Sie nicht glauben, und das glauben Sie auch einfach nicht selbst.

Sie wissen, dass in Deutschland das Asylrecht ein Gesetz ist, und Sie wissen auch – Herr Lammert, das haben Sie soeben kurz entschlossen einfach einmal vergessen –, dass jeder und jede Asylsuchende ein Anrecht auf ein Ver-

fahren und ein Recht auf Prüfung seines Antrages hat. Es ist nun einmal nicht möglich, den Bus mit den Menschen einfach zu wenden und die Menschen wieder nach Hause zu schicken.

(Christian Baldauf, CDU: Was ist denn mit den Verfahren, die beendet sind?)

Selbstverständlich kommen alle diese Menschen zunächst einmal in die Erstaufnahmeeinrichtung, das ist nun einmal so, und das werden Sie auch mit all dem, was Sie soeben dargestellt haben, nicht ändern.

(Christian Baldauf, CDU: Erzählen Sie doch einmal etwas über das Asylverfahren!)

Werte CDU, Sie versuchen nur, davon abzulenken, dass für die CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz ganz offensichtlich eine gute Asyl- und Flüchtlingspolitik gleichbedeutend ist mit hohen Abschiebezahlen.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Unsinn, Quatsch!)

Das ist mit uns in der Form nicht zu machen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um es noch einmal deutlich zu sagen, die Einstufung in sichere Herkunftsländer darf das Recht auf Asyl und das Recht auf Prüfung eines jeden Antrages nicht unterlaufen und auch nicht aufweichen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unter dieser Prämisse ist alles zu prüfen, was zur Beschleunigung der Asylverfahren beiträgt, und dazu steht die SPD, das ist gar keine Frage. Aber die Verantwortung für die Verfahren und auch die Verfahrensdauer liegt allein beim Bund, und auch wenn der Koalitionsvertrag aussagt, dass die Verfahren nach drei Monaten abgeschlossen sein sollen, ist es nun einmal so, dass zurzeit die Verfahrensdauer bei sechs Monaten liegt, und es ist noch keine Besserung in Sicht trotz aller Versprechungen.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Lammert! Bei einer Bugwelle von 250.000 unbearbeiteten Anträgen, die das Bundesamt für Flüchtlinge vor sich herschiebt, konzentrieren Sie sich auf den Schaum, der bei jeder Welle entsteht. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich doch mit Fug und Recht eine Schaumschlägerei nennen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um einmal bei den Bildern zu bleiben – ich glaube, man versteht sie am einfachsten –, diese Aktuelle Stunde der CDU fällt für mich unter die Kategorie „Augenwischerei“; denn die konsequente Umsetzung des Asylrechts hat nun einmal überhaupt nichts mit der Einstufung in sichere Herkunftsländer zu tun.

Da gibt es keine Abhängigkeit. Übrigens, wenn die EU, wie es jetzt aussieht, tatsächlich eine Rechtsverordnung zu

den sicheren Herkunftsstaaten verabschiedet, dann muss die CDU hier im Hause nach einem neuen Thema suchen. Schon dumm gelaufen!

Ihnen geht es offensichtlich nicht um das Schicksal der Flüchtlinge, sondern um die Inszenierung eines Details im Rahmen der Asylpolitik, das Sie zum rot-grünen Konflikt aufbauschen wollen.

Mir ist nicht bekannt, was die CDU unter dem Begriff Partnerschaft versteht. Ich möchte das Thema auch gar nicht vertiefen. Aber Koalitionspartner dürfen selbstverständlich – wie in jeder guten Ehe – eine eigene Meinung haben. Auch dazu stehen wir.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam zum Schluss einen Blick nach Berlin richten. Auch Sie, Frau Klöckner, werden mir bestätigen, dass sich in der Großen Koalition Schwarz und Rot nicht immer grün sind.

Schönen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Joachim Mertes:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spiegel.

Abg. Anne Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind natürlich tagesaktuell neue Entwicklungen und Zahlen im Bereich der Flüchtlingspolitik, die uns alle beschäftigen. Insofern versuche ich, ein bisschen nachsichtig zu sein, Herr Lammert, dass Sie veraltete Zahlen verwendet haben. Ich möchte Ihnen da gerne auf die Sprünge helfen, was die Westbalkanstaaten angeht.

Sie haben scheinbar Zahlen genommen, die vor einigen Monaten erhoben worden sind. Ich kann Ihnen sagen, dass Ende August die Zahl der Personen, die aus Albanien zu uns gekommen sind, bei unter 10 % lag.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Sagen Sie einmal die absoluten Zahlen!)

Wir haben einen drastischen Rückgang von Menschen aus den Westbalkanstaaten, die zu uns kommen.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Wie liegen denn die absoluten Zahlen? Sie reden von Prozenten!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Rheinland-Pfalz steht, wie alle anderen Bundesländer auch, in der Flüchtlingspolitik vor enormen Herausforderungen. Wir gehen diese Herausforderungen auf allen Ebenen an.

(Zuruf des Abg. Hans-Josef Bracht, CDU)

– Entschuldigung, über absolute und relative Zahlen können wir uns gleich noch unterhalten. Ich würde jetzt gerne meine Rede halten. Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam mit den Kommunen und natürlich gemeinsam mit den vielen helfenden Händen in der Zivilgesellschaft nehmen wir als Land diese Herausforderungen an. Wir schaffen täglich – ich betone, täglich – neue Kapazitäten zur Unterbringung. Wir gehen diese Herausforderungen engagiert, pragmatisch, mit voller Überzeugung und mit viel Herzblut für die zu uns kommenden Menschen an.

Zugleich sind wir aber darauf angewiesen, dass alle politischen Ebenen ihrer Verantwortung nachkommen und die Rahmenbedingungen schaffen, um diese Herausforderungen meistern zu können.

Herr Lammert, ich möchte Ihnen sagen, was meines Erachtens die Hauptprobleme sind, um diese Herausforderungen gut meistern zu können.

Anfang des neuen Jahres haben weit über 100.000 Asylanträge der Bearbeitung geharrt. Die Betroffenen haben teilweise mehr als zwei Jahre darauf warten müssen, dass sie ihren Asylantrag bearbeitet bekommen haben. Wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit Blick auf 400.000 zu erwartende Flüchtlinge im vierstelligen Bereich Stellen aufstocken möchte, dann ist das zunächst ein gutes Signal. Wenn aber einige Monate später diese Zahl verdoppelt wird, die Prognose 800.000 nach Deutschland kommende Flüchtlinge lautet und man vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nichts, aber auch gar nichts zu einer weiteren Aufstockung des Personals hört, dann, meine Damen und Herren, ist das eine sehr, sehr schlechtes Signal für die Meisterung der Probleme.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –

Hans-Joesef Bracht, CDU: Das entspricht
auch nicht der Wahrheit!)

Die Herausforderung ist zu groß. Wir können es uns nicht leisten zu warten, bis das BAMF irgendwann aus seiner Schockstarre erwacht und die Realität zur Kenntnis nimmt. Wir brauchen jetzt und dringend mehr Personal.

Wir haben mittlerweile 300.000 unbearbeitete Asylanträge. Das liegt ganz sicherlich nicht an den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BAMF. Ehrlich gesagt möchte ich nicht in deren Haut stecken; denn sie fühlen sich von ihrem Arbeitgeber im Stich gelassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn Sie mit den Leuten, die in der Flüchtlingspolitik arbeiten, reden, dann sagen die Ihnen alle unisono: Dieses Problem beim BAMF, dieses Nadelöhr ist unser Problem. Wir brauchen dringend eine schnellere, eine zügigere Bearbeitung der Asylanträge. Wir müssen diesen Antragsstau abarbeiten. Wir brauchen neue Lösungen. Wir müssen über eine Stichtagsregelung reden. Wir müssen darüber reden, wie wir die Bürgerkriegsflüchtlinge beispielsweise, wie das damals bei Sri Lanka war, etwa als Kontingentflüchtlinge aus dem Antragsstau herausnehmen.

Wir müssen darüber reden, wie wir bei den Flüchtlingen, die entpriorisiert werden, und zwar aus dem Irak, aus Afghanistan, aus Pakistan, Somalia, Eritrea, die hohe Anerkennungswahrscheinlichkeit haben, die Verfahren beschleunigen können. Das sind die Probleme, die wir beim BAMF bewältigen müssen, damit wir die Herausforderungen, vor denen wir stehen, gut meistern können, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Im Übrigen ist Ihnen die ablehnende Position unserer Partei zu den sicheren Herkunftsstaaten bekannt. Das möchte ich hier an dieser Stelle nicht näher ausführen. An dieser Position hat sich auch nichts geändert. Wenn wir aber eben alle hier skizzierten Probleme beim BAMF mit den Asylanträgen und der Dauer der Asylverfahren anpacken, dann erübrigt sich eine Debatte über die sicheren Herkunftsstaaten sowieso.

(Glocke des Präsidenten)

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Präsident Joachim Mertes:

Frau Ministerin Alt, Sie haben das Wort.

Irene Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Rheinland-Pfalz setzt geltendes Recht konsequent um. Ich wiederhole es gerne immer wieder: Wir setzen in Rheinland-Pfalz geltendes Recht um.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
SPD)

Ich sage insbesondere auch noch einmal in Richtung der CDU-Kolleginnen und -Kollegen auch mit aller Deutlichkeit: Vollziehbar Ausreisepflichtige werden in Rheinland-Pfalz konsequent zurückgeführt. Das Schöne daran ist, dass rund 90 % dieser Menschen freiwillig zurückgehen und nur 10 % aus Rheinland-Pfalz abgeschoben werden.

Jeder Mensch, der hier in Deutschland einen Asylantrag stellt, hat das Recht auf eine sorgfältige Prüfung seines Antrags. Er hat das Recht, im Falle einer Ablehnung hiergegen Rechtsmittel einzulegen. Erst wenn das Asylverfahren abgeschlossen ist und eine Ablehnung des Antrags vorliegt, kann der betreffende Mensch zurückgeführt werden.

Ich bitte auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, dies zur Kenntnis zu nehmen. Ihr wiederholter Ruf nach einer schnelleren Abschiebung von Menschen aus den Westbalkanstaaten missachtet dieses Recht der Antragstellerinnen und Antragsteller, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Erst wenn es eine endgültige Entscheidung gibt, kann es eine Rückführung geben. Das ist geltendes Asylrecht. Der Flaschenhals an dieser Stelle ist eindeutig das BAMF. Er liegt bei den Verfahren im BAMF, die viel zu lang dauern.

Die jüngsten Zahlen zur Rückführung aus Rheinland-Pfalz von Ende letzter Woche belegen, unsere Beratung zur freiwilligen Rückkehr ist äußerst erfolgreich.

Von Anfang des Jahres an bis Ende August wurden insgesamt 2.846 Menschen zurückgeführt. 2.570 Menschen von ihnen verließen unser Land freiwillig. Das sind 90 %. 276 Menschen, also knapp 10 %, wurden abgeschoben.

Für die Flüchtlinge vom Westbalkan lesen sich diese Zahlen wie folgt: Von den insgesamt 2.846 ausgereisten Menschen waren 2.598 Menschen aus dem Westbalkan. Knapp 8 % von ihnen, also 207 Menschen, wurden abgeschoben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Abschiebungen sind vielfach traumatisch und in der Regel um einiges teurer als eine freiwillige oder auch eine freiwillig geförderte Rückkehr. Ich bin daher sehr froh, dass sich neun von zehn Menschen nicht dieser Zwangsmaßnahme unterziehen müssen.

Ich will auch noch einmal sagen, was eben schon einmal gesagt worden ist: Die Zahl der Asylanträge von Menschen aus Albanien ist im Laufe des Augusts nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wieder auf unter 10 % gesunken. – Hierfür hat es ausgereicht, die Menschen zu informieren und aufzuklären.

Die geringen Chancen auf Anerkennung auf Asyl, das Risiko, das eigene Geld an Schlepperbanden zu verlieren, haben offenbar den gewünschten Effekt in Albanien erzielt.

Auch hat die Einstufung zu sicheren Herkunftsstaaten nicht dazu geführt, dass die Asylverfahren schneller abgeschlossen wurden. Diese Auswirkung hängt alleine davon ab, ob das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Anträge aus bestimmten Staaten priorisiert oder nicht. Am Beispiel Albanien und am Beispiel des Kosovos haben wir in diesem Frühjahr und Sommer gesehen, dass dies auch möglich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Fazit: Die Haltung dieser Landesregierung zu Fragen der sicheren Herkunftsstaaten ist klar. Wir prüfen alle Instrumente, die zur Beschleunigung der Asylverfahren geeignet und verhältnismäßig sind.

Bisher hat die Bundesregierung nicht den Nachweis erbracht, dass das Instrument der sicheren Herkunftsstaaten die Verfahren beschleunigt. Im Gegenteil, die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat bringt für ein schnelleres Asylverfahren nichts.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Das ist eine reflexhafte Reaktion auf hohe Asylbewerberzahlen aus Ländern mit geringer Bleibeperspektive. Das ist reine Symbolpolitik, und für Symbolpolitik haben wir keine Zeit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Was wir brauchen, sind schnellere Asylentscheidungen. Nur wenn Menschen in Staaten wie Albanien sehen, dass ihr Nachbar, der gerade erst vor wenigen Wochen nach Deutschland aufgebrochen ist, schon wieder unverrichteter Dinge zurückgekehrt ist, werden die Menschen verstehen, dass das Asylverfahren der falsche Weg ist.

(Zurufe von der CDU)

Was wir aber brauchen, ist ein Einwanderungsgesetz.

(Alexander Licht, CDU: Wann ist Ihnen dieser Satz eingefallen?)

– Heute Nacht um 02:00 Uhr, Herr Licht.

(Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrte Damen und Herren, was wir aber brauchen, ist ein Einwanderungsgesetz, um qualifizierten Fachkräften den Zuzug in unser Land zu ermöglichen. Dann könnten nämlich viele Albaner und Kosovaren bei uns bleiben und arbeiten.

(Zuruf der Abg. Simone Huth-Haage, CDU)

Darüber hinaus brauchen wir eine nachhaltige finanzielle Unterstützung von der Bundesregierung. Da sind wir nicht dabei, aber Sie. Wir brauchen eine nachhaltige finanzielle Unterstützung des Bundes bei der Flüchtlingsaufnahme.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ferner brauchen wir dringend eine sehr deutliche Aufstockung des Personals beim BAMF, um die Asylverfahren wirkungsvoll zu beschleunigen. Ich hoffe, dass der Bund morgen ein akzeptables Angebot vorlegt.

Abschließend will ich noch einmal sagen: Wir brauchen ein Asylrecht, das diesen Namen auch verdient und das das Grundrecht auf Asyl schützt und nicht aushöhlt.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Präsident Joachim Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Lammert.

Abg. Matthias Lammert, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Alt, ich habe mir Ihre Rede angehört, die etwas diffus gewesen ist. Ich konnte nicht so richtig folgen. Vor allem habe ich kein Ergebnis feststellen können. Wie stimmen Sie nun im Bundesrat ab? Das haben Sie überhaupt nicht gesagt. Da haben Sie rumgeeiert.

(Beifall der CDU)

Sie haben uns etwas von sicheren Herkunftsländern er-

zählt, und Sie haben uns erzählt, dass es eine besondere Leistung wäre, geltendes Recht umzusetzen. Ich denke, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass geltendes Recht umgesetzt wird. Das muss man nicht besonders hervorheben.

(Beifall der CDU)

Sie haben uns etwas von den sicheren Herkunftsländern erzählt, die nicht richtig fruchten würden, und dass das, wenn wir neue sichere Herkunftsländer einbringen, auch nicht eingesetzt werden könnte oder nicht den Effekt bringen würde. Sie haben etwas zu den relativen und absoluten Zahlen gesagt. Keine Frage, die Zahlen von anderen Ländern wie Syrien sind in den vergangenen Wochen ein Stück weit nach oben gegangen. Die Zahlen von den Westbalkanstaaten sind aber – das gehört zur Wahrheit dazu – nach wie vor sehr, sehr hoch. Das ist selbstverständlich ein Thema. Deswegen müssen wir da ran. Deswegen müssen wir die sicheren Herkunftsländer benennen.

Im Übrigen, der Kosovo wünscht das sogar. Die Regierung wünscht sogar, dass wir sagen, sicheres Herkunftsland.

(Beifall der CDU)

Da gibt es sogar eine Bitte an die EU, aber Sie verweigern sich da.

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das kann ich nicht verstehen. Tut mir leid, das ist nicht nachvollziehbar.

(Zuruf des Abg. Nils Wiechmann,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Spiegel hat auch von Positionen der GRÜNEN gesprochen. So richtig grün scheinen Sie sich in Ihrer Fraktion oder in Ihrer Partei auch nicht zu sein. Schauen Sie sich einmal Ihre Vorreiter an. Offensichtlich haben Ministerpräsident Kretschmann und der Oberbürgermeister Palmer erkannt, was Sie noch nicht erkannt haben. Die haben die Situation erkannt, stellen sich den Problemen, fabulieren nicht irgendwo herum und sind nicht oben im Wolkenkuckucksheim.

(Beifall der CDU)

Die kennen die Realität. Die müssen wieder den Karren aus dem Dreck ziehen, den Sie in den Dreck fahren. Das ist bedauerlich.

(Glocke des Präsidenten)

Deswegen fordern wir Sie noch einmal auf: Stimmen Sie der neuen Erweiterung der sicheren Herkunftsländer zu!

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Präsident Joachim Mertes:

Frau Sahler-Fesel, Sie haben das Wort.

Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD:

Schönen Dank. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Lammert, Sie haben in Ihrem zweiten Durchgang sehr genau gezeigt, was Sie mit dieser Aktuellen Stunde wollen. Sie ist weder konsequent noch sonst irgendetwas.

(Hans-Josef, Bracht, CDU: Sie zu
konsequenter Politik bringen!)

Sie sagen, es ist selbstverständlich, dass geltendes Recht umgesetzt wird. Ja, genau das fordern Sie von uns, Asylrecht konsequent umzusetzen. In Ihrer Rede sagen Sie aber, es ist doch selbstverständlich, dass es umgesetzt wird. Sie wollen die Tatsachen gar nicht hören. Sie führen hier eine Scheindebatte. Sie freuen sich, dass Sie ein bisschen lauter werden können, und bauschen scheinbar Probleme auf, die gar nicht da sind. Die Probleme, die wir haben, sehen Sie aber nicht.

Die Menschen, die kommen – egal, wo sie herkommen –, haben ein Recht auf Aufnahme, haben ein Recht auf menschenwürdige Behandlung und haben ein Recht darauf, dass jeder Antrag geprüft wird und sie zu dem Antrag gehört werden oder sich in einfachen Fällen, sofern das geht, schriftlich äußern können, sodass es etwas schneller gehen kann. Das ist das Recht. Da sind wir dran.

Der Flaschenhals wurde genannt. Wir brauchen die schnelleren Verfahren. Da sind wir uns alle einig; da müssen wir gar nicht herumschreien. Ich weiß gar nicht, wo das Problem liegen soll. Da muss der Bund ran. Da müssen die Menschen, die zugesagt worden sind, die Mitarbeiter und Verwaltungsleute, eingestellt bzw. geschult werden. Dann können auch die Verfahren beschleunigt werden.

Natürlich muss die Aufnahme hochgefahren werden. Es waren aber nicht wir, Rot und Grün in Rheinland-Pfalz, die gesagt haben, es kommen nicht so viele Flüchtlinge. Die Zahlen lagen längst vor, waren längst hochgeschätzt und wurden lange, lange vom Bund geleugnet, von dem es immer hieß, es sind nicht so viele. 400.000, 450.000, aber dann über Nacht hatte der Innenminister die Erleuchtung – de Maizière meine ich natürlich, damit ich nichts Falsches sage – und hat gesagt, stopp, es werden doch 800.000. Manchmal werden es bei ihm jetzt sogar schon 1.000.000. Sorry, eine vernünftige, konsequente Politik sieht anders aus.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Präsident Joachim Mertes:

Frau Spiegel, Sie haben das Wort.

Abg. Anne Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lammert, es hat mich schon etwas konstaniert, dass Sie an dieser Stelle keinen Satz, kein Wort zum BAMF, zur Rolle des BAMF, zur Verantwortung des BAMF und vielleicht auch zum Versagen des BAMF gesagt haben.

(Carsten Pörksen, SPD: Extra nicht!)

Das lässt tief blicken, meine Damen und Herren.

Außerdem muss ich schon einmal sagen, als Mitglied des Integrationsausschusses stelle ich eine gewisse Diskrepanz zwischen der wirklich von hoher Sachlichkeit und auf qualitativ gutem Niveau geführten Diskussion zum Thema Flüchtlingspolitik, die wir im Ausschuss führen, und dem, was zum Thema Flüchtlingspolitik von der CDU-Fraktion im Parlament vorgetragen wird, fest. Da ist eine Diskrepanz feststellbar. Das finde ich an dieser Stelle sehr betrüblich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Herr Lammert, auf einen Punkt muss ich jetzt doch noch einmal eingehen, weil man sich verwundert die Augen reibt. Sie haben eben gesagt, dass die Landesregierung oder wir – wer auch immer – Mitschuld an den hohen Flüchtlingszahlen hätte. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Zurufe von der CDU)

Da haben wir große weltpolitische Krisen. Die Menschen fliehen aus Syrien. Sie fliehen vor Krieg, vor dem sicheren Tod. Sie sind zu Millionen in den Nachbarländern. Sie sind ohne Perspektive. Sie kommen auch nach Deutschland. Ich bin sehr froh, dass wir sie aufnehmen und ihnen eine neue Heimat geben, aber so etwas in den Raum zu stellen,

(Zurufe von der CDU)

finde ich schon eine ganz infame Unterstellung und auch eine sehr seltsame Herleitung der weltpolitischen Lage zur Situation in Rheinland-Pfalz.

An dieser Stelle möchte ich es noch einmal sagen. Man kann es in diesen Tagen nicht oft genug sagen. Ich bin sehr dankbar, glücklich und froh darüber, dass wir in Rheinland-Pfalz diese Menschen mit offenen Armen empfangen,

(Glocke des Präsidenten)

willkommen heißen und sich über alle Maßen für die Flüchtlinge im Land engagieren.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Joachim Mertes:

Meine Damen und Herren, dann haben wir die Aktuellen Stunden abgeschlossen.

Wir begrüßen Gäste, und zwar katholische Frauen aus Frankenthal. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Wir begrüßen ebenfalls Polizeianwärterinnen und -anwärter der Landespolizeischule Hahn. Seien Sie ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf

Neuwahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreterinnen und Vertreter für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags – Drucksache 16/5255 –

dazu:

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5610 –

Gemäß der Absprache im Ältestenrat erfolgt die Behandlung ohne Aussprache.

Es gibt einen gemeinsamen Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5610 –. Wer dem gemeinsamen Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats der Wiederaufbaukasse Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5555 –

Gemäß Absprache im Ältestenrat erfolgt die Behandlung ohne Aussprache.

Wer dem gemeinsamen Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fluchtaufnahme in Rheinland-Pfalz Regierungserklärung der Ministerpräsidentin

dazu:

Asylrecht konsequent umsetzen – Fehlanreize vermeiden Antrag der Fraktion der CDU – Entschließung – – Drucksache 16/5615 –

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das Wort.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kollegen und meine lieben Kolleginnen! In diesen Tagen habe ich viele Menschen getroffen, von denen man gar nicht laut genug

reden und erzählen kann. Dazu gehört beispielsweise eine Frau in Jugenheim, die sich ehrenamtlich als Patin für eine junge Syrerin zur Verfügung stellt und sich um sie kümmert. Ein südpfälzischer Unternehmer ist beispielsweise zu nennen, der einem Flüchtling aus Zentralafrika als Auszubildender in seiner Autowerkstatt eine Perspektive gibt. Ehrenamtliche Helfer und Helferinnen unseres THW und DRK sind zu nennen, die in Idar-Oberstein in zwei Stunden 150 Betten für neu ankommende Flüchtlinge aufbauen.

Es sind Hunderte, Tausende, Zehntausende Menschen allein in unserem Land Rheinland-Pfalz, die Menschen in Not helfen. Es sind engagierte Bürger und Bürgerinnen, tolle Menschen, die nicht lange warten und nicht lange fragen, sondern mithelfen, und zwar unbürokratisch, spontan, mit viel Herz und noch mehr Mitgefühl. Darauf bin ich sehr stolz. Ich bin stolz auf ein Land, in dem solche Menschen leben. Das ist mein Land. Das ist unser Land. Das ist Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich danke all den helfenden Menschen aus ganzem Herzen für ihr Engagement. Ich denke, das kann ich auch im Namen von uns allen hier im Parlament sagen. Rheinland-Pfalz beweist durch die Bürger und Bürgerinnen in diesen Tagen seine moralische Stärke und Kraft. Herzlichen Dank auch im Namen der Landesregierung.

Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kollegen und Kolleginnen! Wir stehen bei der Aufnahme von Flüchtlingen vor einer Herausforderung, die alles Gewohnte übersteigt. Allein in Rheinland-Pfalz sind seit Beginn dieses Jahres fast 22.000 Menschen angekommen. Täglich werden es mehr. Sie haben einen beschwerlichen Weg auf sich genommen, um Krieg, Gewalt, Not oder auch Perspektivlosigkeit zu entkommen. In Deutschland sind es in diesem Jahr bisher über eine halbe Million.

Menschen, die diese Bilder im Fernsehen sehen, fragen sich und häufig auch mich: Welche Auswirkungen haben diese enormen Flüchtlingszahlen auf unser Land? Was bedeutet das für mich? Wie geht das weiter?

Diese Sorgen und Fragen nehme ich sehr ernst. Ja, die Herausforderung ist enorm. Wir erleben gerade den größten Zuzug von Flüchtlingen seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir haben eine große Aufgabe zu bewältigen. Es ist eine schwierige Aufgabe. Es wird auch Enttäuschungen geben, und für manches werden wir mehrere Anläufe brauchen. Aber ich bin überzeugt, wir meistern diese Aufgabe. Wir handeln mit Herz und Verstand. Wir packen, wie die Menschen in unserem Land, mutig und mit Freude an. Wir sehen die Chancen für uns und unsere Gesellschaft.

Es ist eine Aufgabe an unsere gesamte Gesellschaft. Aber ich versichere Ihnen, keiner wird weniger haben, weil wir Menschen in Not helfen, wenn es um Job und Arbeit geht, wenn es um Wohnen und Leben geht, wenn es um Bildung und soziale Gerechtigkeit geht. Wir unterstützen alle, die es dabei schwerer haben als andere, gezielt und in großer Solidarität.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns zusammenstehen. Lassen Sie uns die notwendigen Entscheidungen gemeinsam treffen. Lassen Sie uns unser Land gemeinsam formen und Chancen ergreifen. Wir haben das Herz, wir haben die Kraft und die Voraussetzungen dazu.

Meine sehr verehrten Herren, meine sehr verehrten Damen, die Bilder, die wir jeden Abend im Fernsehen sehen, sind entsetzlich. Bilder aus Ungarn, Serbien, Griechenland müssen engagierten Europäern und Europäerinnen die Schamesröte ins Gesicht treiben. Das Schicksal des ertrunkenen dreijährigen syrischen Jungen ist zum Synonym dafür geworden, dass Männer, Frauen und Kinder auf der Flucht große Gefahren auf sich nehmen und viele auf ihrem Weg zu uns sterben.

Viele ältere Menschen erzählen mir, dass durch diese Bilder bei ihnen Erinnerungen wach werden. Sie erinnern sich, dass unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen kamen, weit mehr Menschen als heute. Sie flohen damals, weil Deutschland Europa mit Mord, Krieg und Elend überzogen hatte. Ich weiß, in der Geschichte ist nichts vergleichbar. Aber war es nicht so, dass unser damaliges Westdeutschland anfangs fast überfordert war von so vielen Flüchtlingen? War es aber nicht so, dass Deutschland diese Situation gut bewältigt hat, und zwar wirtschaftlich wie gesellschaftlich?

Unser Land hat damals Offenheit gelernt, manchmal mühsam, manchmal hat es gedauert, aber die Solidarität war überwältigend damals wie heute. Mal ehrlich: Ist es nicht genau diese über Jahrzehnte erlebte Vielfalt, die uns, gepaart mit Kompetenz, Kreativität, viel Herz und Tatkraft, heute auch so stark macht? Sicher, es gibt mehr kulturelle Unterschiede, aber unser Land ist auch viel internationaler als vor 70 Jahren.

Immer wenn ich mich mit älteren Menschen darüber unterhalte, merke ich, wie sehr sich unsere deutsche Geschichte in unserem gemeinsamen Gedächtnis eingepägt hat. Sie ist so etwas geworden wie kollektive Erfahrung. Wer jetzt trotzdem denkt, damals kamen Deutsche oder Deutschstämmige, dem sage ich: Erinnern wir uns an die Lehren, die wir gemeinsam gezogen haben nach der Katastrophe des Faschismus, der Zerstörung und des Kriegs, den Deutschland über Europa und die Welt gebracht hat. Wir haben nicht nur Probleme bewältigt, sondern wir haben auch neue Ziele entwickelt. Das „Nie wieder“ hat uns geleitet, zunächst in sehr kleinen Schritten, später mutiger, schließlich konsequent. Diese Perspektive war, ist und bleibt aus meiner Sicht die einzige, nämlich Europa.

Ich war in meinem Leben nie der Mensch, der immer nur Probleme oder Rückschläge gesehen hat. Ich sehe Herausforderungen. Ich sehe aber auch Perspektiven, sogar Chancen. Jetzt und heute ist sicher die menschenwürdige Aufnahme unsere drängendste Herausforderung.

Ich denke weiter über Sprache lernen, über Anpacken dürfen, über Heimat finden für die, die bleiben dürfen – mitten unter uns anderen Rheinland-Pfälzern und Rheinland-Pfälzerinnen. Diese Menschen werden in unserem Land

mit unserer Hilfe eine neue Heimat und eine neue Zukunft finden.

Ich danke allen, die in diesen Wochen im Auftrag des Landes, in unseren Behörden und Verwaltungen, so hervorragende, engagierte Arbeit leisten. Die grandiose Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung ist das eine, aber die Hauptverantwortung und Hauptlast – oft buchstäblich Tag und Nacht – liegt bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Aufnahmeeinrichtungen, bei den extrem belasteten Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen in den Ämtern, bei den Polizisten und Polizistinnen, bei den Verantwortlichen im kommunalen Bereich, bei den Bürgermeistern und Landräten. Ich nenne natürlich auch das DRK, die Johanniter, den ASB, die Malteser, das THW oder die Feuerwehr und neuerdings auch die Soldaten und Soldatinnen. Sie alle arbeiten rund um die Uhr, und sie zeigen ein sehr freundliches und hilfsbereites Bild von unserem Land.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da draußen sind leider auch Populisten, Rechte, Rattenfänger. Sie schüren Ängste. Deshalb sind wir glasklar: null Toleranz gegenüber Hetzern und Brandstiftern, null Toleranz gegenüber Gewalttätern und Menschenhassern. Die Regeln und Gesetze in unserem Land gelten selbstverständlich für alle, und zwar gleichermaßen. Der Innenminister und unsere Ordnungskräfte haben meine volle Unterstützung, diese durchzusetzen.

Meine sehr verehrten Kollegen, meine sehr verehrten Kolleginnen, in der Landesregierung arbeiten alle Ressorts eng zusammen und ziehen an einem Strang. Das gilt natürlich in erster Linie für das Integrationsministerium, meine Kollegin Irene Alt, aber auch für das Innenministerium, Roger Lewentz, aber auch für alle anderen Ministerien sowie die ADD, verstärkt durch den „Führungsstab Fluchtaufnahme“, den ich in der ADD eingerichtet habe, um die Flüchtlingsaufnahme zu koordinieren, zu organisieren und zu bündeln. Sie alle leisten ganze Arbeit.

Wir haben auf den stetig anwachsenden Personalbedarf in den Flüchtlingseinrichtungen mit neuen Stellen im Nachtragshaushalt reagiert. Zudem haben sich spontan über 280 Landesbedienstete gemeldet, um die Arbeit der Flüchtlingsaufnahmebehörden zu verstärken. Auch ihnen gilt unser herzliches Dankeschön; denn es ist keine Selbstverständlichkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ergänzend sollen die Aufnahmeeinrichtungen Unterstützung durch Pensionäre und Pensionärinnen erhalten, die sich freiwillig mit ihren beruflichen Erfahrungen einbringen möchten.

Rheinland-Pfalz hat bei der Unterbringung innerhalb kürzester Zeit die Kapazitäten zur Erstaufnahme vervielfacht. 2012 hatten wir 700 Plätze, heute bringen wir bereits deutlich über 8.000 Menschen in der Erstaufnahme unter. Bis zum Jahresende könnten es 15.000 Menschen sein. Wir haben den Anspruch, dies im Winter ohne Stoffzelte zu schaffen. Wenn die Dynamik so weiter geht, werden wir

aber die winterfesten Zelthäuser mit Seitenwänden, Fußboden und Heizung nutzen müssen. Wir schaffen heute innerhalb weniger Tage so viele Plätze, wie wir 2012 insgesamt hatten.

Ich weiß, dass die Verhältnisse in vielen Erstaufnahmeeinrichtungen derzeit beengt sind. Bei vielen Besuchen dort habe ich mir selbst ein Bild davon gemacht. Diese Enge lässt sich für eine Übergangszeit nicht verhindern. Da unterscheiden wir uns auch nicht von anderen Bundesländern. Ich sehe bei den Besuchen aber auch ganz genauso, dass Hauptamtliche wie Ehrenamtliche mit Hochdruck daran arbeiten, dass die Menschen gut versorgt werden. Ein Punkt ist mir hier auch noch wichtig: Es ist kritisiert worden, zu viele Standards verzögerten die Unterbringung der Menschen. Natürlich, es ist richtig, Standards sind kein Selbstzweck. Dort, wo sie vermeiden, dass die Gesundheit oder das Leben der Menschen gefährdet werden, wie etwa beim Brandschutz, sind sie allerdings unverzichtbar. Die erschreckend hohe Anzahl von Brandanschlägen in Deutschland mahnt uns hier zu besonderer Sorgfalt.

Geht es dagegen um andere Anforderungen, wie zum Beispiel bei der Auftragsvergabe, handeln wir unbürokratisch und haben umgehend die Spielräume für eine beschleunigte Auftragsvergabe erweitert. Morgen bei dem Bund-Länder-Treffen in Berlin werde ich mich für weitere Erleichterungen einsetzen. Wir haben bereits im August hierzu mit Niedersachsen eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht. Die Bundesregierung hat das mittlerweile aufgegriffen.

Unser Ziel ist es, die Erstaufnahmekapazitäten so weit auszubauen, dass wir Flüchtlinge ohne dauerhafte Bleibeperspektive – aktuell sind das vor allem die Asylbewerber vom Westbalkan – vor ihrer Ausreise gar nicht erst auf die Kommunen verteilen müssen. Davon sind wir nicht nur aufgrund des aktuellen Zustroms zurzeit noch entfernt. Zentral ist dabei auch, die Verfahrensdauer deutlich zu verkürzen. Das ist in der vorangegangenen Debatte auch ausdrücklich noch einmal zum Ausdruck gekommen. Nur wenn wir hier schneller Klarheit haben, können Länder und Kommunen gemeinsam die Herausforderungen bewältigen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein wichtiges Thema für uns ist auch die gute Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge. Einerseits der Flüchtlinge wegen, aber natürlich auch zum Schutz der Helfer und Helferinnen und auch unserer eigenen Bevölkerung.

Um die Erstuntersuchung zügig vornehmen zu können, kümmern sich unsere Gesundheitsämter nun dezentral darum. Das hat die Kapazitäten und das Tempo deutlich erhöht. Aufgrund des großen Zustroms in den letzten Wochen gab es zunächst einen Engpass bei den Röntgenuntersuchungen. Auch hier haben wir durch eine gezielte Ausweitung auf mehrere Ämter eine Beschleunigung erreicht. Für die nötigen Erstimpfungen haben wir ein landesweites Programm inklusive einer zentralen Bestellung der Impfstoffe für die kommunalen Gesundheitsämter aufgelegt.

Was die sonstige medizinische Versorgung der Flüchtlinge angeht, so ist das noch zu bürokratisch. Auch das ist heute schon zum Ausdruck gekommen. Die Menschen müssen zunächst zum Sozialamt, bevor sie zum Arzt gehen dürfen. Das bindet Kräfte, die wir dringend an anderer Stelle brauchen. Hier hat der Bund bislang seine Zusage noch nicht ausreichend erfüllt. Das bislang Bekannte reicht uns nicht aus. Deshalb handeln wir nun auch selbst. Nach dem Vorbild anderer Länder werden wir auch in Rheinland-Pfalz die Bedingungen dafür schaffen, dass Kommunen Asylsuchenden eine Gesundheitskarte ausgeben können.

Ich betone hier auch noch einmal, eine solche Karte ändert nichts an der Versorgung der Flüchtlinge. Da geht es nicht um einen Rundumschutz, sondern es geht am Ende um das Nötigste. Das Asylbewerberleistungsgesetz und seine Leistungen sind Grundlagen auch für eine Gesundheitskarte.

(Beifall der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Herren, meine sehr verehrten Damen, momentan steht die gute Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge im Vordergrund. Aber wir bereiten von Beginn an schon den nächsten Schritt vor, nämlich die Integration in unsere Gesellschaft und unseren Arbeitsmarkt.

Integration wird nur gelingen, wenn alle Beteiligten zusammenwirken. Dazu gehören natürlich auch die Betroffenen. Das sind neben der Politik auch die Gesellschaft und die Wirtschaft. Dazu müssen wir jetzt keine neuen Kooperationen erfinden, nicht wir hier in Rheinland-Pfalz. Wir müssen die vorhandenen nur stärken. In Rheinland-Pfalz gehen wir längst mit gutem Beispiel voran. Nicht erst jetzt, nicht nur wegen der Flüchtlinge: In Rheinland-Pfalz gibt es den „Pakt für Rheinland-Pfalz“!

Vor zwei Tagen, am Montag, hat das jüngste Treffen stattgefunden. Dort haben Landesregierung, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Sozialverbände und Nichtregierungsorganisationen weitere Zusammenarbeit vereinbart. Der „Pakt für Rheinland-Pfalz“ ist für mich auch ein wichtiges Signal an die gesamte Gesellschaft. Ohne die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wird Integration nicht gelingen. Bei uns gibt es eben dieses klare Bekenntnis durch die Paktmitglieder. Darüber bin ich froh. Weil ich weiß, dass Gesellschaft so etwas auch braucht, habe ich genau diesen Gedanken auch bei der Bundeskanzlerin angeregt. Es täte auch Deutschland gut, ein breites Bündnis im Sinne eines Paktes zu haben, das sich deutlich dazu bekennt, dass die Integration der Flüchtlinge eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Kollegen und Kolleginnen, der Schlüssel zur Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Sprachförderung für Flüchtlingskinder gibt es in Rheinland-Pfalz bereits in den Kindergärten. Auch in unseren Schulen lernen die Flüchtlingskinder bis zu zwanzig Stunden pro Woche in auf sie zugeschnittenen Sprachkursen Deutsch und nehmen stundenweise am gemeinsamen Unterricht teil.

In diesem Schuljahr werden insgesamt 235 Deutsch-Intensivkurse angeboten. Dies sind 84 mehr als noch im vergangenen Schuljahr. Unsere Erfahrungen sind ziemlich gut. Unsere Lehrerinnen und Lehrer engagieren sich vorbildlich. Wir haben das eben von der Bildungsministerin gehört. Sie haben das Herz am rechten Fleck. Als Pädagoginnen und Pädagogen handeln sie mit Kopf, Herz und Verstand.

Erwachsene Flüchtlinge erhalten erste Deutschkurse bereits in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen. Zudem stehen ihnen Kurse der Volkshochschulen offen. Für sie muss der Bund – wie versprochen – aber auch dringend seine Integrationskurse weiter öffnen. Ich betone das noch einmal, auch wenn die Union immer wieder sagt, wir deuten auf den Bund, es gibt unterschiedliche Aufgaben. Die Integrationskurse liegen in der Kompetenz des Bundes. Bereits beim Gipfel vor der Sommerpause wurde versprochen, dass die Integrationskurse auch für Menschen geöffnet werden, die Bleibeperspektiven haben. Das wurde bis zum heutigen Tag nicht umgesetzt. Es wäre aber sehr wichtig, weil es in den Integrationskursen nicht nur um Sprache, sondern auch um das Thema Erlernen von kulturellen Besonderheiten in einem Land geht. Insofern werden wir darauf bestehen, dass die Integrationskurse geöffnet werden und das Wort gehalten wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach dem Erwerb der Sprache ist die rasche Vermittlung in Ausbildung und Arbeit der nächste Schritt. Arbeit gibt Perspektive und Selbstwertgefühl. So ist es bei den Rheinland-Pfälzern und Rheinland-Pfälerinnen, und so ist es auch bei den meisten Menschen, die zu uns kommen.

Meine Landesregierung steht für Chancengerechtigkeit. Das gilt für die neuen wie auch für die alten Nachbarn. Wir brauchen Menschen, die bereit sind, die Ärmel hochzukrempeln und unser Land nach vorne zu bringen.

Die Landesregierung hilft schon seit Jahresbeginn Flüchtlingen gezielt bei der Suche nach Arbeit und Ausbildung. Schon im Frühjahr haben wir als erstes Bundesland mit der Bundesagentur für Arbeit beschlossen, berufliche Kompetenzen bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu erfassen. Dort erhalten Flüchtlinge mit einer hohen Bleibeperspektive Informationen zum deutschen Arbeitsmarkt.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

In anschließenden Einzelberatungen – hören Sie zu – werden ihre Kompetenzen erfasst. Diese Daten werden an die Agentur für Arbeit weitergeleitet, die dann individuelle Beratungsgespräche durchführt. Bisher wurden Projekte in den Aufnahmeeinrichtungen Trier und Ingelheim initiiert. In den ersten drei Monaten nach dem Projektstart wurden insgesamt rund 1.400 Menschen beraten und von 430 Menschen Daten aufgenommen.

Auch viele weitere Arbeitsmarktprogramme und -projekte wurden zielgerichtet für Flüchtlinge erweitert. Ich nenne nur unsere Aktivitäten beim „Beschäftigungspiloten“, beim Förderansatz „Fit für den Job“ und Projekte des Flüchtlingsnetzwerks, für die wir gemeinsam mit den Handwerks-

kammern und der Bundesagentur für Arbeit das Programm „Coach für betriebliche Ausbildung“ erweitert haben. Auch die Welcome Center Rheinland-Pfalz, die seit März 2015 bei den Industrie- und Handelskammern angesiedelt sind, stehen Flüchtlingen als Anlaufstelle bei Fragen zur Verfügung.

Seit Ende August haben sich die Zuwanderungszahlen dramatisch erhöht. Ich habe deswegen für heute Morgen zu einer Sondersitzung des Ovalen Tisches eingeladen. Wie auch sonst in der Arbeitsmarktpolitik gilt auch hier, dass wir nur erfolgreich sein werden, wenn alle Beteiligten zusammenwirken. Ich bin froh, dass wir in Rheinland-Pfalz mit dem Ovalen Tisch eine Institution haben, in der die Landesregierung, die Gewerkschaften, die Unternehmerverbände, die Kammern, die Bundesagentur für Arbeit und die Sozialverbände konstruktiv und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Dafür gilt ihnen auch mein herzlicher Dank.

Wir haben uns heute Morgen auf einen umfangreichen Aktionsplan verständigt, der eine Reihe von ganz konkreten Maßnahmen der einzelnen Partner für die Flüchtlinge vorsieht. Die Wirtschaftsverbände und Kammern werben bei ihren Mitgliedsbetrieben für Praktika, Einstiegsqualifizierungen und Ausbildungsplätze. Die Handwerkskammern sind bereit, bis zu 400 Praktikums- und Ausbildungsplätze im Handwerk zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung wird ebenfalls bis zu 200 Praktikumsplätze und auch Ausbildungsplätze für junge Flüchtlinge bereitstellen. Die Bundesagentur für Arbeit wird insbesondere die Aufnahme der Einstiegsqualifizierung und des Berufsorientierungspraktikums vereinfachen. Die IG BCE und die Arbeitgeber in der chemischen Industrie wollen das Eingliederungsprogramm „Start in den Beruf“ für junge Flüchtlinge öffnen.

Die Vereinbarungen vom Ovalen Tisch sind sehr konkret. Das sind abgestimmte Maßnahmen, die ineinandergreifen. Sie bilden eine Kette von der Kita über die Schule, die Berufsausbildung bis zum Beruf. Die Instrumente reichen von Programmen, die ich bereits genannt habe, wie die individuelle Kompetenzerfassung in den Erstaufnahmeeinrichtungen, den flächendeckenden Einsatz des „Beschäftigungspiloten“ bis zu Einsteiger-, Sprach- und Integrationskursen.

Mit einem Fünf-Punkte-Programm soll die Aufnahme eines Studiums an den rheinland-pfälzischen Hochschulen ermöglicht werden. An dieser Stelle möchte ich das Engagement unserer Hochschulen ausdrücklich loben. Auch begleitet und unterstützt die Landesregierung Unternehmen bei der Ausbildung und Integration von Flüchtlingen. Auch wenn es natürlich wichtig ist, die Flüchtlinge selbst auf die Ausbildung und die Arbeitsaufnahme vorzubereiten, sind es letztlich die Unternehmen, die Flüchtlinge in ihren Betrieb integrieren. Deshalb bin ich froh, dass wir heute noch einmal eindeutig zu dem Ergebnis gekommen sind, dass wir in Rheinland-Pfalz auf einem guten Weg sind und der Schulterchluss heute Morgen zwischen der Gewerkschaft, der Wirtschaft, der Agentur für Arbeit und der Landesregierung sowie den entsprechenden Ressorts noch einmal deutlich ausgedrückt worden ist.

Noch einmal: Auf der Bundesebene wird sich die Landesregierung im Einvernehmen mit der Wirtschaft und den

Gewerkschaften für ein mindestens fünfjähriges Bleibe-recht einsetzen, um Betrieben, die Flüchtlinge ausbilden, die nötige Planungssicherheit zu geben. Das war ein Punkt, der heute Morgen wieder mit großer Geschlossenheit als Anforderung formuliert worden ist. Die Wirtschaft hat die Erwartung an die Bundesrepublik Deutschland, dass jungen Menschen, von denen wir sowieso wissen, dass sie bleiben, nicht nur eine Duldung gegeben wird, sondern sie in unserem Land ein Aufenthaltsrecht haben. Die Ausbildung hat eine Perspektive auch für den Meister und den Arbeitgeber, der sich bereit erklärt, die Ausbildung durchzuführen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Herren und Damen, zur Integration müssen die Flüchtlinge unsere Sprache lernen und in unseren Arbeitsmarkt integriert werden.

(Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund übernimmt den Vorsitz)

Viele von ihnen werden unsere Nachbarn, Kollegen und hoffentlich auch Freunde werden. Sie werden mit uns zusammen in Rheinland-Pfalz leben und wohnen. Das macht es auch notwendig, verstärkt die Wohnungspolitik ins Auge zu nehmen. Wir haben ohnehin in Deutschland den Trend, dass der Wohnraum in Städten immer teurer wird. Jetzt kommen noch viele Flüchtlinge zu uns, die auch das Recht auf eine gute und bezahlbare Wohnung haben. Deswegen brauchen wir mehr sozialen Wohnungsbau und mehr Wohnraum mit bezahlbaren Mieten – für alle Menschen in unserem Land!

Ich begrüße, dass sich die Bundesbauministerin für ein Wohnungsbauprogramm des Bundes mit 350.000 Wohnungen in den nächsten Jahren ausgesprochen und als Vorschlag für den Gipfel eingebracht hat, sodass ich hoffe, dass das morgen auch eines der Ergebnisse sein wird.

Auch die Landesregierung tut viel, damit die Menschen in Rheinland-Pfalz gut wohnen können. Für die Landesregierung steht das Thema bezahlbarer Wohnraum grundsätzlich auf der Agenda, und zwar nicht erst im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage. In unserem Koalitionsvertrag heißt es: „Wir werden die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Rheinland-Pfalz fortsetzen und den aktuellen Erfordernissen anpassen.“ Die aktuellen Erfordernisse habe ich eben klar umrissen. Mir ist wichtig, auch an dieser Stelle deutlich zu machen, dass das eine Bemühen nicht gegen ein anderes steht. Unser Ziel ist bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen in diesem Land, nicht nur für die Flüchtlinge.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, beim Wohnen und der Unterbringung sind unsere Kommunen extrem gefordert. Sie leisten ganze Arbeit. Auch ihnen gilt mein Dank.

Die Landesregierung hat die Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen ausgeweitet. Das Finanzministerium hat hierzu ein Kreditprogramm für Investitionen zur Instandsetzung, Modernisierung und Er-

richtung von Wohnraum für Flüchtlinge entwickelt, das über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz aufgelegt wurde.

Dabei war man zunächst von einem Kreditvolumen von 20 Millionen Euro ausgegangen, aber die Nachfrage war so rege, dass dieses Kreditvolumen auf 40 Millionen Euro erhöht worden ist. Wir haben auch ein Sonderprogramm aufgelegt, das sich an private Investoren richtet, die das Programm ebenfalls nachfragen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, jeder Flüchtling, der nach Rheinland-Pfalz kommt, wird gleich und menschlich aufgenommen in unserem Land. Alle haben Anspruch auf das gleiche rechtsstaatliche Verfahren.

Genauso klar sage ich auch, wenn jemand kein Recht hat, bei uns zu bleiben, muss der Aufenthalt zügig beendet werden, möglichst freiwillig, ansonsten zwangsweise. Und ich sage da: Zum humanitären Umgang miteinander gehört auch, dass wir die freiwillige Rückkehr soweit es geht in den Mittelpunkt stellen.

Die Praxis gibt uns recht, auch wenn ich jetzt teilweise wiederholen muss, was heute schon gesagt worden ist. Die freiwillige Rückkehr ist wirksamer, schneller und kostengünstiger als die zwangsweise Rückführung und wird daher zu Recht von uns gefördert. Das handhaben im Übrigen auch viele Landräte in unserem Land so, zum Beispiel in Trier-Saarburg, Bad Kreuznach, Rhein-Hunsrück, Altkirchen oder Cochem-Zell.

(Alexander Schweitzer, SPD: Alles Grüne!)

Wir als Land betreiben unsere Rückkehrberatung bereits aus der Erstaufnahme heraus, noch bevor das Asylverfahren überhaupt abgeschlossen wurde. Und weil der Bund mit seinen Verfahren nicht vorankommt, machen wir dies sogar häufig, bevor ein Verfahren überhaupt begonnen wurde. Der Bund hat uns bescheinigt, dass diese Arbeit vom Land vorbildlich organisiert wird.

Um die Verfahren endlich zu beschleunigen, haben wir dem BAMF sogar eigenes Personal im Wege der Amtshilfe angeboten. Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Wir können nur Personen abschieben, deren Asylverfahren dort abgeschlossen ist.

Vor dem Hintergrund, dass das BAMF bis Ende August in Rheinland-Pfalz überhaupt erst über 2.590 ablehnende Entscheidungen für Erstanträge getroffen hat, geben uns die Zahlen doch recht; denn bereits 2.846 Personen, also mehr, sind in diesem Jahr bis zum 31. August in ihre Heimat zurückgekehrt. Dies zeigt einzig und allein die aussagekräftige Zahl: Nicht wie viele Abschiebungen es gegeben hat, ist ausschlaggebend.

Ich bin stolz darauf, dass wir das unter Berücksichtigung der Aufnahmequote als das Bundesland mit den meisten freiwilligen Ausreisen belegen können. Deshalb verstehe ich diese ganze Diskussion am Ende überhaupt nicht mehr, die von der CDU geführt wird. Es ist aus meiner Sicht eine absolute Scheindebatte. Wer permanent nach außen ruft, wir müssen mehr abschieben, sollte doch endlich einmal verstehen, dass unser Rechtsstaat eine Abschiebung

voraussetzt, dass es einen rechtskräftigen Bescheid im Asylverfahren gibt; denn ohne den kann man nicht abschieben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich könnte sagen, das ist eigentlich erstes Semester in einem Jurastudium. Ich würde einmal sagen, bei allen, die Verwaltungswissenschaften studieren, ist es so ähnlich.

Eines will ich noch hinzufügen, damit diese Debatte nicht noch einmal aufkommt: Was die Asylgerichtsverfahren angeht, so sind sie in Rheinland-Pfalz die schnellsten und effektivsten im bundesweiten Vergleich, und zwar mit der Zielgröße von 14 Tagen. Wenn die Zahlen weiter so dynamisch bleiben, wird der Justizminister weitere Richterstellen zur Verfügung stellen. Deshalb noch einmal: Wie ernst wir diese Aufgabe nehmen, zeigt sich auch daran, dass wir im bundesweiten Vergleich bei den Gerichtsverfahren die Schnellsten sind. Dabei soll es auch bleiben. Dafür haben wir entsprechende Vorsorge getroffen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit steigenden Asylzahlen steigt aber natürlich auch die Bedeutung der Rückführung, die eine Kernaufgabe der kommunalen Ausländerbehörden ist. Ich habe deshalb mit den Kommunen nach Kabinettsbeschluss einiges besprochen:

1. dass bei allen Erstaufnahmeeinrichtungen die kommunalen Ausländerbehörden mit insgesamt 20 Stellen verstärkt werden, um sie beim Rückführungsgehehen zu unterstützen,
2. dass die Clearingstelle, die alle kommunalen Ausländerbehörden bei der Rückführung unterstützt, durch vier Vollzeitstellen verstärkt wird und
3. dass die Landesinitiative Rückkehr finanziell ausgeweitet wird, indem wir landesweit zusätzlich insgesamt 65 Stellen in allen Ausländerbehörden bezuschussen.
4. Ferner haben wir uns beim Bund dafür eingesetzt, dass in Koblenz bei der Bundespolizei eine Zentralstelle zur Passersatzbeschaffung eingerichtet wird, um die Kommunen darin zu unterstützen, wenn Ausweisdokumente fehlen.
5. Sobald der Bund seine Verfahrenszusagen beim Bundesamt einhält, Antragsteller vom Westbalkan unmittelbar zu bearbeiten, werden wir Rückführungen auch aus der Erstaufnahme schneller organisieren können. Das ist zurzeit nicht möglich.

Wir schaffen aber auch finanzielle Handlungssicherheit für alle, die aktuell mit der Flüchtlingsaufnahme befasst sind. Mit unserem Nachtragshaushalt, der heute zur Abstimmung ansteht, werden wir die Erstaufnahmekapazitäten des Landes weiter aufbauen und unsere Kommunen auch bei der Flüchtlingsunterbringung unterstützen. Mit den 195

Millionen Euro des Nachtragsetats werden fünf Maßnahmen finanziert:

1. Wir unterstützen die Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme.
2. Wir geben die originären Bundesmittel aus der Flüchtlingsmilliarde – übrigens noch einmal betont – 1 : 1 an die Kommunen weiter.
3. Wir bauen die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes für Flüchtlinge aus.
4. Wir stocken das Bundesprogramm für kommunale Investitionen um 31,7 Millionen Euro auf.
5. Wir zahlen an die Kommunen 25 Millionen Euro für den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen.

Bei der Unterstützung der Kommunen für die Flüchtlingsaufnahme und beim Ausbau der Erstaufnahmekapazitäten des Landes werden wir angesichts der angepassten Prognose des Bundes zu steigenden Flüchtlingszahlen mit den veranschlagten zusätzlichen Mitteln nicht auskommen. In Abstimmung mit den Vorsitzenden der regierungstragenden Fraktionen habe ich aufgrund der neuen Prognose vorgeschlagen, die 195 Millionen Euro des Nachtragshaushalts um weitere 30 Millionen Euro aufzustocken.

Meine sehr verehrten Herren, meine sehr verehrten Damen! Die Bundesregierung hat Anfang des Monats entschieden, Tausenden Flüchtlingen, die in Ungarn unter unwürdigen Bedingungen ausharrten, die Reise nach Deutschland zu erlauben. Ich betone es noch einmal, ich habe es oft gesagt: Diese Entscheidung war und ist aus humanitärer Sicht absolut richtig. Deutschland konnte Menschen helfen, und Deutschland hat Menschen geholfen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Seit dieser Entscheidung hat sich die Grundlage der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen verändert. Einerseits hat die Bundeskanzlerin ein richtiges Signal gesendet und menschlich gehandelt. Andererseits hat die Bundesregierung erst vergangene Woche erste Vorschläge zur Unterstützung bei Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen unterbreitet. Die 40.000 Erstaufnahmeplätze, in die die Bundesregierung im ersten Schritt investiert, sind ein wichtiger Schritt. Sie werden aber bei Weitem nicht ausreichen, sie werden uns nur etwas Luft geben.

Ich kritisiere nicht die Haltung der Bundeskanzlerin zur Aufnahme. Das ist auch meine Haltung. Die Bundesregierung unter ihrer Führung hat die Folgen dieser Entscheidungen aber nicht ausreichend bedacht und Länder und Kommunen mit der Bewältigung weitgehend alleine gelassen.

(Marlies Kohnle-Gros, CDU: Ist das keine Kritik?)

Fortschritte in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern gibt es leider nur sehr langsam. Dabei liegen die

Probleme doch offen zutage. Morgen treffen wir uns erneut in Berlin. Ich erwarte endlich konkrete Ergebnisse und Zusagen, die auch schnell umgesetzt werden.

Priorität Nummer 1 bleibt dabei die Beschleunigung der Verfahren. Hier muss der Bund alles auf den Prüfstand stellen, um das wichtigste Ziel zu erreichen: schnelle Klarheit darüber, welche Flüchtlinge asylberechtigt sind und somit bleiben dürfen und welche nicht. – Es ist vorhin gesagt worden, aber ich sage es noch einmal, weil es deutlich macht, wie drängend die Frage ist: Derzeit 20 Entscheider in Rheinland-Pfalz, das ist nicht akzeptabel.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

20 Entscheider in Rheinland-Pfalz bei etwa 5.000 neuen Flüchtlingen alleine im September und bei über 20.000 Flüchtlingen bislang in diesem Jahr, noch nicht einmal mitgezählt die Altfälle, die keiner mehr zählt.

Deswegen sind die Fälle wie der eines syrischen Flüchtlings nicht verwunderlich, den ich übrigens in Idar-Oberstein getroffen habe. Er ist Anfang September zu uns gekommen und hat vom Bundesamt seinen ersten Termin zur Antragstellung im Mai 2016 bekommen. Dieser Fall macht einfach klar, dass die langsamen Verfahren die Achillesferse in der Flüchtlingsfrage sind. Deshalb machen wir diesen Druck. Deshalb appellieren wir an die Bundesregierung: Werfen Sie hier endlich das Ruder herum! – Da war bisher zu viel – ich nenne es einmal – Aktendeckel-Mentalität. Ich erwarte, dass die Zusagen, die vor dem Sommer gemacht worden sind, jetzt endlich in Taten umgesetzt werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als das zweite große Thema morgen werden wir uns über das Geld einigen müssen. Durch die Entscheidung der Bundesregierung sind einseitig Ländern und Kommunen Milliardenlasten auferlegt worden. Die unbearbeiteten Altfälle bringen leider dauerhaft obendrein Zusatzkosten.

Ich bleibe dabei, die Bundesregierung muss ihre Verabredung einhalten, sich fair, dauerhaft und dynamisch an den Kosten zu beteiligen. Ich sage das schon sehr lange. Ich habe meine Meinung an dieser Stelle auch nie geändert. Ich bin schon immer davon überzeugt, dass es nur fair ist, dass diese große gesamtstaatliche Aufgabe auch gemeinsam finanziert wird.

(Beifall der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb hoffe ich, dass wir zu einer Regelung kommen. Wir plädieren für eine Pauschale pro Flüchtling, weil es ehrlich gesagt keinen großen Spaß macht, auch nicht als Ministerpräsidentin, sich in regelmäßigen Wochenabständen zusammensetzen und um Geld zu feilschen. Es wäre fair, eine Pauschale zu zahlen, die mit der Anzahl der Flüchtlinge wächst und mit dem Weggang von Flüchtlingen sinkt. Insofern wäre das eine sehr gute Regelung.

Ich habe mit unseren kommunalen Spitzenverbänden vereinbart, dass wir uns sofort zusammensetzen, sobald eine

Vereinbarung mit dem Bund steht. Wenn wir uns am Donnerstag einigen, geht am Freitag früh eine Einladung an die kommunalen Spitzenverbände hinaus, um mit ihnen gemeinsam die Verteilung der Mittel zu regeln.

Ich gehe von einer Einigung in Berlin aus, und ich denke auch, dass damit die Einladung am Freitagmorgen hinausgehen kann.

Und dann gibt es noch ein weiteres Thema, bei dem der Bund gefragt ist, bei dem er aber im Moment auch noch nicht handlungsfähig ist, und das ist das Thema Einwanderungsgesetz.

Der Grund für ein Einwanderungsgesetz liegt auf der Hand: Es kommen gerade aus dem Westbalkan viele Menschen als Flüchtlinge zu uns in der Hoffnung auf Arbeit und ein besseres Leben. Sie sind zumeist aber keine Flüchtlinge, die Anspruch auf Asyl haben. Mit einem Einwanderungsgesetz könnten wir zumindest einigen von ihnen eine Perspektive geben, die sie derzeit nicht haben.

(Beifall der SPD Und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich Kardinal Reinhard Marx, den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, dazu kurz zitieren. Er hat in einem Fernsehinterview vor Kurzem gesagt, zum einen gemahnt, der Bau von Zäunen an den Grenzen könne nicht akzeptiert werden. Er hat gesagt, ich glaube, dass wir legale Wege brauchen. Gemeint sind – ich zi-linebreacktiere –, legale und legitime Wege zur Einwanderung jenseits von Asylanträgen. – Wörtlich: Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz. –

Deshalb verstehe ich nicht, warum manche eigentlich noch zögern. Selbst Spitzenvertreter der christlichen Kirchen sagen das so eindeutig: Ja, wir brauchen jetzt ein Einwanderungsgesetz, und zwar nicht erst 2017. Es kann nicht länger sein, dass so vielen ein Asylantrag als der leichteste Weg zur Einwanderung erscheint. Und ich sage auch dazu, damit keine Missverständnisse aufkommen:

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Wer ein Einwanderungsgesetz will, muss sich zur Einwanderung genauso bekennen wie zu ihren Grenzen, das heißt, dass wir bei einem Einwanderungsgesetz festlegen können, wie viele Menschen mit welcher Qualifikation, mit welchen Berufen eigentlich zu uns kommen.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Das Asylrecht aufheben oder was?)

Und damit hätten die Menschen eine Klarheit, und sie müssten nicht über einen Weg flüchten, von dem sie inzwischen längst begriffen haben, dass das nicht der Weg ist, um hier Arbeit finden zu können.

Klarheit und Wahrheit: Das ist auch hier wichtig; denn was wir jetzt neu regeln, das muss Bestand haben, und deshalb wird es nicht nur reichen, vorhandene Regelungen zusammenzufassen und diesen eine neue Überschrift zu geben, sondern wir müssen tatsächlich überlegen, welche Regelungen dann auch Substanz haben.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Das ändert doch nichts am Asylrecht!)

Meine lieben Kollegen und meine lieben Kolleginnen, letztlich ist und bleibt die Bewältigung der Flüchtlingsfrage eine europäische Frage. Als überzeugte Europäerin muss ich dieses Thema auch noch ansprechen. Was wir in den vergangenen Wochen erlebt haben, das war mir persönlich peinlich und außerordentlich beschämend. Es war Blockadepolitik statt Solidarität, und es war auch sehr chaotisch. Sind wir in Europa wirklich so weit gekommen, dass alle nur noch überlegen, wie sie schwierige Themen möglichst von sich fernhalten können?

Wir erleben gerade, wie schnell es dann geht, dass selbst Kernelemente unseres europäischen Zusammenwachsens infrage stehen. Ich spreche vom Schengen-Abkommen. Dieses Schengen-Abkommen ist eine zentrale Errungenschaft der Europäischen Union, besonders für die Grenzregion Rheinland-Pfalz. Wir alle leben in diesen Grenzregionen, und wir kennen es noch aus eigener Erfahrung, als es eben nicht so war.

Auch wenn ich der Entscheidung, vorübergehend im Süden wieder Grenzkontrollen durchzuführen, zugestimmt habe, so muss doch klar sein, dass sie nur vorübergehend sein können. Und so war es gestern fast schon tröstlich, als die Innenminister, der Innenministerrat auf der europäischen Ebene, endlich, wenn auch nur mit einem Mehrheitsbeschluss, zu einer Regelung bezogen auf die Verteilung der 120.000 Flüchtlinge gekommen ist – unter dem Vorsitz unseres Freundes, des luxemburgischen Außenministers Jean Asselborn, der auch einen anderen Begriff von Europa hat, den ich wirklich vollumfänglich teile.

Heute erst, in diesen Stunden, treffen sich in Brüssel die Staats- und Regierungschefs. Nach politisch verlorenen Wochen, aus meiner Sicht.

Von dem Brüsseler Gipfel heute erwarte ich, dass Europa endlich aufwacht, das heißt zum einen, dass in dieser Ausnahmesituation die Transitländer von Deutschland nicht alleine gelassen werden dürfen. Die EU muss außerdem eine Westbalkanstrategie auflegen. Entwicklungschancen für diese Staaten und ihre junge Bevölkerung sind für die Zukunft Europas von allergrößter Wichtigkeit. Wenn das nicht gelingt, bleibt der Migrationsdruck aus diesen Ländern dauerhaft hoch.

Ich halte es auch für dringend geboten, dass Deutschland und die europäischen Partner den nahe Syrien gelegenen größten Flüchtlingscamps eine Soforthilfe – zum Beispiel sind über 1,5 Milliarden Euro vorgeschlagen worden – zur Verfügung stellen und die Vereinten Nationen ihren Einsatz verstärken. Die bevorstehende UN-Generalversammlung wird dafür hoffentlich neue Impulse geben.

Ja, wir müssen auch dort endlich hinsehen und endlich handeln, statt die Augen zu verschließen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage es auch den Rheinland-Pfälzern und Rheinland-Pfälerinnen so drastisch und so ganz und gar ehrlich

gemeint, gerade spüren wir so ganz konkret mit diesen Flüchtlingswellen, die wir erleben, dass sich die Zukunft von Europa auch außerhalb von Europa entscheidet. Willy Brandt nannte es Weltinnenpolitik, eine Politik, die weit über nationale, in diesem Fall europäische Grenzen hinausgeht.

Hier in Rheinland-Pfalz, in einer Region vieler gefallener Grenzen, erleben wir tagtäglich, wie sehr uns das geeinte Europa bereichert. Aus wirtschaftlichen Gründen ganz wortwörtlich, aber immer zugleich, weil wir die gemeinsame Wertebasis spüren. Die europäische Idee ermöglicht uns Wohlstand, Freiheit, Vielfalt und Sicherheit und auch große Solidarität.

Ich bin hier ganz klar: Keiner in Europa ist nur für sich alleine da. Wir sind eine Solidargemeinschaft. Wenn diese Gemeinschaft bei der Fluchtaufnahme nicht funktioniert, dann wird sie zunehmend auch nicht mehr bei der solidarischen Umverteilung von Agrargeldern oder aus dem Strukturfonds funktionieren können. Der Präsident der Europäischen Kommission hat recht. Es gibt hier zu wenig Europa und zu wenig Union.

Ich bin fest davon überzeugt, auch wenn wir nur ein ganz kleines Rädchen in diesem Geschehen sind, es ist auch immer wieder unsere Pflicht, deutlich zu machen, dass gerade dieses Rheinland-Pfalz zu Europa steht, von Europa lebt und Europa im solidarischen Sinne empfindet, und dafür auch eintritt, auf allen Ebenen, auf denen wir das können. Das tue ich auch.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, wir sollten uns keine Illusionen machen über die Größe der Herausforderung. Es wird auch Rückschläge geben, und nicht jede Anstrengung ist bei allen populär. Aber wir können aus eigener Erfahrung sagen, es lohnt sich für alle, weltoffen zu sein. Solidarität und Perspektive gehören zusammen.

Wir praktizieren Solidarität und arbeiten zugleich an neuen Perspektiven für unser Land.

Ich habe Ihnen heute die Werte, entlang derer wir handeln, und die konkreten Maßnahmen dargelegt. Rheinland-Pfalz zeigt angesichts dieser Herausforderungen Kraft und Haltung. Rheinland-Pfalz hat schnell gehandelt und stellt die Chancen von Integration in den Mittelpunkt.

Rheinland-Pfalz verfolgt dabei ein Konzept, das die Belange aller Bürger und Bürgerinnen sieht und unsere gemeinsamen Regeln durchsetzt, und Rheinland-Pfalz fordert vom Bund und von der EU, dass nun endlich auch sie entschlossen anpacken, wo das bisher fehlte. Von den Gipfeltreffen heute in Brüssel und morgen in Berlin erwarten wir konkrete Lösungen.

Wir sind stark gefordert, aber wir sind nicht überfordert, weil wir engagiert zusammenarbeiten und uns in Solidarität mit der Bevölkerung sehen.

Weil es eine außergewöhnliche Situation ist, möchte ich auch noch zwei, drei Sätze an unsere Bürger und Bürge-

rinnen richten, auch hier im Parlament.

Wir alle erleben in diesen Tagen, dass so viele Menschen vor Krieg und Verfolgung zu uns flüchten wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Behörden des Landes tun alles Menschenmögliche, um der organisatorischen Herausforderung für Unterkunft, Verpflegung und Betreuung gerecht zu werden und Sicherheit zu gewährleisten.

Wir werden dabei nur erfolgreich sein, wenn alle mithelfen, wenn auch Sie in Ihrem persönlichen Umfeld für Offenheit werben und Offenheit und Solidarität in den Vereinen und Verbänden, in der Nachbarschaft und sehr persönlich praktizieren und wir alle klar widersprechen, wo immer sich Ressentiments oder gar Hass zeigen.

Die Landesregierung steht dafür, immer die gesamte Gesellschaft im Blick zu behalten. Alle Menschen mit geringem Einkommen, Menschen, die Zugang zum Arbeitsmarkt suchen, und die Benachteiligten brauchen unsere Hilfe, und das Land steht für diese Hilfe ein. Solidarität für Menschen in Not ist nun einmal unteilbar.

Genau deshalb lassen wir es nicht zu, dass die eine Gruppe gegen eine andere Gruppe ausgespielt wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen bei der Aufnahme von Flüchtlingen jetzt vor einem Thema, das uns auf Jahre beschäftigen wird. Viele derer, die kommen, werden bleiben. Wir können sie gut brauchen, aber das geht nur gut, wenn neben der Erstversorgung von Beginn an der Weg zur Integration geöffnet wird, zu dem immer beide Seiten beitragen müssen.

Das ist ein Weg, der klare Regeln braucht, für deren Einhaltung wir sorgen werden, ein Weg der Verlässlichkeit und der neuen Möglichkeiten, vor allem aber ein Weg der humanitären Verantwortung im besten Sinne der Nächstenliebe.

Wir werden weiter mit allem Nachdruck an einer Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle Menschen in unserem Land arbeiten; denn Solidarität wird umso besser gelingen, wenn unsere Gesellschaft als Ganzes stark bleibt und die europäische Idee sich gerade jetzt bewährt.

Ich hoffe sehr, dass das gelingt. Das ist unser Weg. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen und lassen Sie uns dabei die Geschichte unseres eigenen Landes im Gedächtnis behalten, eine Geschichte, die immer wieder auch schwierig war, vor allem am Anfang nach Faschismus, Krieg und Zerstörung, eine Geschichte aber auch, die zur Erfolgsgeschichte wurde, weil wir dazugelernt haben, weltoffen wurden und zusammen angepackt haben.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, begrüße ich als Gäste auf der

Zuschauertribüne den VDK-Ortsverband Hamm, den Jugendstadtrat Speyer sowie den Integrationskurs Deutsch des Internationalen Bundes (IB) Frankenthal. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Klöckner.

Die Redezeit hat sich verlängert, da Frau Ministerpräsidentin Dreyer 50 Minuten gesprochen hat. Dann haben Sie die 1,5-fache Redezeit. Für die anderen Fraktionen verlängert sich die Redezeit selbstverständlich auch, so wie es in der Geschäftsordnung steht.

Abg. Julia Klöckner, CDU:

Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Europa und die Welt sind in bewegten Zeiten. Dadurch ist auch Rheinland-Pfalz in bewegten Zeiten.

Syrien geht in einem brutalen Bürgerkrieg unter, in Libyen Vernichtung und Krieg, in der Türkei brechen Konflikte mit Kurdengruppen wieder auf, der Irak ist extrem instabil, der Libanon, die Türkei und Jordanien versuchen, Millionen Flüchtlingen eine Zuflucht zu bieten. Sie sind am Limit.

Selten hat eine Kampagne der Caritas so gut gepasst wie der Satz: Weit weg ist näher, als du denkst. – Die weltweite Lage hat Auswirkungen auf Europa. Ob es dazu gemeinsam bereit ist, unser Europa, oder nicht, viele Menschen klopfen an unsere Tür, Menschen, die dem Tod entronnen sind.

Sie bringen unzählige Schicksale und Tragödien mit. Ich bin mir sicher, jeder, egal aus welcher Fraktion, hat bei all seinen Besuchen direkt vor Ort, bei seinen Kontakten mit Flüchtlingen und den vielen Helferinnen und Helfern jeweils eine eigene individuelle Geschichte erfahren. Deshalb sind Flüchtlinge nicht eine homogene Gruppe, es sind alles Individuen. Sie bringen unzählige Schicksale und Tragödien mit, ertrinkende Familien im Mittelmeer, völlig erschöpfte Menschen auf der Balkanroute, Schlepper, die die Not ausnutzen, schlimme hygienische Verhältnisse, Ausnahmestände inmitten auch Europas.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Flüchtling, das könnte jeder von uns sein, wenn wir nicht hier geboren wären oder nicht hier leben würden. Flüchtlinge, das sind Menschen, und die Herkunft ist kein Verdienst, allenfalls Zufall.

Wer seine Heimat verlassen muss, weil er verfolgt wird, seine Meinung nicht sagen darf, weil er sich politisch anders positioniert, weil er einen anderen Glauben hat als den, der den Machthabern entspricht, oder gar keinen Glauben hat, wer vor Krieg und Zerstörung flieht, der braucht Schutz und Hilfe. Recht auf Asyl ist und bleibt ein Menschenrecht. Das betone ich als Christdemokratin.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es eine Frage des Anstands, eine Frage des Menschenbildes, dass wir mit jedem, der zu uns kommt, ganz gleich, ob er eine

Bleibeperspektive hat oder keine, ordentlich umgehen, so wie wir mit jedem Menschen umgehen, einfach, weil er ein Mensch ist.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin mir sicher, das ist gesellschaftlicher Konsens aller demokratischen Parteien bei uns hier im Plenarsaal, aber auch außerhalb, dass ebenso gegen Hass, Hetze und Menschenverachtung entschieden Stellung bezogen wird.

Wir wollen und müssen Gewalt verhindern; denn hier geht es um die Temperatur in unserer Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa befindet sich in einer Bewährungsprobe, und auch unser Land, in dem wir leben, für das wir Verantwortung tragen und das wir gestalten dürfen, befindet sich in einer Bewährungsprobe. Im vergangenen Jahr kamen 200.000 Menschen nach Deutschland, in diesem Jahr werden es mehr als 1 Million Menschen sein. Auch die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer fragen: Wie viele werden noch kommen? Wie viele davon werden bleiben? Wie können wir das dann auf Dauer mit den vielen Ehrenamtlichen auch strukturell schaffen?

Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat Beispiele genannt, und jeder von uns kann Beispiele nennen: Überall in diesem Land gibt es Menschen, die bis in die Nacht hinein Kleider sortieren, überall in diesem Land gibt es Menschen, die bis in die Nacht hinein Essen austeilen. Wenn wir uns das Rote Kreuz vor Ort anschauen, gibt es viele, die seit Wochen sieben Tage die Woche drei Mahlzeiten am Tag ehrenamtlich austeilen. – Irgendwann kommen auch diese Menschen selbst beim besten Willen an ihre Grenzen, und wir müssen an dieser Stelle darüber reden, was danach passiert, wenn auch diese Grenzen erreicht sind.

(Beifall der CDU)

Herz, Hand und Verstand gehören zusammen, und ich möchte für meine Fraktion – aber ich bin mir sicher, eigentlich auch im Namen aller – sagen, wir möchten all denjenigen danken, die nicht im Mittelpunkt stehen, die die Helden des Alltags sind, die nicht lange gefragt, sondern angepackt haben. Herzlichen Dank ihnen allen, sei es ehrenamtlich oder hauptamtlich!

(Beifall der CDU)

Ich danke aber genauso den vielen Kommunen. Das ist eben nicht selbstverständlich, und heute kamen mir die Kommunen leider in Ihrer Regierungserklärung etwas zu kurz, Frau Ministerpräsidentin. Die Kommunen, das sind die Landkreise, die Städte, die Gemeinden; das sind die hauptamtlichen, aber es sind auch die ganz vielen ehrenamtlichen Bürgermeister, die einer anderen Erwerbstätigkeit nachgehen und die, wenn sie abends nach Hause kommen, bis in die frühen Morgenstunden hinein versuchen, Unterkünfte zu eruieren, die sich ihren Jahresurlaub nehmen und die das Wochenende durcharbeiten. Das sind die Kommunalen, und deshalb möchte ich an dieser Stelle auch einen ganz herzlichen Dank an die Kommunen sagen; denn ohne die Kommunen, glaube ich, hätten Sie

auch keine Regierungserklärung halten können und von Zuversicht sprechen können. Das, was an Umsetzung zu leisten war, noch bevor eine Landesregierung koordiniert handeln konnte, haben die Kommunen geleistet, und dafür herzlichen Dank!

(Beifall der CDU)

Ich bin vor Ort gewesen, sei es in Ingelheim, am Hahn, in Trier, in Idar-Oberstein, sei es in Bitburg oder in Bad Kreuznach. Viele packen an, damit Kinder etwas zum Spielen haben, damit sie an etwas anderes denken, damit Menschen ein Dach über dem Kopf haben, und das alles hat mich zutiefst berührt. Wenn man über diese Schicksale etwas liest, ist es das eine. Wenn man aber auf eine Familie trifft, auf eine syrische Frau, auf einen Mann, der erzählt, dass er auf seine Frau und seine Kinder noch wartet, wenn eine Familie einem ganz offen erzählt, was sie alles hergeben musste, um die Schleuser zu bezahlen, und wenn sie dann immer noch sagen, natürlich wollen wir aus unserem Land hinaus, weil unsere Kinder sonst Schaden nehmen, dann lässt einen das nicht kalt. Ich sage noch einmal, auch die Menschen, die ihnen helfen, kommen irgendwann an Belastungsgrenzen. Wir fordern, wir fördern, aber wir dürfen nicht überfordern. Wir müssen die jetzige Herausforderung bewältigen, aber nach dem Willkommen geht es ja weiter. Dann fängt es erst richtig an.

Wichtig waren dabei immer klare Konzepte und der Mut zu Entscheidungen, wenn Deutschland vor großen Herausforderungen stand und sie dann gemeistert hat. Ich sage, klare Konzepte, Mut zu frühen, zu zeitnahen Entscheidungen. Humanitäre Hilfe ist jetzt eine Sofortmaßnahme, dazu gehört aber auch eine gestaltende Politik. Eine Willkommenskultur allein ist noch kein politisches Konzept.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können vielen Schutz bieten, aber nicht allen eine Heimat. Wir halten das Asylrecht hoch, aber nicht jeder hat Anspruch darauf, in Deutschland zu bleiben. Deshalb fordere ich die konsequente Anwendung des Rechts und eine klare Konzentration auf Menschen mit Bleibeperspektive, und das von Anfang an und nicht nur dann, wenn man politisch nicht mehr anders kann.

(Beifall der CDU)

Das haben meine Fraktion und ich bereits Anfang des Jahres gefordert, und das sage ich auch jetzt ganz klar, Frau Ministerpräsidentin. Ich hätte gedacht, Sie hätten heute die Souveränität

(Zurufe von der SPD)

und wären auf einen der drei Flüchtlingsgipfel der CDU eingegangen.

(Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte gedacht, Sie hätten diese Souveränität gehabt. Warum? Weil Sie es damals waren und auch die GRÜNEN es damals waren, die uns menschliche Kälte, die uns Panikmache vorgeworfen haben und uns vorgeworfen haben, dass wir in Menschen erster und zweiter Klasse

unterscheiden,

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das tut ihr doch!)

Als wir in den Mund nahmen, dass man unterscheiden muss zwischen Menschen mit und ohne Bleibeperspektive, haben Sie damals gesagt, dass in Rheinland-Pfalz jeder einen Platz findet. Heute sind Sie es, die das sagt, was wir damals gesagt haben. Eine Entschuldigung hätte gut getan; denn verletzt hat uns das auch.

(Beifall der CDU –
Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Oh!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so richtig die Entscheidung unserer Bundeskanzlerin in einer humanitären Not-situation war, die Grenzen zu öffnen, um die Lage zu entschärfen, so richtig war es ebenso, genau im Anschluss daran die Grenzkontrollen wieder einzuführen und die verstärkte Koordination mit den EU-Mitgliedstaaten zu suchen; denn Tausende Menschen ohne Registrierung und ohne Ausweis unkoordiniert quer durch Europa irren zu lassen, das ist nicht nur heute ein Problem, das wird dauerhaft ein Problem sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regierungserklärung, die wir soeben gehört haben, hat sehr viel zu dem gesagt, was andere angeblich in der Masse und Vielzahl falsch machen, aber wenig zu dem, wofür Sie unmittelbar in Rheinland-Pfalz Verantwortung tragen und was unter rot-grüner Verantwortung eben nicht richtig, sondern schiefgelaufen ist.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, es hätte auch dazu gehört zu beschreiben, wie die Landesregierung selbst am Anfang getastet hat und sich auch auf falsche Wege begeben hat; denn wenn Sie heute das beschreiben, was Sie für richtig erachten, und wenn Sie vor Augen haben, was Sie am Anfang des Jahres nicht machen wollten, dann müssen Sie doch eingestehen, dass Sie in Ihrer Landesregierung nicht von Anfang an den richtigen, sondern genau den umgekehrten Weg gegangen sind. Auch das hätte zu einer langen, sehr langen Regierungserklärung heute dazugehört.

(Beifall der CDU)

Sie haben heute mehrfach den Satz betont: „Wir haben Anfang des Jahres beschlossen, (...)“. – Diesen Satz habe ich mehrfach von Ihnen gehört. Aber, nur beschließen ist noch kein Umsetzen. Man hätte vieles von dem, was man heute beschlossen hat – Ausbildungsplätze im Handwerk –, im Januar schon haben können, so wie wir es zum Beispiel mit dem Verband DEHOGA oder mit anderen angegangen sind.

(Beifall der CDU –
Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Man hatte schon zu Beginn den Eindruck, dass Sie mit guten Worten auf Zeit gespielt haben. Sehen wir uns ein-

mal das Saarland an, oder blicken wir nach Bayern. Dort wird vieles anders gemacht, strukturierter, koordinierter und verbindlicher. Dort werden überhaupt Dinge gemacht, die Rheinland-Pfalz noch gar nicht angepackt hat.

Eines merkt man heute auch. Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat ihre Regierungserklärung gehalten. Es gab viele Stellen darin, die wir anders sehen. Wir haben 50 Minuten lang zugehört, Sie schaffen es noch nicht einmal, die ersten zehn Minuten zu ertragen, dass man eine andere Meinung haben kann, und das ist ein Problem in diesem Land.

(Beifall der CDU)

Das ist ein Problem bei Rot-Grün, dass Sie das nicht ertragen können.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Tut mir leid, Frau Lehrerin!)

– Sehen Sie, das ist der Punkt. Herr Köbler ruft nun dazwischen: „Tut mir leid, Frau Lehrerin!“ – Es war wahrscheinlich witzig gemeint, aber Herr Köbler, es gibt ein paar Grundspielarten, wie man miteinander umgeht. Ich finde, das gehört sich in einer solchen Plenardebatte, wenn wir über Flüchtlinge reden, wenn wir darüber reden, was wir gemeinsam schaffen können, nicht. Wir reden über eine Regierungserklärung, die für 20 Minuten angekündigt war und die 50 Minuten geworden ist. Dazu sagen wir nichts, das ist in Ordnung. Aber wir haben zugehört; denn ich finde, das gehört zum Respekt und zu mitteleuropäischen Gepflogenheiten dazu, und wenn Sie diese nicht vorleben, wie sollen es denn andere tun, die zu uns kommen?

(Beifall der CDU)

Ich will es noch einmal ansprechen. Schauen wir in das Saarland, schauen wir nach Bayern. Dort erhalten die Kommunen spitz abgerechnet die Kosten für Asylsuchende, sogar zeitnah und eben nicht gestreckt auf ein halbes Jahr, in dem die Kommunen das alles vorfinanzieren müssen.

Sie leisten Unglaubliches, das dem ganzen Land dient. Die Kommunen im Saarland oder in Bayern müssen sich dafür nicht so verschulden wie die Kommunen hier in diesem Land. Auch dazu hätten Sie heute bitte etwas sagen können.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Asylsuchende ohne Bleibeperspektive werden im Saarland direkt aus der Erstaufnahme zurückgeschickt. In Bayern gibt es bereits eigene Erstaufnahmen für diese Gruppen. Dazu haben sich übrigens alle Regierungschefs in Absprache mit dem Bund verpflichtet. So viel zum Thema Absprache. Der Bund hat deshalb einiges nicht umgesetzt, weil es eine Vereinbarung mit den Ländern für ein gesamtes Paket gab. Eine Einbahnstraße, dass der Bund Dinge tut, die Länder sie aber nicht umsetzen, Frau Ministerpräsidentin, würden Sie selbst auch nicht mit Ihren Kommunen machen.

(Beifall der CDU)

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Die Erstaufnahmen wurden im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz zügig und vor allen Dingen frühzeitig ausgeweitet. Das verhindert eine unwürdige Überbelegung wie zum Beispiel in Rheinland-Pfalz. In Bayern waren in den Erstaufnahmeeinrichtungen noch Kapazitäten frei, als in Rheinland-Pfalz Asylsuchende bereits auf den Gängen, im Freien oder in Garagen übernachteten mussten.

Warum waren andere Länder besser? Warum waren sie besser auf diese Herausforderungen vorbereitet? Ist das nur reiner Zufall, oder ist wieder der Bund daran schuld?

Rot-Grün hat in Rheinland-Pfalz die Weichen von Anfang an nicht richtig gestellt, weil die klare Linie und auch klare Zuständigkeiten gefehlt haben, weil Rot-Grün noch mit den eigenen politischen Botschaften beschäftigt war,

(Christian Baldauf, CDU: So ist es!)

mit Winterabschiebestopp, mit Ablehnung sicherer Herkunftsländer,

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Wir hatten keinen Winterabschiebestopp!)

während sich andere Länder pragmatisch auf die neuen Realitäten eingestellt haben.

Da möchte ich jemanden zitieren, nämlich den grünen Oberbürgermeister Boris Palmer aus Tübingen. Er hat am Montag in einem „taz“-Interview gesagt, die GRÜNEN stünden mal wieder vor einem Realitätstest. Sie würden zu einer pragmatischen Sicht kommen müssen.

(Christian Baldauf, CDU: Wie Joschka Fischer!)

Frau Ministerpräsidentin, in Ihrem Kabinett sind Zuständigkeiten zusammengewürfelt, die Ihnen heute die Probleme bereiten. Wir Christdemokraten halten es für den systematisch falschen Ansatz – das haben wir damals schon Ihrem Vorgänger gesagt, und wir haben es nochmals erwähnt, als Sie Ihr Amt antraten und die Chance für eine Neustrukturierung gehabt haben –, die Flüchtlingsaufnahme in einem gesellschaftspolitisch ausgerichteten Ministerium zu bündeln. Wenn man Zuwanderungsbewegungen nur unter einer verengten und ausschließlich sozialpolitischen Sichtweise betrachtet, bleiben nämlich wichtige Aspekte außen vor. Beispielhaft hierfür war die Regierungserklärung von Frau Ministerin Alt „Willkommen in Rheinland-Pfalz“ zu Beginn des Jahres.

(Christian Baldauf, CDU: So ist es!)

Wenn man wie die Integration nur einseitig betrachtet, dann wird man blind für Probleme. Dann kommen Begriffe wie „Herausforderung“ oder „ohne Bleibeperspektive“ eher selten vor. Dass im Integrationsministerium alle Zuständigkeiten gebündelt sind und das Innenministerium außen vor ist, haben wir bereits zu Beginn der Legislaturperiode kritisch angemerkt. Es hat sich bewahrheitet. Integration und Abschiebung in einer Hand, da ringen Bauch und Kopf miteinander. Man merkt bis heute an der Regierungspolitik, dass hier viel Kraft verloren gegangen ist, die eigentlich in klaren und schnellen Entscheidungen und guter Führung

hätte stecken müssen.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerin Alt, Sie hätten uns eines Besseren belehren können. Sie hätten beweisen können, dass Sie mit einem eigenen Ministerium gerade besonders gut auf diese Situation vorbereitet sind.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das tut sie jeden Tag!)

Aber stattdessen sitzt die rheinland-pfälzische Integrationsministerin bei wichtigen Entscheidungen auf der Bundesebene erst gar nicht mit am Tisch. Wenn andere ihre Integrationsminister aus dem Land mitbringen, ist Frau Alt nicht dabei. Sie haben also ein Integrationsministerium geschaffen, damit die Ministerin bei wichtigen Treffen mit Länderkollegen daheim bleibt.

Stattdessen nahm dort ab und zu Herr Lewentz Platz. Der wiederum war operativ im Land nicht federführend zuständig und musste dann der Integrationsministerin berichten. Das ist eine missliche Situation, wenn der Vorsitzende der Innenministerkonferenz im Bund ein Thema koordinieren soll, für das er im eigenen Land gar keine Verantwortung trägt. Was soll denn dabei herauskommen?

(Beifall der CDU)

Wie falsch diese Aufteilung war, hat sich gerade in der aktuellen Krisensituation mehrfach gezeigt. Die Güte von Regierungen zeigt sich gerade in Krisensituationen und nicht in Sonnenscheintagen.

(Beifall der CDU)

Wenn die vielen rot-grünen Beteuerungen dem Praxistest ausgesetzt sind, dann zeigt sich ein ganz anderes Bild. Hunderte Asylsuchende sind auf eigene Faust in die Erstaufnahme des Saarlandes nach Lebach zurückgekehrt, weil in der Erstaufnahme in Trier – Frau Dreyer, in Ihrer Heimatstadt – katastrophale Zustände herrschen. Trotz gegenteiliger Beteuerungen werden in diesem Winter Zelte benutzt.

Vor einiger Zeit wurde beteuert, in Rheinland-Pfalz werden im Winter und im Herbst keine Zelte stehen. Wir machen es Ihnen übrigens nicht zum Vorwurf, wenn Zelte stehen. Wir machen Ihnen nur zum Vorwurf, dass Sie unserer Bevölkerung irgendwelche Beruhigungspillen verabreichen, obwohl Sie schon absehen konnten, dass das wahrscheinlich nicht funktionieren würde.

(Beifall der CDU)

Wir machen Ihnen auch zum Vorwurf, dass Frau Dreyer als Ministerpräsidentin in der Frage nach den Zelten im Winter zeitgleich vor laufender Kamera Frau Gottstein widerspricht, der zuständigen Integrationsstaatssekretärin.

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen durch das Land ist deutschlandweit im unteren Drittel. Dazu haben wir heute nichts gehört. Hessen hat nach gestrigen Angaben des Ministerpräsidenten Bouffier, der eine Regierungserklärung hielt, die

pauschalen Erstattungen bereits rückwirkend zum 1. Januar 2015 um mindestens 15 % angehoben.

Frau Ministerpräsidentin, Sie sind unterwegs und wollen mit dem Motto „Land von morgen“ punkten. Sie wollen damit wahrgenommen werden, „Land von morgen“. Aber Sie kämpfen mit der Gegenwart, und die scheint Sie schon zu überfordern.

(Beifall der CDU)

Ich werde es konkretisieren. Als die steigenden Flüchtlingszahlen die Kommunen in erste Schwierigkeiten brachten – das habe ich noch ganz genau vor Augen, es ist fast ein Jahr her, das spitzte sich vor den Weihnachtsferien zu, als die ersten Schwierigkeiten nicht nur zu erahnen waren, sondern als sich die Kommunen meldeten –, haben Sie zunächst einmal jegliche Kritik abgeblockt und haben in der Sache richtige Forderungen aus ideologischen Gründen zurückgewiesen. Sie haben eben nicht perspektivisch gehandelt.

Ich erinnere nur an die Situation zu Beginn des Jahres, nämlich am 15. Januar 2015. Da gab es den ersten Flüchtlingsgipfel Rheinland-Pfalz der CDU-Landtagsfraktion. Da war der Ruf der Kommunen nach einem Flüchtlingsgipfel so laut wie nie zuvor. Die Landesregierung hat ihn damals zurückgewiesen. Die CDU-Fraktion war offen dafür. Die Ergebnisse unseres Flüchtlingsgipfels sind richtungsweisend.

Sie aber waren abweisend. Das ist nicht souverän, das ist nicht mutig. Es war vor allen Dingen nicht verbindend, dass Sie auch nahegelegt hatten, dass SPD-Bürgermeister nicht teilnehmen sollten. So etwas rächt sich heute.

(Beifall der CDU)

Ich zitiere einen Auszug aus der Landespresse: „Noch während im Landtag auf Einladung der CDU über Probleme und bessere Konzepte zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen gerungen wird, spucken Vertreter von SPD und Grünen Gift und Galle.“(...)

„Es darf einfach in einer Demokratie nicht diskreditiert werden, wenn sachlich fundiert über Schwierigkeiten diskutiert wird. Die Staatskanzlei, allen voran Ministerpräsidentin Malu Dreyer, hat offenkundig die Dimension der Probleme in Städten und Gemeinden völlig verkannt. Das offenbart einen bedenklichen Mangel an politischem Gespür.“

(Unruhe bei der SPD)

Dreyers Vorgänger Kurt Beck wäre so etwas nicht passiert.“ – Das sage nicht ich, sondern das ist ein Zitat aus den Medien.

Wissen Sie, das Hauptproblem in diesem Land ist, dass die Größe fehlt, Dinge anzuerkennen, die gut von anderen sind. Wir haben das heute gehört, als es um die Bildungspolitik ging.

Wissen Sie, Rot-Grün handelt immer nach dem Motto „Gute Ansichten sind wertlos, es kommt nur darauf an, wer sie hat“. Wer so eine Überzeugung hat, der handelt nicht fürs Land, sondern der handelt nur für die eigene Macht.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, damals haben Sie das Problem nicht erkannt, werfen aber das Gleiche jetzt dem Bund vor. Das nennen wir Ablenkung.

Ich kann Ihnen Beispiele nennen: Im Land wollten Sie keinen Flüchtlingsgipfel, aber Sie fordern ihn im Bund. Im Land wollten Sie den Kommunen nicht mehr Geld geben, aber Sie fordern das vom Bund. Sie haben mit zu wenig Personal auf den Ansturm reagiert, aber Sie fordern das Personal vom Bund. Sie haben nicht ausreichend Sprachkurse vorgesehen, aber Sie fordern sie vom Bund. Sie haben sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat abgelehnt, aber Sie fordern jetzt vom Bund schnellere Entscheidungen bei den Verfahren für Menschen ohne Bleibeperspektive. Sie sagen heute, Menschen ohne Bleibeperspektive müssen schneller zurück, aber gleichzeitig bleibt der sogenannte Winterabschiebestopp faktisch bestehen. Frau Ministerpräsidentin, Sie wollen für das Gefühl zuständig sein, aber der Bund soll die politischen Konsequenzen übernehmen. Diese Arbeitsteilung funktioniert nicht.

(Beifall der CDU)

Wer aber selbst im eigenen Land nicht konsequent handelt, setzt eine leistungsfähige, dauerhafte Humanität aufs Spiel. Sie haben lange die Augen vor den Problemen verschlossen. Wichtige Zeit ist verloren gegangen, weil Sie auf falsche Maßnahmen gesetzt haben, unkoordiniert gehandelt haben und keiner so richtig wusste, wer wem in diesem Land etwas zu sagen hatte.

Eine Vielzahl der Forderungen unseres Flüchtlingsgipfels – wir haben drei Flüchtlingsgipfel veranstaltet – sind jetzt teilweise auch zu Ihren Themen geworden. Erst viele Monate danach und halbherzig wurden sie umgesetzt. Wir haben zum Beispiel die koordinierte Unterstützung von Ehrenamtlichen gefordert, die Flüchtlinge begleiten. Wir haben das systematische Abfragen der Berufsqualifikationen in der Erstaufnahme gefordert. Wir haben eine zentrale Koordinierung und Erfassung der Wohnraumbestände gefordert. Wir haben auch die Ausweitung der Sprachförderung gefordert. Noch im Januar dieses Jahres ließ sich Bildungsministerin Reiß zum Thema Sprachförderung mit den Worten zitieren, die Frage nach mehr Personal und zusätzlichen Mitteln stelle sich erst einmal nicht.

Wenn Sie sagen, Sie haben von Anfang an beherzt gehandelt, dann weiß ich nicht, was Sie als Anfang definieren.

(Beifall der CDU)

Ich erinnere noch an ein Weiteres, nämlich an das Thema Standardüberprüfung. Als ich gefordert hatte, die Standards zu überprüfen, Standards praktikabel anzupassen, dass wir nicht eine europaweite Ausschreibung für Unterkünfte haben wollen und können für Menschen, die heute Nacht noch ein Dach über dem Kopf brauchen. Eine europaweite Ausschreibung bei denen, die gar nicht bereit, sich überhaupt um Flüchtlinge zu kümmern!

Als ich gefordert habe, die Energieeinsparverordnung auszusetzen und auf Bestand zu setzen, gab es die abgestimmte Pressemitteilung der Generalsekretäre der SPD

und der GRÜNEN – das war vor den Ferien –, in der mir vorgeworfen wurde, Klöckner würde hetzen, Klöckner würde die Menschen in erste und zweite Klasse unterteilen, und Klöckner hätte das Christliche nicht verdient. Das wahr ehrabschneidend, das war verletzend, aber vor allen Dingen fordern Sie das und behaupten heute, Sie hätten es bei der Kanzlerin durchgesetzt. Das ist unanständig!

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

So kann man Tatsachen verdrehen, wenn man von Anfang an nicht offen war.

(Carsten Pörksen, SPD: Sind Sie da vorsichtig!)

Es fehlt an Führung. Es fehlt auch an der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Was ist die Ursache dafür? Es fehlt deshalb von Anfang an an Führung, weil der Sinn für das operative Geschäft fehlt. Führung bedeutet nämlich nicht, dass man beizeiten unbequem gewordenen Ministern den Stuhl vor die Tür setzt, sondern das bedeutet, den Blick fürs Ganze zu haben und auch den Kurs vorzugeben.

(Beifall der CDU)

Was aber passierte in Rheinland-Pfalz? Da wurde eine sogenannte Taskforce mit der Aufgabe eingerichtet, regierungsinterne Koordinationen hinsichtlich der Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden vorzunehmen. Gebracht hat diese Taskforce wenig.

Deshalb wurde das Nächste eingeführt. Sie haben dann einen sogenannten Führungsstab Flüchtlinge eingerichtet. Sein Leiter erklärte die Aufgabe des neuen Gremiums so: Wir im Führungsstab versuchen, das Thema Flüchtlinge über die verschiedenen Ministerien hinweg zu koordinieren. – Wir sind gespannt, welcher neue Arbeitskreis, welcher nächste runde Tisch noch kommen wird. Das Gründen von ständig neuen Arbeitskreisen ist aber kein Regieren, sondern das ist eher das Simulieren von Regieren und das Abwälzen von Verantwortung. Regieren bedeutet auch Mut zu Entscheidungen, und zwar beizeiten.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, was mich aber wundert, bei allen Ideen zu runden Tischen und Sondersitzungen fehlt Ihnen zu einer Konferenz der Mut, die Souveränität. Der fehlt! Die Souveränität, die Führungskraft für eine Runde mit allen Fraktionsvorsitzenden.

(Zuruf aus dem Hause: Ach Gott!)

– Gut, der eine ruft „Ach Gott“.

Ich finde, zum Parlament gehören alle Fraktionen. Das ist Grundlage unseres Parlamentarismus.

(Zuruf der CDU)

Es mag sein, wenn der Ruf „Ach Gott“ von der Regierungsbank kommt, wenn man von allen Fraktionsvorsitzenden spricht, dass das unangenehm ist. Ich weiß, Ihnen wäre

es lieber, Sie könnten geräuschlos surrend Ihr Ding durchziehen, aber eine Demokratie lässt nicht einfach ein Ding durchziehen, sondern eine Demokratie achtet darauf, dass verschiedene Sichtweisen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und der besseren Ideen zum Tragen kommen.

(Beifall der CDU)

Ministerpräsident Bouffier hat das nicht nur zum Beispiel bei der Energiefrage gemacht, als es um eine große zu stemmende Aufgabe ging, sondern er hat das auch bei der Bildungspolitik gemacht, unabhängig davon, ob das herauskommt, was man gerne hätte.

(Carsten Pörksen, SPD: Was denn?)

Er hat das auch bei der Flüchtlingsfrage gemacht. Er hat die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen eingeladen, um sich auszutauschen, wie sie die gemeinsame Aufgabe schultern werden. Das war die Bereitschaft zu einem konstruktiven Dialog und sich anzuhören, welche Ideen eine Fraktion hat, die die meisten Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister in diesem Land stellt.

(Carsten Pörksen, SPD: Bei Oberbürgermeistern würde ich zurückhaltend sein!)

Wer Verantwortung trägt, der sollte auch den Blick über den Tellerrand hinaus haben.

Ich habe mit Herrn Beck sicherlich in einem sehr intensiven Austausch im Parlament gestanden. Eines hat er aber gehabt, nämlich das Gespür dafür, wann man die Vorsitzende einer Oppositionsfraktion anruft. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben bis heute nicht das Gespräch mit mir als Fraktionsvorsitzende dieser Landtagsfraktion und als Landesvorsitzende der CDU in diesem Land gesucht. Sie haben bis heute nicht zum Hörer gegriffen oder gefragt: Können wir unsere Ideen zusammentragen? – Sie haben aber dafür gesorgt, dass Landräte und Bürgermeister der SPD nicht an unserem Flüchtlingsgipfel teilgenommen haben. Das ist das Gegenteil von dem, was Herr Bouffier leistet.

(Beifall der CDU)

Ich möchte konkret etwas zur Verweildauer in der Erstaufnahme sagen. Frau Ministerpräsidentin, Sie hatten angekündigt, die Verweildauer in der Erstaufnahme auf die maximal drei Monate auszuweiten. Das hatten Sie angekündigt. Das haben wir übrigens begrüßt, als Sie das angekündigt haben. Es wäre von uns politisch unreif, alles als falsch abzutun, was Sie oder Ihre Kolleginnen und Kollegen vorschlagen. Wir haben explizit Ihre Ankündigung begrüßt. Es hat Ihnen auch Zustimmung der Kommunen gebracht, dass Sie die drei Monate in einer Erstaufnahmeeinrichtung, die man maximal nutzen kann, ausnutzen werden, weil dann die Kommunen zumindest ein Stück weit wieder atmen könnten.

Sie hatten das angekündigt. Das ist wichtig. Warum sind die drei Monate wichtig? Das ist so, damit zum Beispiel die Gesundheitschecks, die gemacht werden, ausgewertet sind, bevor sich die Flüchtlinge auf dem Weg, auch in

öffentlichen Verkehrsmitteln, in den Kommunen befinden. Deshalb ist es wichtig, dass Vieles erfasst wird und Profile erstellt worden sind. Das betrifft Positivprofile, bei denen die Personen zugestimmt haben.

Zu keinem Zeitpunkt haben Sie diese drei Monate, die Sie versprochen haben, erreicht. Das war noch nicht einmal in den Spätsommerwochen der Fall.

Sie haben stattdessen die Verweildauer sogar noch weiter verkürzt. Den Kommunen werden dann Flüchtlinge zugewiesen.

Wir sagen, es hat etwas mit den sicheren Herkunftsländern zu tun. Die Verweildauer ist auch entscheidend für die Rückführungschance von Asylsuchenden ohne Bleibeperspektive.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge arbeitet anders, als Sie es öffentlich behaupten, aber anders als schriftlich von Ihrer Landesregierung beantwortet wird. Wir beziehen uns auf Zahlen, die Sie uns geben. Die Asylanträge von Albanern und Kosovaren werden innerhalb der Dreimonatsfrist bearbeitet, so Ihre Antwort auf die Anfrage. Aber Sie verteilen sie vorher auf die Kommunen. Jetzt passt das eine mit dem anderen nicht zusammen.

Interessant ist ein Blick auf die durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Asylanträge in Rheinland-Pfalz. Ich habe die Zahlen von Januar bis Juli 2015. Hier zeigt sich in Bezug auf Albanien, dass innerhalb von sieben Wochen über die Anträge entschieden wird und beim Kosovo innerhalb von 2,9 Monaten, das liegt unter der Dreimonatsfrist.

Es spricht also alles dafür, die Menschen ohne Bleibeperspektive maximal in der Erstaufnahmeeinrichtung zu belassen, weil sich bei diesen beiden Bevölkerungsgruppen zeigt, dass die Entscheidung vorliegt, bevor Sie sie eigentlich in die Kommunen schicken wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sagen deutlich, wir müssen dazu kommen, dass Menschen ohne Bleibeperspektive erst gar nicht in die Kommunen verteilt werden. Warum? Das ist so, weil die Rückführung immer schwieriger wird. Natürlich sagen das die Landräte.

Sie haben nicht offen und ehrlich gesprochen. Es ist doch verständlich, dass die Landräte auf freiwillige Rückkehr setzen. Sie wissen doch, wie eine solche zwangsweise Rückführung in einer Kommune vonstatten geht, was eine Kommune leisten muss. Das ist kaum zumutbar, und zwar übrigens auch nicht denjenigen Menschen, die diese Menschen integrieren. Deshalb sagen wir als CDU schon seit vielen Monaten, dass man die Rückführung nicht den Kommunen in die Schuhe schieben darf, sondern dass das Land das wie das Saarland machen muss.

Das Saarland führt in Sammelrückführungen konzentriert die Menschen aus der Erstaufnahmeeinrichtung zurück. Das ist noch günstiger als die freiwillige Rückkehr. Das ist vor allen Dingen effektiver und spart Kosten, Ressourcen und vor allen Dingen Frustration am Ende.

(Beifall der CDU)

Ich sage noch eines dazu, weil Sie vorhin immer gerufen haben, es stimmt nicht. Dazu sage ich auch gerne etwas. Das betrifft die Themen Rückführung oder Winterabschiebestopp. Es sind noch immer – ich weiß nicht, ob Ihnen diese Schreiben bekannt sind, die kamen nicht aus der Staatskanzlei – ministerielle Schreiben in Kraft, die die Rückführung im Winter deutlich erschweren. Es sind noch immer ministerielle Schreiben in Kraft, die die gesetzlich mögliche Ausreisefrist von maximal 30 Tagen zur Regel machen. Sie empfehlen den Behörden sogar noch, darüber hinauszugehen. Auch das gehört zur Wahrheit dazu, wenn Sie heute über das Thema Rückreisepflicht gesprochen haben, Frau Ministerpräsidentin.

Sie schaffen damit selbst Abschiebehindernisse. Wir würden das anders machen.

Konsequenzen müssen diese Ausreisepflichtigen übrigens selten befürchten, auch wenn Sie peinlich genau darauf achten, dass der Ausreisegewahrsam in Ingelheim erst gar nicht oder spärlich belegt wird. Das sehen wir nicht als politischen Führungsstil an, den unser Land braucht.

Ich habe in diesen Tagen einen Tweet Ihres Chefs der Staatskanzlei, der vorhin da war, gelesen, in dem es heißt, der Bundesminister de Maizière hätte durch das behördliche System EASY (Erstverteilung von Asylbegehrenden) bereits im Juni wissen müssen, dass die Flüchtlingszahlen sprunghaft steigen. Muss das nicht auch umgekehrt für das Land gelten, wenn er das vorführt? Warum haben Sie nicht schneller Vorsorge getroffen, wenn doch Ihr Leiter der Staatskanzlei es gewusst hat, was in EASY steht, aber angeblich der Bundesinnenminister es nicht wusste? Warum haben Sie nicht gehandelt, wenn Sie es doch wussten?

(Beifall der CDU)

Wie soll der Bund mit aktuellen Zahlen arbeiten, wenn Sie die Ersterfassung nicht organisiert bekommen? Wenn das noch nicht einmal in Rheinland-Pfalz gelingt, dann haken doch auch alle nachfolgenden Schritte.

Letztlich haben Sie erst im August angefangen, die Zahl der Erstaufnahmeeinrichtungen aufzustocken. Im Januar sagten Sie noch, wir hätten keine Probleme und bräuchten keinen Flüchtlingsgipfel. Im Februar setzten Sie bereits Zelte ein, die keine dauerhafte Lösung seien, wie Sie sagten. Baden-Württemberg hatte übrigens ein wesentlich höheres Kontingent an Flüchtlingen aufzunehmen und auf Landesebene für die Erstaufnahme keine Zelte benötigt. Das ist der Unterschied in der Qualität von Führung und Verantwortung.

(Beifall der CDU)

Man kann sich das Integrationsministerium anschauen. Die Ministerin ist bis auf heute – das hat mich gefreut, dass Sie geredet haben in der Aktuellen Stunde, die ist ein bisschen begrenzter – nahezu verstummt. Nur einmal ist sie von der Ministerpräsidentin erwähnt worden. Es gibt eine Integrationsministerin, die laut Ressortzuschnitt für alles zuständig ist. Einmal ist sie erwähnt worden. Mittlerweile verkündet die zuständige Staatssekretärin fast alleine nur noch die

Hiobsbotschaften der Asylunterbringung, die nicht richtig funktioniert, im Integrationsausschuss unseres Landtages.

In diesen Tagen auf einem weiteren Höhepunkt der Krise kümmert sich die Ministerin um den Tag der Vielfalt. Das ist gut. In der Einladung heißt es: Ich freue mich, Sie bei einem lockeren Beisammensein und ohne Tagesordnung begrüßen zu dürfen. – Das ist bemerkenswert inhaltslos in einer Einladung. Das ging uns dieser Tage aus dem Ministerium zu. Wir fragen uns: Ist das die von Ihnen verstandene und gepriesene Aufwertung eines Politikfeldes, das Sie noch zu Beginn dieser Wahlperiode versprochen haben?

(Beifall der CDU)

Kritik an unkoordiniertem Handeln des Landes wurde lange als Wahlkampf abgestempelt und per se überhaupt nicht zugelassen. Ganz weit vorne waren viele der GRÜNEN, nicht alle. Viele der GRÜNEN waren dabei, als gesagt wurde, sobald die Regierung über Flüchtlingspolitik gesprochen hat, war es Inhalt, wenn die Opposition darüber gesprochen hat, dann war das Wahlkampf. Das ist eine einfache Welt, Grautöne gibt es nicht. Man malt sie sich, wie sie einem gefällt.

Schwierig wird es, wenn man in dem Malbuch umblättert und plötzlich jemand von Wahlkampf redet, der in den eigenen Reihen ist. Die Ministerpräsidentin ließ sich selbst zitieren, sie finde es „in Ordnung, wenn das Thema Flüchtlinge auch eine Rolle im Wahlkampf spielen werde“. Wir fragen uns was jetzt gilt. Gilt immer nur der Absender, ob die Botschaft richtig ist, oder hat die Botschaft an sich auch einen Wert?

(Beifall der CDU)

Jetzt sind wir wieder bei den sicheren Herkunftsstaaten. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben 50 Minuten eine Regierungserklärung gehalten. Sie haben nicht darüber geredet, wo Ihre Verantwortung, Ihre Regierungskoalition manifestiert wird im Bundesrat als unser Land in der Bundeshauptstadt Berlin. Dort wäre es wirklich neben der viel beschworenen Einigkeit darauf angekommen zu sagen, wir werden mitstimmen bei den sicheren Herkunftsländern.

Sie haben beklagt, dass die Antragsverfahren so stockend sind. Das hat auch den Grund, dass viele Anträge aus sicheren Herkunftsländern und den Ländern kommen, die noch nicht für sicher erklärt worden sind.

Sie haben das erste Mal blockiert. Insgeheim waren Sie froh, dass Ihr Ministerpräsidentenkollege aus Baden-Württemberg Rückgrat gezeigt hat. Sonst hätten Sie hier noch stärkere Probleme gehabt. Sonst hätten die Kommunen noch stärkere Probleme. Wir dachten, Sie würden daraus lernen. Kein Wort sagen Sie dazu, wie Sie abstimmen werden. Morgen werden Sie mit der Bundeskanzlerin und den anderen Ministerpräsidenten zusammensitzen. Es gibt ein Gesetzespaket. Über 30 Gesetzesänderungen werden vorgeschlagen. Ein ganz zentraler Punkt sind die sicheren Herkunftsländer.

Ihr Koalitionspartner hat heute eine Aktuelle Stunde – da waren Sie leider noch nicht da – zu dem wichtigen Thema

der Gesundheitskarte beantragt. Bei dieser Debatte waren Sie leider nicht da.

Wenn es um die Gesundheitskarte geht – das wissen Sie doch, Frau Dreyer –, dann sagen Sie das doch bitte auch hier im Land, warum das Gesetzespaket noch nicht früher verabschiedet worden ist. Das wissen wir doch beide. Ich rede mit der Kanzlerin. Sie sind im Bundesvorstand. Das wissen wir doch beide. Wir haben doch alle ein Recht darauf, das zu erfahren. Das liegt daran, dass die sicheren Herkunftsländer die Bedingung von Herrn Kretschmann waren, dass er dann verhandlungsbereit ist, wenn ihm die Gesundheitskarte zugestanden wird. Sie reden hier groß und breit über die Gesundheitskarte, aber sagen nicht, was es mit den sicheren Herkunftsländern auf sich hat.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Das sind die, die wir schon beschlossen haben! –
Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Kanzlerin hat ihr Versprechen gebrochen!)

Frau Ministerpräsidentin, da muss ich schon deutlich sagen, das ist Ihnen auch gestern oder vorgestern so gegangen. Da muss man schon sagen, richtige Verantwortung in diesen stürmischen Zeiten heißt auch, die Kinder beim Namen zu nennen und nicht abzuducken.

(Starker Beifall der CDU)

Uns das dann vorzuwerfen – die GRÜNEN sind immer ganz schnell dabei –, das ist schon so eine repressive Toleranz, die man hier hat. Das heißt, wenn man nicht 100 % der Meinung ist wie Sie bei den GRÜNEN, dann ist man entweder ausländerfeindlich, hat es nicht verstanden oder würde in Schulklassen Ghettos bilden, weil man Deutsch-Vorlaufklassen will. Diese Art der Sprache, diese Art des Moralisierens, dass es auf der einen Seite Besermenschen gebe und die anderen haben das C in dem Namen nicht verdient, führt dazu, dass in unserem Land irgendwann die Stimmung kippen wird, weil Sie über alles so drüberpflügen.

(Starker Beifall der CDU)

Das ist nicht in Ordnung. Da muss ich nicht mich zitieren, da kann ich Ihren ehemaligen oder unser aller ehemaligen Bundesaußenminister, Herrn Fischer, zitieren, der deutlich sagt, die Länder, die sich in EU-Beitrittsverhandlungen befinden, können keine politische Verfolgung haben, oder wir müssen über den Beitrittsstatus reden. Sie sagen nichts dazu.

(Alexander Fuhr, SPD: Kluger Mann!)

Jetzt sage ich aber einmal etwas anderes, was Herr Palmer sagte. Die GRÜNEN müssen im Realitätscheck sein, und wir dürfen auf keinen Fall blockieren. Deutschland braucht jetzt passende Lösungen, um mit dieser riesigen Zahl umgehen zu können.

(Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig!)

Jetzt sagt er weiter, deshalb müssen wir unsere Verantwortung im Bundesrat bei den sicheren Herkunftsländern

auch nutzen.

(Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau!)

– Er kommt zu folgendem Ergebnis, lieber Herr Wiechmann: Natürlich müssen wir zustimmen, dass das sichere Herkunftsländer sind. Mag sein, dass Sie in Ihrer Intelligenz weiter sind als ein Herr Palmer und ein Herr Fischer – das mag sein –,

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nein, nein, das hat Herr Fischer nicht gesagt!)

aber es gehört zum Spektrum der Meinungsvielfalt, so etwas sagen zu dürfen und einen nicht gleich abzutun, als seien wir menschenunfreundlich und hätten das C in unserem Namen nicht verdient. Ich glaube, hier muss eine andere Kultur her; denn ansonsten können wir draußen nicht vormachen, was die Kultur unseres Landes bedeutet und warum wir soweit sind, wie wir sind, nämlich sehr stark sind.

(Beifall der CDU)

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wir hätten auch gern gewusst, wie Sie es mit dem Vorschlag der Stichtagsregelung halten. Auch das interessiert uns. Ich meine, Sie sind hier in einer Koalition. Wenn es unterschiedliche Botschaften gibt, ist es spätestens Aufgabe, innerhalb einer Regierungserklärung zu sagen, für was man als Richtlinienkompetenzgeberin steht. Das sind Sie. Sind Sie für eine Stichtagsregelung, wenn bis zu einem gewissen Zeitpunkt Asylanträge nicht bearbeitet worden sind – ganz gleich, ob man eine Bleibeperspektive hat oder nicht –, dass man dann bleiben darf?

Das ist eine Einladung, auch ohne Asylgrund erst recht zu kommen, weil man dann auf Zeit setzen darf. Sagen Sie uns, ob Sie dafür sind oder nicht dafür sind. Ihr grüner Koalitionspartner ist es. Aber dazu ist schön, dass Sie sich mit den Vorschlägen der Union auseinandergesetzt haben. Das finde ich gut. Ich wünsche mir aber auch, dass Sie sich mit Vorschlägen Ihres Koalitionspartners auseinandersetzen; denn Sie regieren zumindest auf dem Papier mit ihnen zusammen.

(Beifall der CDU)

Ich sage es jetzt einmal so: Gegenüber der Presse haben Sie, Frau Ministerpräsidentin, geäußert, dass es Ihnen einerlei sei, auf welche Weise die Altfälle bearbeitet werden. Ihnen ist es also einerlei, ob 12.000 Menschen in Rheinland-Pfalz bleiben oder gehen müssen? Haben Sie schon einmal mit den Kommunen darüber geredet, die das bezahlen und organisieren? Auch das gehört dazu. Das erwarte ich von einer Ministerpräsidentin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: „Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und dem Bemänteln dessen, was ist.“ Diese Worte stammen von Ferdinand Lasalle. Sie wurden vor 150 Jahren gesprochen, und sie sind noch immer richtig.

Sagen was ist, das ist der Ausgangspunkt auch des politischen Handelns. Es geht um verantwortliches politisches Handeln. Wir erleben eine öffentliche Diskussion – ich habe es heute öfter erwähnt –, in der der gute Wille und das Herz den Ton angeben. Wir brauchen diesen guten Willen. Wir brauchen die überwältigende Hilfsbereitschaft. Deshalb habe ich damit auch bewusst meine Rede begonnen. Aber als gewählte Volksvertreter dürfen wir nicht der Verlockung unterliegen, uns öffentlich darin zu überbieten, wer guter Gesinnung wir sind, uns immer darin zu überbieten, wer eine bessere Gesinnung hat, die zur Schau tragen, wer die besseren Menschen sind.

Der Soziologe Heinz Bude nennt es die Phase – ich zitiere – des Flüchtlingsidealismus. Er sagt dann weiter, wir werden zu einer pragmatischeren Sicht kommen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wahrheit ist immer konkret. Auch die Sorgen der Menschen sind es. Wir müssen viel stärker deren Fragen zulassen. Noch vor einem halben Jahr hätte man Fragen hier gar nicht stellen dürfen, ohne dass man niedergebrüllt worden wäre. Wie können wir für alle Flüchtlinge den nötigen Wohnraum finden, wenn es bereits jetzt in vielen Städten nicht genügend Wohnraum gibt? Wie kann es gelingen, Hunderttausende Menschen in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren, wohl wissend, dass nicht jeder ein syrischer Arzt ist, wohl wissend, dass in Schweden eine Studie ergeben hat, dass Flüchtlinge, die dauerhaft bleiben, im Schnitt acht Jahre brauchen, bis sie im Arbeitsmarkt Fuß fassen können, dass wir eine hohe Analphabetisierungsrate haben. Das ist genau der Grund, warum wir sagen, wir sind für Deutsch-Vorlaufklassen. Das hat doch nichts mit Ghettoklassen zu tun. Das schlägt sogar die Bundesintegrationsministerin im Kanzleramt – SPD-Parteimitglied – vor. Wenn wir es vorschlagen, sind es Ghettoklassen. Ich finde es diffamierend und verletzend, uns so etwas vorzuwerfen.

(Beifall der CDU)

Ich finde das nicht in Ordnung. Das will ich wirklich noch einmal sagen, weil es ein konstruktiver Vorschlag ist. Man kann anderer Meinung sein, aber wenn Sie Kinder haben, von denen Sie gar nicht wissen, welche Schulleistungsfähigkeit sie haben, ob sie alphabetisiert sind oder nicht, die traumatisiert sind – mir erzählte eine Freundin, die Lehrerin ist, dass mitten in der Schulstunde ein Kind aufsprang und schrie, ein traumatisiertes Kind, keiner konnte mehr etwas machen –, ist es wichtig, dass wir in Deutsch-Vorlaufklassen Zeit für diese Kinder haben und herausfinden, wer auf welche Schule passt, und dann auch schauen, wer erst einmal eine Alphabetisierung braucht. Das ist unser Vorschlag von Deutsch-Vorlaufklassen. Das ist unser Vorschlag für eine gelingende Integration.

(Beifall der CDU)

Natürlich werden auch viele Fragen gestellt. Wie verändert sich unser Land? Natürlich verändert sich unser Land. Ja, das ist aber nicht der Untergang des Abendlandes. Wir werden auch einen Kreativitätsschub in einer sich verändernden Gesellschaft bekommen, zweitältestes Land der Welt nach Japan. Wir können einen Kreativitätsschub bekommen. Das hat es bei Zuwanderung auch immer gegeben. Wir müssen aber auch sehen, dass sich die Welt

ändert, dass Akteure, dass Täter aus Krisengebieten nicht immer in den Krisengebieten bleiben wollen. Das Thema Innere Sicherheit wird eine entscheidende Rolle spielen, aber auch die Frage danach, wer unser Bild vom Menschen teilt und wie das auch eingefordert wird. Auch das spielt eine große Rolle.

Ich denke, deshalb ist es ganz wichtig, dass wir nicht reflexhaft auf sorgenvolle Fragen von Bürgern antworten. Wir haben unglaublich viele Briefe – ich glaube, Ihnen allen geht es so – zu dem Thema Flüchtlinge bekommen. Ich habe noch nie so viel Post innerhalb kürzester Zeit zu einem solchen Thema von Menschen unterschiedlicher Couleur, unterschiedlicher Bevölkerungsschichten, Menschen mit und auch ohne oder umgekehrt ohne und auch mit Migrationshintergrund, Jungen, Alten, Alleinstehenden, Familien bekommen. Sie haben nichts zu tun mit kriminellen Extremisten, die Flüchtlingsunterkünfte anzünden oder Hass verbreiten. Sie haben aber Fragen, und sie sind skeptisch bei einigen Punkten, bei denen Sie sagen, Frau Ministerpräsidentin, es wird keinen in diesem Land etwas kosten.

Sie haben diese Passage genannt. Ich glaube schon – so offen muss man sein –, dass keiner weniger haben wird. Das haben Sie gesagt. Ich glaube ganz offen und ehrlich, dass Sie diese Versprechung nicht halten können. Das glaube ich nicht. Es gehört aber dazu, das offen zu sagen.

(Beifall der CDU)

Wir sind in einem Zielkonflikt zwischen offenen Armen, was uns ein sympathisches und herzliches Gesicht in der Welt gegeben hat, was gut ist, aber auch der Frage, wann die Grenzen der Belastbarkeit und die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft und von Rheinland-Pfalz erreicht sind.

Wir sind der Meinung – auch das gehört dazu –, das deutlich zu machen. Ich bitte Sie, dass Sie morgen in Ihren Gesprächen auch Wert darauf legen. Wir können es nicht mehr gewährleisten, dass jeder Flüchtling ein Recht auf eine freie Wohnortwahl hat. Das wird nicht funktionieren. Wir müssen registrieren und verteilen. Dann muss es akzeptiert werden. Deutschland wird diese Aufgabe nicht allein bewältigen können. Wir werden auch mit dem Asylrecht nicht die Armut dieser Welt bekämpfen können. Es ist wichtig, dass wir keine falschen Anreize setzen.

Frau Ministerpräsidentin, wir erwarten, dass Sie morgen überall dort, wo es verfassungsrechtlich möglich ist, dafür kämpfen, dass Bargeldleistungen durch Sachleistungen ersetzt werden. Auch das erwarte ich von Ihnen.

(Beifall der CDU)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie dem Bund zusagen, dass Menschen ohne Bleibeperspektive nicht mehr in die Kommunen geschickt werden. Natürlich müssen Asylverfahren deutlich schneller bearbeitet werden. Es kann aber auch kein Dauerzustand sein, dass Asylentscheidungen tagelang, wochenlang oder monatelang folgenlos bleiben. Wenn jemand aus wirtschaftlichen Motiven zu uns kommt, ist das verständlich. Es ist aber kein Asylgrund. Deshalb ist es unerlässlich, alle falschen Anreize zu unterlassen, die in unseren Augen vielleicht keine falschen Anreize sind, aber

in deren Augen, wenn man noch nicht einmal einen Bruchteil in einem Jahr von dem verdient oder in der Tasche hat, was man hier vielleicht durch Vorauszahlungen – in Berlin waren es drei Monate Vorauszahlungen – bekommt.

Deshalb bin ich der Meinung, dass wir diese gesellschaftspolitische Debatte nicht scheuen dürfen. Ich weiß, vor einem halben Jahr hätte ich das, was ich eben gesagt habe, an dieser Stelle nicht sagen können.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will auch deutlich sagen, dass es Drehtüreffekte gibt. Diese haben Sie immer abgelehnt. Wir plädieren auch dafür, dass Menschen, die keine Bleibeperspektive haben und zurückgegangen sind, dann, wenn sie wiederkommen und wieder einreisen, nicht in die Kommunen, sondern wieder in die Erstaufnahmeeinrichtung kommen. Wir plädieren dafür, dass die Kommunen ihre Ausgaben vollständig erstattet bekommen, damit die Kräfte vor Ort einen Motivationsschub erhalten. Es darf vor Ort nicht zu weiteren Verschuldungen kommen, sodass die Bürgermeister „angeschmiert“ sind.

(Beifall der CDU)

Wir erwarten von Ihnen morgen eine Zustimmung zu den sicheren Herkunftsstaaten und zur weiteren Erweiterung. Wir erwarten, dass es eine zentrale landesweite Rückführung aus den Erstaufnahmeeinrichtungen gibt. Wir erwarten auch – ich glaube, hier sind wir nah beieinander –, dass vieles beim Vergaberecht pragmatischer gestaltet werden muss. Ich habe das Thema energetische Standards genannt.

Wir brauchen aber auch Menschen für Menschen, die hierbleiben und die unsere Nachbarn, unsere Arbeitskolleginnen und -kollegen und Vereinskameradinnen und -kameraden werden. Für diese brauchen wir eine koordinierte und keine zufällige soziale Begleitung. Ich bin auch der Meinung, dass das Leiharbeitsverbot für Asylbewerberinnen und -bewerber und Geduldete nach drei Monaten entfallen muss.

Ich will noch einen letzten Punkt nennen. Wir haben viel mehr Punkte zusammengestellt, um Ihnen deutlich zu machen, was uns wichtig ist. Das erhöht auch die Akzeptanz vor Ort. Wir plädieren für eine Berufszulassung für geflüchtete Ärztinnen und Ärzte zur Mitwirkung an der ärztlichen Versorgung von Asylbewerberinnen und -bewerbern und Flüchtlingen.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Fragen Sie einmal die Ärztekammer!)

– Herr Köbler ruft gerade, fragen Sie einmal die Ärztekammer.

Herr Köbler, es ist nicht so, dass wir nicht lesen können. Ich habe weder kognitiv noch organisatorisch ein Problem, die Meldung der Ärztekammer wahrzunehmen. Wenn Sie all das, was Sie lesen, auch umsetzen würden, dann hätten wir in diesem Land weniger Probleme.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits 2010 haben wir als CDU Rheinland-Pfalz ein Positionspapier mit Forderungen formuliert. Ich habe es gestern noch einmal herausgeholt. Darin ging es um die Fragestellung, was für ein Land wichtig ist, in dem wir friedlich und wachsend zusammenleben wollen. Ich habe mir auch die Pressemitteilungen von Rot-Grün damals durchgelesen. Man kann das hier nicht vorlesen, wie wir beschimpft worden sind. Ich glaube, heute bekommen wir langsam diesen Konsens hin. Einer lautet: Integration bedeutet, Rechte und Ansprüche zu haben. Das halte ich für richtig.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den
Vorsitz)

Es bedeutet aber auch, Pflichten zu haben. Das heißt nicht, dass der aufnehmende Staat die Pflichten und derjenige, der zu uns kommt, nur Rechte hat. Das heißt, dass derjenige, der zu uns kommt, sich ganz klar identifizieren und sich dazu bekennen muss. Ich kann mir das zum Beispiel mit individuellen Integrationsvereinbarungen vorstellen. Das haben andere Länder in Integrationsgesetzen so geregelt; denn bei uns gilt die Meinungsfreiheit des Einzelnen, die Toleranz, die Gleichwertigkeit von Mann und Frau, die Menschenwürde und die Solidarität. Wir sind gegen Antisemitismus und gegen Homophobie. Das geht nicht nur mit Willkommenskultur. Wir brauchen Integrationsvereinbarungen, und wir bieten verpflichtend Integrations- und Sprachkurse an. Aber das Grundgesetz und die Sprachkurse sind nicht fakultativ, sondern dann auch für die verpflichtend, die zu uns kommen.

(Beifall der CDU)

Bei aller kultureller Vielfalt habe ich kein Problem nachzuvollziehen, warum Männer Frauen aus anderen Kulturkreisen anders sehen. Ich muss es aber nicht akzeptieren, wenn sie Frauen so behandeln, als seien sie weniger wert. Integration ist wie das Händeschütteln. Man braucht zwei Hände von beiden Seiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen und müssen helfen, weil wir wissen, dass wir die Kraft dazu haben, die Herausforderungen auch zu stemmen.

Frau Ministerpräsidentin, ich bin mir auch sicher, das kann gelingen, wenn wir von Anfang an gleich die richtigen Weichen stellen. Wir wollen auch die Chancen nutzen, die für unser Land in dieser Veränderung liegen, übrigens auch in der Veränderung für die Verwaltung. Sie haben Richtung Bund davon gesprochen, man hätte ein „Aktendeckeldenkmal“. Das mag für Verwaltungen gelten. Ich würde aber schon sagen, dass das nicht nur für Bundesverwaltungen, sondern auch für andere Verwaltungen gilt.

(Beifall der CDU)

Aus diesem Grund können wir uns doch die Chance geben, aus diesen Erfahrungen des Pragmatismus zu lernen. Die Kanzlerin hat es genannt. Es gibt eine deutsche Gründlichkeit. Jetzt ist die Zeit der deutschen Flexibilität. Ich freue mich auf die rheinland-pfälzische Flexibilität in diesem Land.

(Beifall der CDU)

Ich habe vom Kreativitätsschub gesprochen. Wir brauchen gesunden Menschenverstand und den Pragmatismus unserer Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer. Deshalb will ich noch einmal allen herzlich danken, die sich für andere einsetzen, Strapazen aussetzen, aber auch klar und unmissverständlich in ihrer Position sind und bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich traue unserem Land diese Zeitenwende zu. Wir müssen jetzt die Debatte offen und ehrlich führen. Die EU muss die Verantwortung gemeinsam annehmen und nicht nur als Inkassogemeinschaft, sondern auch als Solidargemeinschaft akzeptiert werden. Jeder im Bund, im Land und in den Kommunen muss seine Aufgaben erledigen. Die Integration muss konsequent vom ersten Tag an vorangebracht und formuliert werden. Dazu gehört das Fördern und das Fordern. Ich hoffe, dass das gelingt und wir das beherzt anpacken.

Frau Ministerpräsidentin, ich biete Ihnen an, sich zusammen mit der großen Oppositionsfraktion, die nur einen Sitz weniger als Ihre Fraktion hat, der Sie angehören, auf den Weg zu machen. Wir sind nicht irgendjemand, weil wir mit unseren Sitzen Bürgerinnen und Bürger vertreten. Wir müssen als CDU-Fraktion keinen nächsten Flüchtlingsgipfel durchführen. Ich werde den wieder machen. Wir müssen den aber nicht machen, wenn Sie dazu bereit sind, sich gemeinsam mit uns zusammzusetzen, sei es zu einem Flüchtlingskonvent oder etwas anderem, bei dem wir gleichberechtigt sind, unsere Ideen einbringen und Sie die Souveränität und die Größe haben, gute Ideen als gute Ideen zu bezeichnen und sie für ein Rheinland-Pfalz der Zukunft anzunehmen und umzusetzen, weil heute die richtigen Entscheidungen getroffen worden sind.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Schweitzer von der SPD-Fraktion. Die Redezeit beträgt 50 Minuten.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat in ihrer Regierungserklärung sehr eindrucksvoll geschildert, was die aktuelle Herausforderung durch die steigenden Flüchtlingszahlen konkret für Rheinland-Pfalz bedeutet, für die Menschen, die nach langer Zeit und unter undenkbaren Bedingungen den Weg zu uns gefunden haben, für die Menschen, die den Flüchtlingen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes ein neues Zuhause bereiten wollen, in den Kommunen, die sie fest aufnehmen und ihnen eine langfristige Bleibe sein werden, für die Menschen, die mit aller Kraft in ihrer Freizeit und mit viel Zuwendung und Energie dafür sorgen, dass die Flüchtlinge mit dem Notwendigsten versorgt werden, die sich um die Kinder bemühen, die mit den Behörden sprechen und vieles mehr.

Wie vielfältig dieses Engagement ist, erleben wir alle vor Ort in unserer Nachbarschaft, in den politischen und pri-

vaten Gesprächen, die wir als Abgeordnete in unseren Wahlkreisen führen. Wir, die SPD-Fraktion, konnten dies eben sehr eindrucksvoll erleben, als wir Menschen aus dem ganzen Land, ehrenamtliche Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer, nach Mainz eingeladen haben, um sich mit uns auszutauschen, aber eigentlich auch, um ihnen für ihr Engagement Danke zu sagen.

Wir haben Danke gesagt; denn es ist so: Wir alle wissen, wir würden in dieser besonderen Situation – und ich schrecke nicht davor zurück zu sagen, wir sind in einer Krisensituation – ohne die Zivilgesellschaft, ohne die Menschen, die in Vorleistung getreten sind, die nicht gewartet haben, bis Staat und Politik über alle Ebenen hinweg noch das kleinste Detail geregelt haben, sondern die die Ärmel hochgekrempelt und angepackt haben, nicht zurechtkommen. Diese Menschen sind in Vorleistung getreten.

Wir sind ihnen vieles schuldig, aber wir sind ihnen auch schuldig, dass wir heute eine Debatte führen, die immer wieder auf den Sachpunkt zurückgeht, nämlich die Hilfe für Menschen, die zu uns kommen, und die ordentlichen Rahmenbedingungen, das Klein-Klein der parteipolitischen Auseinandersetzungen, auch wenn der 13. März immer näher kommt, für manche vielleicht sogar das Fieber schon gestiegen ist. Das hilft in der Sache nicht weiter. Wir sollten es uns selbst untersagen. Ich glaube, das können wir gemeinsam.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen offen sagen, das ist Willkommenskultur pur, was wir dort erlebt haben. Das ist ein Begriff, den man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen muss, bei dem ich manchmal den Eindruck habe, er wird zu schnell und zu floskelhaft benutzt. Die Menschen aber, von denen wir uns heute ein persönliches Bild machen konnten, haben uns nicht unkritisch auch mit Blick auf staatliches Handeln und auf die Ausstattungen und die Voraussetzungen für ihr Handeln deutlich gesagt: Bei uns verändert sich gerade die Atmosphäre in der Gemeinde.

Es kommen Menschen neu in ehrenamtliches Engagement, die vorher vielleicht nicht in den Vereinen engagiert waren, sondern jetzt sagen: Meine unmittelbare Wahrnehmung dieses Leides, das uns jeden Abend über das Fernsehen, das Zeitunglesen oder die Bilder im Internet erreicht, bringt mich dazu, mich zum ersten Mal in meinem Leben zu engagieren. Mich interessiert das Politische gar nicht so sehr, sondern mich interessiert: Was könnt ihr auf den politischen Ebenen, die ihr im Landtag sitzt, die ihr in Regierungsverantwortung seid, jetzt dazu beitragen, dass es den Menschen, für die ich mich persönlich engagiere, bald besser geht, dass sie Perspektive haben und wissen, wie es mit ihnen weitergeht? – Meine Damen und Herren, um genau diese Fragen geht es, und um sie sollte es in einer solchen Debatte gehen.

Ich will auch sagen, dieses Engagement zeigt, dass wir in einem tollen Bundesland leben. Ich bin weit entfernt – und jeder, der mich kennt, weiß, dass es so ist – von rosaroten Blümchen-Malereien. Man hört auch diese und jene Töne. Man hört auch manche Skepsis. Man hört auch die Sorge: Sind das nicht zu viele? Werden das nicht zu viele? Pas-

sen die denn alle in unser gesellschaftliches Miteinander?

Übrigens, dort ist die Welt auch nicht schwarz-weiß. Oftmals sind es dieselben, die jeden Tag mit den Kindern in der Nachbarschaft, die da jetzt zugezogen sind, auf spielerische Art Deutsch lernen, die sich aber trotzdem fragen: Wie kommt unsere Gesellschaft, unser Staatswesen mit dieser Aufgabe zurecht?

Es ist also nicht so, dass wir die einen in die Ecke der Gutmenschen stecken – ein furchtbarer Begriff –, und die anderen sind dann die Überlegten, die Rationalen, die nur die Skepsis formulieren. Nein, es ist in uns manches zusammengebündelt. Das ist die Realität. Darum warne ich auch in den Debatten vor falschen Vorstellungen.

Man muss zur Kenntnis nehmen, manche Sorge ist da. Man darf aber auch zur Kenntnis nehmen, wir sind doch sehr viel weiter in dieser Gesellschaft, als wir es noch vor 20 und 25 Jahren waren. Es ist keine Selbstberauschung. Wir haben es heute erlebt. Es ist die Realität. Menschen sagen: Ich engagiere mich für den Nächsten.

Die Hintergründe sind ganz unterschiedlich. Sie können aus dem christlichen Wertekanon herrühren. Sie können aus einem ganz anderen, vielleicht aus einem politischen, aus einem ganz persönlichen, auch biografischen Grund herrühren. Sie sind aber da, und sie sind die Realität. Es ist die Mehrheit im Lande, und wir stehen auf der Seite der Mehrheit im Lande. Wir wollen sie unterstützen, auch durch die Art und Weise, wie wir solche Debatten führen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich sind wir in einer einmaligen Situation. Wir sind in einer epochalen Situation. Wir sind sicherlich mittendrin in der größten gesellschaftlichen Herausforderung seit dem Zeitenriss 1989, der Wende im Osten und der deutschen Einheit. Das zeigt, dass wir vor großen Aufgaben stehen. Das zeigt auch, dass wir weiter denken müssen, als es uns das kleine Karo mancher politischen Debatte manchmal möglich macht. Wir können eine solche Frage nicht beleuchten, ohne uns auch unserer deutschen Verantwortung in Europa und darüber hinaus zu widmen.

Der rheinland-pfälzische Landtag ist üblicherweise – vielleicht sogar auch glücklicherweise – nicht der Ort, an dem wir die großen Fragen der Außenpolitik beleuchten. Glauben Sie aber einem Fraktionsvorsitzenden, dass er sich schon auch fragt: Wo sind denn unsere Verantwortlichkeiten in Deutschland, wenn wir die finanzielle Ausstattung des UN-Flüchtlingshilfswerks anschauen? Kann es vielleicht einen Zusammenhang geben zwischen den Zahlen, die wir an Flüchtlingsbewegungen inzwischen haben, und der Tatsache, dass wir uns in Deutschland, dass sich die Vereinten Nationen und auch die großen Zahler beim UN-Flüchtlingshilfswerk inzwischen in peinlicher Zurückhaltung üben? Kann es vielleicht eine Ursache haben, auch unser deutsches Engagement, das nicht ausreichend ist, dafür, dass jetzt im September beim nahenden Winter im Libanon und in anderen Ländern rund um Syrien die Leistungen gekürzt wurden und Hunderte und Tausende von Menschen raus aus der Versorgung in den Flüchtlingslagern

gekommen sind?

Meine Damen und Herren, müssen wir uns denn dann noch fragen, wo die Fluchtursachen sind? Wer heute nach den Kürzungen, die vorgenommen werden mussten, von 13,50 Dollar im Monat pro Kopf dort leben, überleben muss, der guckt doch, dass er jede Perspektive findet, seine Kinder an die Hand nimmt und das Bündel, das er noch hat, und sich auf den Weg macht, auch auf einen gefährlichen Weg. Auch das gehört dazu, nicht nur das Klein-Klein – das muss ich sagen –, das ich eben gehört habe, sondern wir müssen den Blick auch weiten und dann unsere gemeinsame Verantwortung – übrigens, die GRÜNEN dürfen jetzt einmal kurz weghören –, auch die gemeinsame Verantwortung in der Bundesregierung wahrnehmen. Ich hatte eben den Eindruck, hier hat jemand gesprochen, der nur einen kleinen eingeschränkten Blick auf die gemeinsame Verantwortung in der Bundesregierung hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch da geht es nicht um Gesundheitsbetriebe. Aber wenn wir uns anschauen, was in unserem Land los ist, wie viel Engagement da ist, haben wir doch allen Grund zur Zuversicht. Ich hätte nicht gedacht, dass wir im rheinland-pfälzischen Landtag einmal in die Situation kommen, dass es diese Fraktion und diese Fraktion sind, die applaudieren, wenn die Ministerpräsidentin sagt, die Kanzlerin hat richtig gehandelt. Wir waren es. Ihr habt es verpasst.

Ich sage es aber gerne noch einmal. Frau Merkel hat recht, wenn sie sagt, wir brauchen jetzt politische Führung, und die Ansage, wir schaffen das, damit die, die zögern und zaudern, sich davon mitreißen lassen, weil wir diese Aufgabe nur gemeinsam bewältigt bekommen. Ich bin der Meinung, wir haben in Rheinland-Pfalz ebenfalls die Voraussetzungen, das gesellschaftliche Klima und die Landesregierung, die gemeinsam mit uns dafür sorgt, damit wir diese Aufgabe bewältigen können. Warum sollten wir vor einer solchen Aufgabe kleinmütig sein? Unsere eigene Geschichte in Rheinland-Pfalz beweist uns, dass wir diese Aufgabe stemmen können, meine Damen und Herren, gerade Rheinland-Pfalz, das immer Land der Zuwanderung, immer Land der Integration war.

Hier steht ein Flüchtlingskind. Ich habe mich nie als solches wahrgenommen. Aber ich komme jetzt gerade in diesen Tagen dazu, selbst wahrzunehmen, wie das in den eigenen Familien ist.

Mein Vater ist 1940 in Erfurt geboren. Er ist ein Kriegskind. Er hat mit fünf Jahren zum Kriegsende definitiv ein anderes kindliches Leben gehabt als mein fünfjähriger Sohn. Definitiv. Seine Eltern sind mit ihm dann 1945 geflohen. Ob das politische Fluchtursachen waren, will ich einmal dahingestellt sein lassen. Die Fluchtursache, die in der Familie über die Generationen hinweg verbreitet wurde war – mit Verlaub, jetzt wird es politisch unkorrekt –, man ist vor dem Russen geflohen. Das war bei ganz vielen so. Dann haben sie sich, weil sie Verwandtschaft in der Pfalz hatten, nach Rheinland-Pfalz aufgemacht wie viele andere auch. Das waren Belastungen in den Nachkriegsjahren, die bis in die 50er- und 60er-Jahre gingen, und wir haben

sie gestemmt.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, die Tatsache, dass viele gekommen sind, die gesagt haben, ich habe nichts, ich muss mir alles erarbeiten, hat auch dazu geführt, dass wir eine stabile auch mittelständische und industriepolitische Struktur in diesem Land haben. Das waren die, die angepackt haben, die nicht gesagt haben, ich ruhe mich auf der eigenen Scholle aus und beschäftige mich maximal noch mit der Frage, wem vererbe ich was, sondern die die Ärmel hochgekrempt haben. Wir wissen in der Geschichte unseres eigenen Landes, Zuwanderung macht uns stark, kann eine Chance sein. Warum sollten wir deshalb skeptisch sein, was die Zukunft angeht? Unsere eigene Geschichte gibt uns den Auftrag, mutig zu sein bei dieser Aufgabe, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich ist es im Alltag des Verwaltungshandelns, des politischen Geschäftes zunächst einmal nichts anderes als eine enorme logistische und finanzielle Herausforderung für die zuständigen Behörden, für die Kommunen, die am Ende diejenigen sein müssen, die darüber mitentscheiden, ob Integration tatsächlich gelingt. Integration gelingt oder scheitert in den Kommunen, in der Nachbarschaft. Das ist die Realität.

Ich sage, wir arbeiten in Rheinland-Pfalz gut zusammen, über alle Ebenen gut zusammen. Ich würde das noch erweitern, aus den staatlichen Strukturen heraus in Wirtschaftsverbänden, Interessengruppen und Kirchen. Wenn die Ministerpräsidentin berichtet, dass sich heute auf ihre Initiative hin der Ovale Tisch in Rheinland-Pfalz zusammengefunden und man konkrete Verabredungen getroffen hat, dann sage ich Chapeau, das ist gut, das ist eben auch Rheinland-Pfalz, dass man nicht sagt, jetzt gucken wir einmal, wer sich zuerst bewegt und schicken uns gegenseitig Briefe mit Anforderungen oder warten, bis uns jemand anruft, sondern wir engagieren uns selbst und tragen selbst einen Teil dazu bei.

Liebe Frau Kohnle-Gros, ich habe gehört, wie Sie dazuschengerufen haben, da hat man sich gegenseitig auf die Schulter geklopft. Ich glaube, ein solcher Zwischenruf wird dem Arbeiten und dem Engagement der Kammern, der Verbände, der Gewerkschaften am Ovalen Tisch nicht gerecht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Ich bin froh, dass man sich so engagiert hat, wie man es da getan hat.

Alle Ressorts dieser Landesregierung sind beteiligt, und das geht bei einer solchen Herausforderung. Wer wie die rheinland-pfälzische CDU schon so lange nicht mehr in der Regierung ist, der hat natürlich nicht mehr dieses operative Feeling oder denkt tatsächlich – – –

(Zuruf von der CDU –
Heiterkeit bei der CDU)

– Es ist nicht zum Schaden des Landes gewesen, und Sie hören auch kein Bedauern in meiner Stimme, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber ich stelle das fest. Es ist ja so.

Er denkt tatsächlich, ein Blick in das Organigramm ist tatsächlich das, was uns die letzten Hinweise darüber gibt, wie in einer solchen Krisensituation Regierung zu arbeiten hat.

Wissen Sie, die Realität ist, dass das, was ich für die Zivilgesellschaft, für die Kommunen, wo man die Ärmel pragmatisch hochkrempt, definiert habe, für die Landesregierung ganz genauso gilt. Hier auf dieser Regierungsbank sitzt kein Minister – es sitzen auch noch einige Minister –, keine Ministerin, der nicht oder die nicht sagen kann, in meinem Ressort spielt das Thema Flüchtlinge keine Rolle. Also dann zu sagen, es muss einer oder eine – – – Es geht doch nur zusammen, es geht doch gut koordiniert, und es geht doch nur, wenn man sich gegenseitig hilft und unterstützt.

(Christian Baldauf, CDU: Es ist aber nicht koordiniert!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich das für die rheinland-pfälzische Landesregierung positiv wahrnehmen kann, dann würde ich mir wünschen, dass ich das für die Bundesregierung auch sagen dürfte, und das sage ich in großer Loyalität – man kennt mich ja –, auch mit der Großen Koalition in Berlin.

(Zuruf von der CDU)

Ich will Ihnen schon sagen, man hört ja so den einen oder anderen Augenzeugenbericht, wie das in der Kanzlerinnenrunde vergangene Woche war, die nur deshalb vorgezogen wurde, weil Malu Dreyer es gefordert hat.

(Heiterkeit bei der CDU)

– Na gut, das mag Ihnen nicht schmecken, aber es war eben so.

Da hat sich die Kanzlerin – und jetzt komme ich erneut in die Situation, dass ich sie positiv hervorheben muss – sehr klar, sehr gut vorbereitet und sehr nah an der Herausforderung präsentiert. Ich will das auch – der Innenminister bestätigt mir das auch aus den dienstlichen Kontakten zum Bundesverteidigungsministerium – für Frau von der Leyen wahrnehmen. Ich will aber schon noch sagen,

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

die Performance des Herrn de Maizière war erbarmungswürdig. Wer weiß, dass an dem Abend ein bisschen etwas auf den Tisch des Hauses kommen muss und dann sagt, ich schlage jetzt einmal vor, wo wir Flüchtlinge in eine bundesweit zentral verantwortete Erstaufnahmeeinrichtung geben, und da müssen sich die anwesenden Ministerpräsidenten melden und sagen, lieber Herr Bundesinnenminister, ich muss ihnen sagen, da, wo sie uns gerade freie Kapazitäten vorweisen wollen, da sitzen schon Flüchtlinge, – – –

Liebe Frau Klöckner, Sie haben schon auf die Qualität des Verwaltungshandelns hingewiesen. Ich finde, Ihre Wor-

te müssen Herrn de Maizière an diesem Nachmittag ordentlich in den Ohren geklungen haben. Ich will es Ihnen deutlich sagen, wir erwarten von Herrn de Maizière eine deutlich bessere Aufgabenwahrnehmung.

Zu seiner Verantwortung für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge werde ich Ihnen nachher noch die eine oder andere Bemerkung anbieten müssen.

Die Meilensteine in der Verantwortung der Landesregierung: Auf einen Aufruf von Frau Ministerpräsidentin Dreyer haben sich aus der gesamten Landesverwaltung Beschäftigte zurückgemeldet. Auch das ist ein klarer Hinweis dafür, dass wir da in einer guten Situation sind, was das gesellschaftliche Klima angeht. Diese haben sich für unterschiedliche Abordnungszeiträume bis zum Jahresende zur Verfügung gestellt. Diese Beschäftigten werden in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende in Ingelheim und Trier eingesetzt.

Das zweite Maßnahmenpaket des Landes zur Fluchtaufnahme hat die Erstaufnahmekapazitäten des Landes weiter ausgebaut sowie die Rückführung und Abschiebung von Flüchtlingen intensiviert.

Die Clearingstelle in Trier wurde personell besser ausgestattet, sodass kommunale Ausländerbehörden – das ist ein ganz wichtiger Punkt in der Praxis – mehr Unterstützung beim Umgang mit abgelehnten Asylsuchenden haben. Mit dem ersten Maßnahmenpaket von Beginn des Jahres sind deutliche Verbesserungen im Bereich der Sprachförderung, der Arbeitsmarktintegration und der psychosozialen Versorgung traumatisierter Flüchtlinge angebahnt worden.

Die Koalitionsfraktionen – wir werden heute und morgen noch Gelegenheit haben, darüber zu sprechen – haben auf diese große Herausforderung reagiert, indem wir gemeinsam im laufenden Nachtragshaushaltsverfahren die Aufstockung um weitere 30 Millionen Euro auf den Weg gebracht haben, lieber Daniel Köbler. Da ist alle Flexibilität und politische Verantwortung angebracht.

Liebe Frau Klöckner, ich muss Ihnen das schon sagen, ich hätte eigentlich geglaubt, dass wir uns heute vor allem über die Schicksale seelisch und anderweitig verletzter Flüchtlinge unterhalten und nicht so sehr über das Schicksal der verletzten Eitelkeit einer Oppositionsführerin.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Zurufe von der CDU: Oh! –
Marlies Kohnle-Gros, CDU: Eine Eigenschaft, die wir noch gar nicht gefunden haben!)

Wer sich über ganze Passagen seiner Rede vor allem mit sich selbst beschäftigt,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Christian Baldauf, CDU: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben? –
Roger Lewentz, SPD: Da würde ich als Delegierter auch nicht hingehen!)

wer sich erlaubt, eine Rede hier zu halten, die vorbereitet war und

(Heiterkeit der Abg. Julia Klöckner, CDU)

– ja, ja – aufgeschrieben war, in der aber trotzdem – wir können das ja später einmal, wenn die Kolleginnen und Kollegen vom Stenografischen Dienst ihre Arbeit gemacht haben, über das Stichwortverzeichnis nachvollziehen – der eigene Name am häufigsten vorkommt,

(Julia Klöckner, CDU: Eigener Name?)

ich glaube, der hat, ich will nicht sagen ein Problem,

(Zuruf des Abg. Guido Ernst, CDU)

aber zumindest einen Schwerpunkt in dieser Debatte gesetzt, bei dem man bei aller Zurückhaltung, die mir eigen ist, fragen kann, ob das Thema wirklich gut getroffen war.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Liebe Frau Kollegin Klöckner, das sollten Sie sich ernsthaft durch den Kopf gehen lassen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wissen Sie, was mir durch den Kopf gegangen ist, als Sie darum gebuhlt haben, an der Stelle wahrgenommen zu werden?

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

– Nein, das muss ich schon sagen. Es war doch so, Frau Klöckner:

(Benedikt Oster, SPD: Jetzt haben Sie auch den Anstand zuzuhören! Das haben Sie vorhin selbst gefordert! –

Carsten Pörksen, SPD: Das interessiert die überhaupt nicht! –

Benedikt Oster, SPD: Jetzt will sie davon nichts mehr wissen! –

Christian Baldauf, CDU: Habt ihr das einstudiert?)

Wir hatten eine muntere Debatte im Landtag, als wir um die Argumente zum Thema Flüchtlingspolitik gerungen haben, bei einer der Hauptstunden des Parlaments und der Opposition, als es um die Einbringung des Nachtragshaushalts ging. Frau Klöckner, Ihre Rede vorhin war sehr von den Fragen geprägt: Wann wurde ich gefragt? Wann habe ich mich einbringen dürfen?

Es ist nicht nur uns aufgefallen, dass Sie eine Gelegenheit, eigentlich die Hauptgelegenheit der Oppositionsführerin, in der Haushaltsberatung Ihre eigene Position deutlich zu machen und in den demokratischen Meinungsstreit einzutreten, einfach vorbeigehen haben lassen. Liebe Frau Klöckner, da passt das eine mit dem anderen nicht zusammen. Das muss ich Ihnen einfach noch einmal hinterherschicken.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

An der Stelle kann ich sagen, wir sind immer froh und dankbar für die Hinweise.

Es ist auch so, wir müssen an der Stelle zusammenarbeiten, alle demokratischen Kräfte, ja, das ist richtig, aber wir dürfen dabei nicht den Vorwurf machen, dass man nicht gehört wird, wenn man eine Gelegenheit auslässt, sich selbst zu Gehör zu bringen, liebe Frau Kollegin. Es passt nicht wirklich zusammen. Das musste ich Ihnen jetzt einfach noch einmal hinterherschicken.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind im Land in einer besonderen und in einer druckvollen Situation. So, wie ich mich positiv zu den Äußerungen von Frau Merkel stelle, für die sie zugegebenermaßen einen Sommer über gebraucht hat

(Zurufe von der CDU)

– das ist doch so –, die ich wirklich begrüße, so muss ich schon sagen, die zentrale Nahtstelle und inzwischen das zentrale Nadelöhr der deutschen Flüchtlingspolitik ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

(Carsten Pörksen, SPD: So ist es!)

Viele, die wir heute Mittag zu Besuch hatten, die ehrenamtlich tätig waren, haben Kritik geäußert. Die Kritik, die sie formuliert haben, hat immer irgendwann den Begriff BAMF beinhaltet.

Wenn Sie es mir nicht glauben, glauben Sie es doch den Ehrenamtlichen, die heute gesagt haben, wenn dieses BAMF nicht endlich „in die Pötte kommt“, dann ist dieses Agieren einer oberen Bundesbehörde dafür verantwortlich, dass die Menschen im ehrenamtlichen Engagement genau das bekommen, was sie prophezeit haben und Sie sicherlich genauso wenig wollen wie wir, nämlich Ermüdungsbrüche, Frau Klöckner. Sie fragen sich, wie lange sie sich noch engagieren sollen, sich noch um Menschen kümmern sollen, wenn beide Seiten zusammensitzen und nicht wissen, wie lange die Menschen noch bleiben können und welche Perspektive sie haben.

Das ist eine enorme Belastung für die Betroffenen, für die Kommunen, eine enorme finanzielle und auch psychologische Belastung für dieses Ehrenamt um die Menschen herum. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Versprechen wurden schon zu Beginn des Jahres gegeben – der Beginn des Jahres war für Sie eine ganz wichtige Zeit, weil Sie dort Ihren Flüchtlingsgipfel hatten, wir zu dem Zeitpunkt aber schon auf Bundesebene verhandelt hatten –, und auf die Umsetzung der Ergebnisse, so wie sie zugesagt worden war, warten wir heute noch.

Das BAMF muss endlich „in die Puschen kommen“, sonst haben wir nicht nur ein Verwaltungsversagen, sondern ein Politikversagen, und dann haben wir alle ein Problem. Dem kann sich keiner entziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist wirklich spannend, hier eine Rede zu halten und an diesem Thema so vorbeizugehen. Auch in der Aktuellen Stunde – ich glaube, Frau Spiegel hat es angesprochen – haben Sie eine Rede zum Thema sichere Herkunftsländer gehalten und sind dabei an dem Thema BAMF vorbeigegangen. Das geht sachlich begründet ganz schwer, eigentlich geht das gar nicht.

Darum werden wir Malu Dreyer dabei unterstützen, dass sie, wenn sie morgen mit Herrn Schäuble und dann mit der Bundesregierung verhandelt, einen zentralen Punkt mit den anderen Ländern gemeinsam deutlich adressiert: Dieses Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das jetzt die Achillesferse der deutschen Flüchtlingspolitik geworden ist, muss endlich einen Muskelaufbau bekommen, nach vorn gehen und dafür sorgen, dass wir in Deutschland wieder geordnete Verhältnisse haben, was die Flüchtlingspolitik angeht.

Liebe Frau Klöckner, ich habe Ihnen das am Wochenende in dem Interview zu Ihrem Parteitag als freundlichen Gruß mitgegeben, und ich sage es Ihnen noch einmal:

(Julia Klöckner, CDU: Das hat mir gefehlt!)

Es wäre doch eine enorme Chance für Sie, sich an dieser Stelle als stellvertretende Bundesvorsitzende positiv zu profilieren. Zeigen Sie, dass Sie Einfluss haben. Wir nehmen es Ihnen dann gerne ab. Bisher sind Sie den Beweis schuldig geblieben. Zeigen Sie doch einmal, dass Sie mit all denen, die Sie im Bundesvorstand der CDU treffen, tatsächlich auch in der Art und Weise reden, dass es positive Ergebnisse für das Land Rheinland-Pfalz gibt.

Das wäre einmal eine Form von Patriotismus, den ich Ihnen gerne positiv unterstellen möchte. Zeigen Sie das doch einmal. Wir warten dringend darauf. Ich würde mir das sehr dringend von Ihnen wünschen, liebe Frau Kollegin Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer dann glaubt, es ginge nicht um Geld, oder es ginge vor allem darum, dass man erst einmal nur Landesmittel und dann irgendwann einmal Bundesmittel in die Hand nimmt, der hat keinen Einblick in die tatsächliche Relation der Kosten und Ausgabenentwicklung, was das Thema Flüchtlinge in Deutschland angeht.

Bei den Zahlen, die uns immer mit einer Verzögerung hinter der Realität als Prognose von diesem BAMF genannt werden, müssen wir für Deutschland in 2015 von 800.000 bis 1 Million Flüchtlinge ausgehen.

Wir können also roundabout sagen, 10 Milliarden Euro beträgt der Gesamtaufwand über alle staatlichen Ebenen. Wenn wir mit 9.000 und mehr Erstaufnahmeplätzen rechnen, kann man sich ausrechnen, dass das Gros bei den Ländern und bei den Kommunen liegt. Der Anteil des Bundes, der momentan aber auf den Tisch gelegt wird, ist denkbar gering. Also ist das doch eine der zentralen Herausforderungen.

Wenn Frau Ministerpräsidentin Dreyer dort morgen verhan-

delt, dann geht es darum, dass man sich im Gleichklang der Länder mit dem Bund auf Folgendes einigt: Es braucht eine nachhaltige, eine auskömmliche und eine dynamische Finanzierung, sodass wir nicht alle halbe Jahre in irgendwelchen Gipfelsituationen zusammensitzen und um das Tisch Tuch streiten. Wir brauchen an dieser Stelle Klarheit. Auch das beruhigt die Situation ganz entscheidend, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte gerne, weil ich über den Bund und über das Land gesprochen habe, noch einen Blick auf die europäischen Herausforderungen richten. Wir haben in der europapolitischen Diskussion in den vergangenen Jahren oftmals über das Modell des Europas der zwei Geschwindigkeiten gesprochen.

Ich fürchte, wenn wir nicht verdammt gut aufpassen, bekommen wir ein Europa der unterschiedlichen Wertesysteme. Das ist in der Auswirkung sehr viel problematischer als alles, was wir in der Euro- und der Griechenlandkrise wahrgenommen haben.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, Sie haben den Satz gesprochen: Blicken wir nach Bayern. – Wenn wir das heute tun, sehen wir im Kloster Banz Herrn Orbán und Herrn Seehofer. Wenn Sie sagen, es kommt darauf an, wer sich die Hand gibt und wie man sich die Hand gibt, dann möchte ich deutlich sagen, auch da bin ich ganz nahe bei Ihnen. Ich persönlich sage Ihnen aber, mit meiner Vorstellung von Europa passt es nur wenig zusammen, dass Ihr Parteifreund Seehofer heute in Bayern Herrn Orbán symbolisch die Hand reicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, während wir gleichzeitig sehen, dass die Armee in Ungarn mit Schlagstöcken und Fangnetzen auf Flüchtlinge jeden Alters – und damit auch auf Kinder – einwirken darf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind Wertedebatten, zu denen ich mir von meiner Vorrednerin auch etwas mehr gewünscht hätte, aber dabei kommt auch wieder die Ausblendung ins Spiel.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Wir brauchen ein entschlossenes Handeln in diesem Krisenmodus, in dem wir uns zurzeit befinden. Die Menschen schauen uns an, wollen aber auch schon die Antworten auf Fragen hören wie: Wie geht es nun weiter? Lesen wir jetzt nur noch etwas über Flüchtlinge? Ist das das einzige Thema, das ihr könnt? Was kommt denn danach?

Sie fragen: Denkt ihr auch noch an uns? Habt ihr uns auch noch auf dem Schirm, uns Langzeitarbeitslose, wenn wir eine Familie haben, die vielleicht mehr als ein oder zwei Kinder hat, die abhängig beschäftigt ist und dringend Wohnraum braucht? Habt ihr uns noch auf dem Schirm? – Ich finde, es ist nicht illegitim, diese Fragen zu stellen.

Jawohl, und es ist gut, dass Malu Dreyer die Aussage getroffen hat: Wir wollen nicht, dass wir über den Krisenmodus so viele Ressourcen, auch politische Ressourcen, in das Flüchtlingsthema investieren. Wir wollen nicht, dass die Menschen – wenn es auch nicht stimmt – den Eindruck haben, es würden die Gruppen gegeneinander ausge-

spielt, und die eine Gruppe wird dabei vergessen. Das ist doch völlig klar. Für mich ist es eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen dieser großen Herausforderung, dass wir die Integration der vielen Menschen, die zu uns kommen, nicht zur Desintegration mancher anderer, die schon bei uns sind, werden lassen. Das ist die große Gratwanderung, und dazu gehört, dass man auch in einer solchen Debatte selbst austariert und nicht mit überzogenen Zuschreibungen operiert.

Frau Kollegin Klöckner hat Frau Ministerpräsidentin Dreyer als unehrlich bezeichnet, und ich finde, das geht gar nicht. Aber auch dabei muss man aufpassen, welche Atmosphäre man in die Debatte hineinbringt, liebe Frau Kollegin Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Wir brauchen eine Vorstellung davon, wie es ist, wenn es 100.000 Menschen sein werden, die bei uns bleiben, mit uns leben, unter uns leben, neben uns leben. Wir brauchen dazu ein positives Bild eines neuen Zusammenlebens. Wir brauchen womöglich auch den Blick auf biografische Entwicklungen, die wir uns noch gar nicht vorstellen können.

Liebe Frau Bildungsministerin Reiß, wir reden derzeit intensiv darüber, dass viele Kinder eingeschult werden und in den Klassen sitzen. Das sind Kinder, die das Deutsch eigentlich nur radebrechend sprechen. Aber ist es nicht eine positive Entwicklung, wenn wir uns gemeinsam mit vielen anderen in dieser Gesellschaft vorstellen, dass aus diesen Kindern, die aus Syrien kommen, vor den Chlorbomben dort geflohen sind, dass aus Kindern, die Deutschland als das Land ansehen, in dem sie angekommen sind, das ihnen etwas gegeben hat und dem sie etwas zurückgeben möchten, dass diese Kinder besonders fleißig sind, besonders engagiert sind, und dass sie sich einbringen? Dann wird aus dem Klassensprecher, der einst geflohen ist, der als Flüchtlingskind in die Klasse gekommen ist, später vielleicht irgendwann einmal der ehrenamtliche Bürgermeister einer Gemeinde.

Ich finde, das ist nicht kitschig, sondern das ist ein positives Bild, das wir zeichnen müssen und unter die Menschen bringen müssen, damit wir nicht nur von heute auf morgen mit den Menschen kommunizieren, sondern uns auch fragen, wie sich diese Gesellschaft entwickeln kann. Natürlich gehört auch dazu, dass wir sagen, jede Form von Parallelgesellschaft, jede Ghettoisierung können und wollen wir nicht unterstützen. Es gibt Regeln des Zusammenlebens – zumindest die, auf die wir uns heute einigen –, die wir in Deutschland eigentlich schon seit der Tradition der Aufklärung kennen. Man braucht auch nicht ein Gesetz zur Umsetzung eines Gesetzes, sondern wir brauchen den Satz, der für alle gilt: In Deutschland gilt das Grundgesetz. –Punkt, Schluss, aus, fertig, und das gilt für alle, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Wenn ich die Biografie eines jungen Syrers oder seiner Schwester schildere, sage ich auch, dies braucht Voraussetzungen. Wir brauchen enorme Möglichkeiten im Bereich

des Spracherwerbs, und es werden sich viele Vorstellungen, die wir hatten, was die demografische Dividende in der Schule angeht, vielleicht so nicht verwirklichen lassen. Wir werden auch in den nächsten Haushalten, was Erzieher und Lehrpersonal angeht, ordentlich in die Zukunft investieren müssen, und wir brauchen eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen, die da sind und neue Wohnformen suchen, erwarten von uns, dass wir nicht nur denen die Antworten geben, die kommen, sondern dass wir für alle Antworten formulieren, und das ist die Herausforderung, vor der wir stehen.

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher – ich habe es bereits eingangs meiner Rede formuliert –, wenn es ein Flächenland in Deutschland gibt, das dies alles hinbekommt, dann sind wir es, und zwar aus unserer eigenen Geschichte heraus und aus der Tatsache heraus, dass wir so etwas sind wie die Ehrenamtsweltmeister. Kein anderes Bundesland hat mehr bürgerschaftliches Engagement aufzuweisen, und ich möchte auch sagen, dass wir nach einschlägigen Studien das Land sind, in dem die Fremdenfeindlichkeit am geringsten ausgeprägt ist, und dass wir das Land sind, in dem jeder Beschäftigte erklären kann, wie sehr sein Arbeitsplatz – ob im Handwerk, in den handwerksnahen Dienstleistungen oder in der Industrie – vom Export abhängt, also von der Zusammenarbeit von Märkten, Menschen und Nationen.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz hat das Zeug, zum Musterland der Integration zu werden. Wir können das schaffen, wenn wir uns diese Aufgabe selbst vornehmen, und zwar mit Zuversicht und auch mit Mut, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wird es in Berlin nicht nur morgen darum gehen, dass man sich auf finanzielle Unterstützungen einigt. Ich sage Ihnen, neben der Frage des sozialen Wohnungsbaus brauchen wir auch eine ganz neue Entwicklung im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Auch das gehört dazu, und wir brauchen klare Signale an diejenigen, die bereit sind, einzustellen und zu beschäftigen. Die Forderung, jemand, der eine Ausbildung macht, nicht nur für die Dauer der Ausbildung mit einem Aufenthaltstitel auszustatten, ist keine Forderung, die aus rot-grünen Multi-Kulti-Verdrängungsköpfen kommt. Nein, diese Forderung wurde uns aus der Mitte der Handwerkskammer heraus formuliert. Ich kann mich an eine Sitzung des Ovalen Tisches erinnern, zu der die Fraktionsvorsitzenden eingeladen waren. Frau Klöckner war nicht dabei. Ich sage das, weil Frau Klöckner immer mit einer Anwesenheitsliste auf die Regierungsbank gezeigt hat. Das kann ich auch. Bei dieser Veranstaltung war Frau Klöckner nicht dabei, es war ihr nicht wichtig, es ging ja um Flüchtlinge.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Jetzt ist sie gerade auch nicht da! –
Julia Klöckner, CDU: Doch, ich bin da! Ich bin da!)

Dort hatten die Handwerkskammern deutlich gemacht, wir brauchen eine Zusage auch der rheinland-pfälzischen Landespolitik, dass wir über die Zeit der Ausbildung hinaus eine Zuversicht haben, dass die Menschen bei uns im Betrieb bleiben können. Ich habe damals natürlich gesagt, das ist eine gute Idee, und die Kirchen haben gesagt, das ist eine gute Idee. Die Wohlfahrtsverbände haben gesagt, das ist eine gute Idee.

Es saß einer neben mir, der sich am Kuchen fast verschluckt hat, weil er nicht wusste, was er sagen soll. Er hat dann später gesagt: Ich glaube, ich darf nicht sagen, dass es eine gute Idee ist. – Das war Herr Baldauf von der CDU. Es ist also an Ihnen gescheitert, dass eine zentrale Forderung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft zur gemeinsamen Auffassung des Ovalen Tisches werden konnte. Auch das möchte ich an dieser Stelle einmal bemerken dürfen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich bin sehr froh darüber, dass die Tatsache, dass wir eine Aktuelle Stunde hatten, schon zur Klärung herbeigeführt hat, was das Thema der Abschiebungen angeht. Ich möchte Ihnen ganz offen sagen, ich persönlich bin ohne ideologische Belastung. Ich sage ganz deutlich, derjenige, dessen Asylverfahren abgeschlossen ist und bei dem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, über das ich schon gesprochen habe, festgestellt hat, dass es für ihn keine Aufenthaltsmöglichkeit nach politischem Asyl gibt, der soll das Land verlassen. Das war schon immer die Politik auch der Sozialdemokratie. Wir haben uns an dieser Stelle nie verkrampft.

Aber in der Regierungserklärung ist auch eine ganz schmutzige Riege von Landräten in Rheinland-Pfalz genannt worden, und ich darf mir erlauben, den Worten unserer Ministerpräsidentin noch anzufügen: All die Namen, die genannt wurden, tragen die Bezeichnung „CDU“ in Klammern hinter dem Namen, und sie haben alle in diesem Jahr nicht abgeschoben.

(Julia Klöckner, CDU: Das stimmt nicht!
Das stimmt überhaupt nicht!)

Warum? Nicht, weil die GRÜNEN auf sie eingewirkt hätten.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Mit guten Argumenten!)

Nein, sie haben an dieser Stelle nicht abgeschoben, weil sie genau wissen, wir bekommen es über die freiwillige Rückkehr sehr viel leichter und sehr viel günstiger und pragmatischer organisiert. Ich finde, das ist ein bestechendes und klares Argument. Wir sollten uns deshalb hier nicht mit ideologischen Stammtischdebatten aufhalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, weil ich gerade über die Abschiebung in die Westbalkanstaaten gesprochen habe, möchte ich noch einen Satz hinzufügen, der mit dem Einwanderungsgesetz zu tun hat. Mir klingt noch im Ohr, Frau Kollegin Oppositionsführerin, dass Sie gesagt haben, das Einwanderungsgesetz hat mit dieser aktuellen Flüchtlingsdebatte nichts zu tun. Das fand ich schon damals mutig.

(Julia Klöckner, CDU: Quatsch! Stimmt nicht! Wir haben etwas anderes gesagt!)

– Ja, es war Quatsch. Sie haben völlig recht.

(Julia Klöckner, CDU: Wir vermischen nicht Einwanderung mit Zuwanderung!)

Ich wäre nicht zu dieser kritischen Einschätzung gekommen, aber Ihre Selbsteinschätzung kann ich unterstreichen. Das war wirklich Quatsch. Viele Konservative, Horst Köhler heute, früher Richard von Weizsäcker, haben deutlich gemacht, es geht bei dieser Frage Asyl oder Einwanderung um zwei Punkte. Er hat es in die Formel zusammengefasst: Es geht um die, die uns brauchen – ein klares Bekenntnis dazu –, und es geht darum, dass dieses Land, das ein Einwanderungsland ist, es sich nur eingestehen muss und den Mumm hat zu sagen, es geht auch um die, die wir brauchen. Genau dafür haben wir keine vernünftige Tür in Deutschland.

Darum muss man Einwanderungsgesetz und Asylgesetzgebung und Asylpolitik zwingend miteinander diskutieren. Ich bin sehr froh, dass jetzt auch in der Union diese Diskussion in Bewegung gekommen ist.

Natürlich – Günter Grass wusste es –, der Fortschritt ist eine Schnecke. Dieses Einwanderungsgesetz bei der CDU ist nun wirklich im Schneckentempo unterwegs. Aber wir alle unterstützen diese Diskussion.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, auch dazu haben Sie sich erneut geäußert und gesagt, es geht hier vor allem um ein semantisches Problem bei dem Thema Einwanderungsgesetz. Wissen Sie, auch das ist ein Punkt, bei dem ich sage, eine der zentralen Herausforderungen in unserer Gesellschaft hat nun wirklich nichts mit der Frage zu tun, wie dieses Gesetz heißt, sondern wann es kommt, ob es kommt und ob es wirksam ist. Genau dafür wollen wir sorgen, mit Malu Dreyer an der Spitze, auch in den Verhandlungen, die in Berlin stattfinden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat in ihrer Regierungserklärung die Situation in Rheinland-Pfalz so zusammengefasst: Wir erleben ein Rheinland-Pfalz, das Kraft hat und Haltung zeigt. – Ich finde, das war ein wunderbarer Begriff. Das ist das Rheinland-Pfalz, das wir alle erleben, sicherlich auch Sie.

Diese Kraft kann erlahmen, diese Haltung kann geschwächt werden, wenn wir nicht aufpassen, wie wir in der politischen Landschaft diese Fragen diskutieren. Es gibt nun einfach Hausaufgaben zu erledigen. Das sind keine rot-grünen, keine schwarzen Hausaufgaben – von den anderen rede ich gar nicht –, sondern es sind Hausaufga-

ben, die die Politik in Deutschland hat. Diese müssen wir lösen.

(Zuruf aus dem Hause)

– Herr Kessel, waren Sie das gerade? Ich muss Ihnen eines sagen: Ich freue mich, dass Sie dazwischengerufen haben.

(Julia Klöckner, CDU: Er hat doch gar nichts gesagt! Was soll denn das!)

Ich war schon im Finale, aber ich freue mich, dass Sie dazwischengerufen haben. Es gibt mir nämlich die Gelegenheit, noch einmal auf etwas einzugehen.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben gesagt: Machen Sie einfach! Herr Kessel, ich muss Ihnen sagen, Sie haben zur Debatte um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen wirklich interessanten Satz gesagt. Da leben Menschen in unseren Kommunen im zweiten, dritten und vierten Jahr und wissen nicht, woran sie sind, weil sie immer noch keinen Antrag haben, weil sie immer noch keine Möglichkeit haben zu wissen, woran sie sind. Und Sie erklären in einer Pressemitteilung, es geht wohl nicht an, dass die Menschen auf Zeit spielen. Das ist nun wirklich perfide gewesen. Herr Kessel, ich kenne Sie anders. An dieser Stelle muss ich Ihnen sagen, das Verwaltungsversagen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, nicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber des Bundesamtes, jetzt den Flüchtlingen in die Schuhe zu schieben und ihnen daraus einen Vorwurf zu machen, lieber Herr Kessel, das ist unsauber. Das gehört sich nicht. Danke, dass Sie noch einmal dazwischengerufen haben. Sonst hätte ich es am Ende noch vergessen, lieber Herr Kessel.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Julia Klöckner, CDU: Er hat nicht dazwischengerufen!)

Darum gehört es auch zu einer solchen Debatte, dass man klarmacht, wo man steht. Ich habe für meine Fraktion versucht klarzumachen, wo die Hausaufgaben sind. Ich habe ein paar Vorschläge gemacht. Wir haben die Gewissheit, dass diese Landesregierung von einer Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer geführt wird, die in Berlin dieses Thema ganz anders auf die Tagesordnung gesetzt hat, als es andere gemacht hätten, wenn wir sie nicht stärker getrieben hätten. Darum bin ich froh, dass dieses Land von Malu Dreyer regiert wird und diese Aufgaben von ihr auch wahrgenommen werden.

Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:

Bevor ich das Wort weitergebe, darf ich als Besucher auf der Zuschauertribünen Mitglieder des 142. Landtagsseminars begrüßen.

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Köbler das Wort. Ihre Redezeit beträgt 50 Minuten.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie uns die Diskussion über das wohl drängendste Thema dieser Tage, über die Flüchtlingspolitik, mit einem Zitat aus der Bibel beginnen: „Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst.“ Dieses Zitat aus dem 3. Buch Mose aus dem Alten Testament hängt an der Stiftskirche in Kaiserslautern.

Als ich das gesehen habe, ist es für mich Sinnbild dessen geworden, was wir hier in Rheinland-Pfalz erleben. Wir erleben Menschen und eine Zivilgesellschaft, die mit einer einmaligen Willkommenskultur und einer tollen Hilfsbereitschaft etwas tut, was wir vielleicht vor vielen Jahren noch nicht für möglich gehalten haben, nämlich uns dabei zu unterstützen, die Herausforderungen, die auf uns zukommen, weil die Menschen, die zu uns fliehen, hier bestmöglich aufgenommen und untergebracht werden sollen, zu meistern. Es sind vor allem die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, die mit ihrem Engagement und ihrer Hilfsbereitschaft dazu beitragen, dass in Rheinland-Pfalz eine Willkommenskultur herrscht und die Menschen, die zu uns kommen, bei uns die Voraussetzungen finden, um mit offenen Armen empfangen zu werden. Dafür danke ich den Menschen in diesem Land. Das darf ich auch sagen: Ich bin stolz auf die Menschen in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich bin der Ministerpräsidentin dankbar, dass sie heute in ihrer Regierungserklärung deutlich gemacht hat, dass Rheinland-Pfalz den Herausforderungen gewachsen ist. Die Herausforderungen sind groß. Nach dem aktuellen Bericht der OECD handelt es sich hier nicht um ein vorübergehendes Phänomen. Herr Kollege Schweitzer hat dankenswerterweise auf die weltpolitische Lage aufmerksam gemacht. Eine Stabilisierung der Lage in Staaten wie Libyen, Afghanistan und Pakistan ist im Moment ebenso nicht absehbar wie ein Ende des schrecklichen Bürgerkrieges in Syrien. Die Zahl der Flüchtlinge aus Krisenländern wie Syrien, Iran, Afghanistan und Pakistan ist auf einem Rekordniveau.

Meine Damen und Herren, der Anteil der Flüchtlinge aus den viel diskutierten Westbalkanländern beträgt nur noch unter 10 %. So viel noch einmal zu den Relationen über das, was hier die Debattenzeit einnimmt. Die CDU redet gerne über die Flüchtlinge aus den Westbalkanländern, die nach ihrer Lesart gar keine richtigen Flüchtlinge sind.

Sie vergisst dabei, über die 90 % Flüchtlinge zu reden, die nicht aus dieser Region kommen, sondern die aus den Krisenherden dieser Welt kommen wie Libyen, Afghanistan, Pakistan, Syrien und Irak.

Ich finde, es ist eine schiefe Schwerpunktsetzung. Ich bin froh, und es ist auch richtig, dass die Menschen das der

CDU so nicht abnehmen, sondern sie erst einmal sagen, wir schauen gar nicht, wo du herkommst, sondern wir schauen erst einmal, was du brauchst.

So empfangen wir dich in diesem Land. – Die rot-grüne Landesregierung setzt die richtigen Schwerpunkte und sagt zunächst einmal, wir unterstützen die Menschen hier. Wir heißen sie willkommen, und wir schauen erst einmal, dass hier alles gut funktioniert.

Das Management der Landesregierung ist im Vergleich zu anderen Bundesländern vorbildhaft, weil hier eben nicht die falschen Diskussionen geführt werden, sondern die richtigen Lösungen gefunden werden, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir sind in Rheinland-Pfalz gut aufgestellt, um diese Situation zu bewerkstelligen. Wir haben da schon Erfahrungen gemacht. Es ist noch nicht so lange her, dass wir in Deutschland 300.000 Flüchtlinge zu Zeiten der Balkankrise Anfang/Mitte der 90er-Jahre aus dem Balkan aufgenommen haben. Es hat sich aber etwas ganz Entscheidendes zum Positiven geändert. Das sind das gesellschaftliche Klima und die gesellschaftliche Stimmung. Wir wollen nie wieder Bilder sehen wie damals in Rostock-Lichtenhagen und anderswo. Wir werden auch allen entschlossen entgegenreten, die dafür die Stichworte geben oder die Ressentiments wieder sozusagen zum Entfachen kommen lassen.

Wir haben uns eine Willkommenskultur in Rheinland-Pfalz, in diesem Land, nicht nur auf die politische Agenda geschrieben, sondern wir haben sie etabliert und gemeinsam mit den Menschen in diesem Land entwickelt, weil wir in Rheinland-Pfalz auf den fruchtbaren Boden einer Gesellschaft gestoßen sind, die eben in Erinnerung hat, dass niemand einfach so flieht und es zunächst einmal um die Menschen geht.

Deswegen ist die generelle Einstellung dieser Menschen in diesem Land so offen wie noch nie. Deswegen ist es nicht eine irgendwie geartete Ideologie, diese Menschen willkommen zu heißen. Deswegen ist es die richtige Politik, die richtige Leitschnur, die Rot-Grün in Rheinland-Pfalz in der Flüchtlingspolitik an den Tag legt. Die Menschen in diesem Land stehen hinter diesem politischen Kurs. Die Menschen im Land sind viel, viel weiter als die CDU-Opposition, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir dürfen die aktuelle Situation und die Herausforderung niemals auf Zahlen und Daten reduzieren. Hinter jeder Zahl steht ein Mensch. Hinter jedem Flüchtling steht ein Fluchtschicksal, in vielen Fällen ein tragisches Erleben.

Ich war vom Beitrag der Kollegin Klöckner an vielen Punkten enttäuscht, aber ich war ganz besonders enttäuscht, dass sie über diese Menschen eigentlich überhaupt nicht gesprochen hat.

(Unruhe bei der CDU)

Es ging viel um parteipolitisches Klein-Klein. Es ging viel um verwaltungsorganisatorisches kleines Karo. Wenn es um einen Mensch ging, dann meistens um ihre eigene Befindlichkeit.

(Alexander Licht, CDU: Sie haben überhaupt nicht zugehört! Das ist Ihr Problem! Verstehen beginnt nämlich beim Zuhören!)

Wie stark uns diese Schicksale bewegen, das zeigen uns die Bilder im Fernsehen. Als ich aus dem Sommerurlaub zurückkam, war ich wirklich bewegt von den Bildern, wie die Menschen nachts aufgestanden sind, um die Menschen am Münchner Hauptbahnhof und anderswo – später auch in Rheinland-Pfalz – in Empfang zu nehmen.

Das zeigen starke Bilder wie die Geschichte des Vaters aus Syrien mit dem kleinen Sohn, die auf der Flucht waren und in Ungarn in die Mühlen des Orbán-Regimes, also des Freundes von Herrn Seehofer von den Christdemokraten, gerieten und der vor den Augen der Welt von einer Kamerafrau getreten wurde. Von dem wissen wir heute, dass ein spanischer Profifußballclub dem Vater einen Trainerjob gegeben hat und dieser Junge an der Hand von Cristiano Ronaldo ins Stadion einlaufen durfte.

Ich finde, das ist eines von vielen, vielen Beispielen, dass heute die europäische Gesellschaft weiter ist als in den vergangenen 20 Jahren. Sie ist viel weiter als das, was wir heute von Frau Klöckner gehört haben. Es machen auch die einzelnen Schicksale deutlich, dass die Menschen hier aufgenommen werden und wir eine verantwortliche Politik gestalten, wenn wir sagen, dass wir die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, um die Menschen, die zu uns fliehen, willkommen zu heißen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich will aber auch ein Beispiel aus Rheinland-Pfalz nennen. Mir ist in Bad Sobernheim ein Mensch begegnet, der auch als Flüchtling nach Deutschland gekommen ist. Er heißt Alexander. Alexander ist total beliebt. Alexander ist deshalb total beliebt, nicht nur weil er sehr gut Deutsch und auch noch sechs andere Sprachen spricht, sondern weil er als Flüchtling Flüchtlingen, die neu zu uns kommen, bei Behördengängen, bei der Gesundheitsversorgung hilft und dabei hilft, sich zurechtzufinden. Er bringt ihnen auch die Sprache bei und fungiert zusammen mit den ehren- und hauptamtlichen Helfern sozusagen als Dolmetscher. Nebenbei ist er noch Co-Trainer beim Jugendfußball. Darüber hinaus ist er vor einem guten Jahr zum ersten Mal Vater geworden. Alexander ist eigentlich hier angekommen. Er ist integriert. Im Gegenteil, es gibt mittlerweile Hilfsorganisationen, die ihn aufgrund seiner sozialen und multikulturellen Kompetenz gerne einstellen würden. Alexander hat nur ein Problem. Seine Duldung läuft in wenigen Wochen aus. Dann muss Alexander wieder zurück nach Mazedonien.

Ich glaube, es ist viel, viel wichtiger, darüber zu reden, wie wir diesen Menschen eine Perspektive geben, als Ablenkungsdebatten über sogenannte sichere Herkunftsstaaten zu führen, die uns im Endeffekt bei der einzigen Lösung

für diese Herausforderung nicht weiterhelfen, nämlich die Menschen hier bestmöglich unterzubringen, die Verfahren zu beschleunigen und vor allem den Menschen, die sich hier wirklich integrieren wollen und die hierbleiben wollen, die unsere Gesellschaft bereichern wollen, die hier arbeiten wollen, die anpacken wollen, die in den Fußballverein und zur Freiwilligen Feuerwehr gehen, hier eine Perspektive zu eröffnen, weil wir brauchen diese Menschen in diesem Land. Wir wollen die Menschen in diesem Land. Alles andere ist nur eine scheinheilige Ablenkungsdebatte, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es war nicht nur an dem Punkt so, aber an dem Punkt war sehr, sehr auffällig, dass Frau Klöckner in der flüchtlingspolitischen Debatte mangelnde Sachkenntnis meistens durch Lautstärke übertönt. Wenn man hier das Konstrukt der sogenannten Herkunftsstaaten so lange ausführt und versucht, das sozusagen als Allheilmittel für alle Herausforderungen darzustellen, was selbst Ihre Kreise nicht wirklich glauben, weil das brauchen Sie nur, um die Stammtische ruhig zu stellen, aber nicht um die Probleme zu lösen, aber das dann in Zusammenhang damit stellt, dass die Bearbeitungszeit für Asylantragsteller aus dem Kosovo auf 2,9 Monate zurückgegangen sei, zeigt das die gnadenlose Inkompetenz. Der Kosovo ist nämlich noch und hoffentlich auch demnächst nicht ein sicheres Herkunftsland.

Es ist schlicht und ergreifend der Druck auch unserer Landesregierung gewesen, die gesagt hat, wir brauchen bei vergleichbaren Fällen auch eine Priorisierung in den Verfahren. Das hat dazu geführt, dass das BAMF endlich einmal sortiert an die Sache herangegangen ist, sodass wir heute bei den Kosovaren schnellere Bearbeitungszeiten haben, als wir sie vorher hatten. Das hat aber mit sicheren Herkunftsländern rein gar nichts zu tun.

Liebe Frau Klöckner, Sie haben sich vorhin über Erziehung und Anstand und darüber ausgelassen, was Ihre pädagogischen Methoden sind. Sie sind von der Ausbildung und vom Beruf her Lehrerin. Das hat aber nicht viel mit Sachkompetenz zu tun. Zum Wissen in der Flüchtlingspolitik sage ich einmal: Setzen und 6!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Was uns wirklich hilft – wir sind uns einig, dass die Verfahren beschleunigt werden müssen –, ist, dass wir endlich im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine auskömmliche Personalausstattung haben. Wir haben aber beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das Problem, dass jetzt endlich ein völlig überforderter Präsident zurückgetreten ist. Das ist aber nur ein Bauernopfer.

Wir haben mit Thomas de Maizière einen Innenminister, der noch nicht einmal in der Lage ist, dessen Nachfolger ordentlich zu ernennen. Wer noch nicht einmal in der Lage ist, den Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ordentlich und formal korrekt zu ernennen, ich glaube, der kann auch ganz andere Herausforderungen einfach nicht bewältigen.

Wir haben hier in Rheinland-Pfalz schon vor über einem Jahr gefordert, dass die Stellen beim BAMF aufgestockt werden müssen. Wir haben – ich nenne nur die Regierungserklärung von Irene Alt aus dem Januar – an vielen, vielen Stellen immer wieder gesagt, wir brauchen hier endlich mehr Entscheider. Wir haben im Frühjahr von der Bundesregierung versprochen bekommen, wir bekommen 2.000 neue Stellen bundesweit.

Meine Damen und Herren, ja, es sind mehr Entscheider vom BAMF nach Rheinland-Pfalz gekommen. Ich sage das sogar im Plural. Es sind nämlich genau zwei. Seit dem Frühjahr hat es dieser Bundesinnenminister zu verantworten, dass gerade einmal zwei zusätzliche Stellen in Rheinland-Pfalz beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge besetzt worden sind. Wir haben 255.000 neue Asylverfahren bundesweit in diesem Zeitraum. Wir haben inzwischen über 270.000 offene Asylverfahren, und der Bundesinnenminister trägt die Verantwortung dafür, dass in Rheinland-Pfalz gerade einmal zwei neue Mitarbeiter eingestellt worden sind.

Das ist nur ein Beispiel für peinliches politisches Versagen dieser Bundesregierung, dieses Bundesinnenministers Thomas de Maizière. Ich glaube, an der Stelle müssen die CDU und die Kanzlerin vielleicht einmal über Abschiebung in den Ruhestand nachdenken. Der Innenminister ist so nicht mehr tragbar. Er ist völlig überfordert. Wenn es einen gibt, der die Verantwortung dafür trägt, dass die Verfahren nicht schnell genug umgesetzt werden und die Kommunen überlastet sind, dann ist es Bundesinnenminister de Maizière. Dafür trägt auch die Kanzlerin eine Mitverantwortung, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Um diesen Antragsstau aufzulösen und die Menschen und die Kommunen nicht länger im Unklaren zu lassen, haben wir vorgeschlagen, dass es eine Stichtagsregelung geben soll. Das heißt: Wenn das Bundesamt nicht in der Lage ist, die Verfahren nach einem gewissen Zeitraum abzuschließen, dann bekommen die Menschen einen Status, damit Rechtssicherheit herrscht. Das würde einen ganzen Berg unbearbeiteter Asylanträge vom Tisch nehmen. Dann könnten wir uns wirklich um schnellere Verfahren kümmern. Wir könnten uns wirklich darum kümmern, dass die Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, noch in der Zeit der Erstaufnahme mit Beratung zurückgeführt werden können. Im Ziel sind wir uns einig.

Es bringt nichts, ideologische Debatten über ihre Stammesinstrumente zu führen, wenn gleichzeitig in der Verantwortung Ihrer Bundesregierung, Ihres Bundesinnenministers so gearbeitet wird.

Frau Klöckner hört gerade nicht zu. Das ist wahrscheinlich so, weil sie es nicht hören will. Da könnte sie einmal die Kanzlerin auf dem Handy anrufen und sagen, wir brauchen nicht 2.000, sondern mindestens doppelt so viel, 4.000 neue Stellen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, damit wir zur Rechtssicherheit kommen. Damit könnten Sie die Länder und vor allem die Kommunen entlasten, die Ihnen angeblich doch immer so am Herzen liegen.

Die Kommunen sind absolut auf unserer Seite. Sorgen Sie dafür, dass endlich die Bundesregierung ihrer Verantwortung gerecht wird, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen auch etwas für die Integration tun. Es ist nicht ein Schielen nach dem Bund zu sagen, die Integrationskurse müssen endlich geöffnet werden. Das ist von der Bundesregierung im Frühjahr versprochen worden. Dieses Versprechen hat die Kanzlerin auch gebrochen. Reden Sie mit den Leuten vor Ort, die die Integrationskurse anbieten. Die sagen, bei uns stehen die Flüchtlinge und die Organisationen teilweise schon vor der Tür. Die wollen Integrations- und Sprachkurse machen. Die wollen auch die kulturellen Gepflogenheiten kennenlernen. Das wollen die. Aber die Träger dürfen das im Moment nicht machen. Sie dürfen diese Kurse für Flüchtlinge nicht öffnen, weil die Bundesregierung hier nichts gemacht hat, weil die Kanzlerin gefühlte vier Monate in den Sommerferien war, während die Menschen zu uns gekommen sind.

(Wolfgang Reichel, CDU: Lächerlich,
Unverschämtheit!)

– Herr Reichel, das ist doch so, sagen Sie doch nicht lächerlich. Das war im Frühjahr die Verabredung. Wo ist die Öffnung der Integrationskurse? Sie ist nicht gekommen. An dieser Stelle wurden Versprechen wieder nicht gehalten.

Über die Gesundheitskarte wollen wir gar nicht reden, die ist versprochen worden. Frau Klöckner hat es selbst gesagt. Herr Kretschmann hat man damals gesagt, er bekommt eine Rechtsgrundlage für die Gesundheitskarte. Herr Kretschmann hat damals dem Kompromiss nicht zugestimmt, weil er inhaltlich davon überzeugt ist. Man kann sagen, in Ordnung, damit die Gesundheitskarte kommt, muss ich vielleicht das eine oder andere tun, was ich sozusagen nicht voll vertrete. So sind nun einmal Kompromisse.

Aber Herr Kretschmann hat sich daran gehalten. Frau Merkel hat ihr Versprechen gebrochen, das ist der Unterschied. Wo die GRÜNEN regieren, wird verantwortlich regiert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Ich komme zum Thema Einwanderungsgesetz. Frau Klöckner stört sich angeblich nur noch am Namen. Das liegt wohl daran, dass der Vorschlag von uns ziemlich gut war. Diesen Vorschlag finden die Wirtschaft, die Gewerkschaften und die Kirchen gut. Er würde dazu führen, dass wir den Menschen, die zu uns kommen, eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt geben würden, und zwar unbürokratisch und unkompliziert.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

– Dann tun Sie doch etwas für das Einwanderungsgesetz. Geben Sie Ihren ideologisch verbohrteten Widerstand auf. Sie haben immer noch die Erblüge im Hinterkopf, Deutschland sei kein Einwanderungsland.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wir sind schon lange ein Einwanderungsland. Ein Einwanderungsland braucht ein Einwanderungsgesetz. Die Wirtschaft braucht es, um dem Fachkräftemangel begegnen zu können.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Wir haben doch Regeln!)

Wir wollen den Menschen, die hierher kommen und anpacken wollen, endlich die Möglichkeit dazu geben, dass sie einen Spurwechsel aus dem Asylverfahren rein in den Arbeitsmarkt hinbekommen.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Haben wir doch!)

Das wird den Druck von den Asylverfahren nehmen. Den Menschen, die wir gut gebrauchen können, sollten wir die Möglichkeit geben zu arbeiten.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Das haben wir doch!)

Aber das passt nicht in Ihre ideologische Verblendung nach dem Motto, die kommen nur, um Sozialleistungen abzugreifen.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Die Möglichkeit besteht längst!)

Das ist eine Einstellung von vorgestern. Die Leute kommen, weil sie zu Hause keine wirtschaftliche Perspektive mehr haben und sich eine schaffen wollen, weil sie anpacken wollen, weil sie Tätigkeiten machen wollen, und zwar auch in Regionen, in denen sie hier kaum noch ausgeführt werden.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Wir wollen diese Menschen hier willkommen heißen. Wir wollen sie integrieren. Das ist gut für den Wirtschaftsstandort. Es ist gut für die Willkommenskultur in Rheinland-Pfalz und in Deutschland, dass ein Einwanderungsland wie Deutschland endlich ein Einwanderungsgesetz bekommt. Lösen Sie einmal Ihre Blockade im Kopf.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir brauchen eine substanzielle, strukturelle und dauerhafte Entlastung der Länder und der Kommunen. Es kann nicht sein, dass nach wie vor über 95 % der Kosten bei den Länder und den Kommunen hängen bleiben und sich der Bund nicht angemessen beteiligt. Die Beteiligung brauchen wir dauerhaft. 3 Milliarden Euro reichen nicht. Wir brauchen mindestens 5 Milliarden Euro, wenn es zu einer gerechten Verteilung der Lasten kommen soll.

Ich erwarte ein substanzielles Angebot, das seitens der Bundesregierung auf den Tisch gelegt wird. Sie können sich doch nicht über einen ausgeglichenen Haushalt freuen und dann nicht nur die Infrastruktur, die Kindergärten und Schulen verrotten lassen, sondern auch die Kommunen und Länder mit den Herausforderungen der Flüchtlingsunterbringung alleine lassen. Was ist das für eine kurzfristige Politik, erst in Griechenland die Wirtschaft abwürgen, dann sich wundern, dass die Albaner nicht mehr in Griechenland arbeiten können, nach Deutschland kommen, dann

das Einwanderungsgesetz verweigern und die Kommunen bei der Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung alleine lassen.

(Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz –

Dr. Adolf Weiland, CDU: Da seid ihr doch schuld, die GRÜNEN!)

Das ist die kommunalfeindliche Politik der CDU Deutschland. Das ist die kommunalfeindliche Politik der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Julia Klöckner. Das ist die Realität in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich werde Frau Klöckner noch das Protokoll schicken, weil sie seit geraumer Zeit nicht mehr im Raum ist und nicht mehr zuhört. Sie hat uns vorhin oberlehrerinnenhaft geziemt, wir sollten zuhören, wenn sie spricht.

(Carsten Pörksen, SPD: Sie ist gar nicht mehr da! –

Zuruf des Abg. Wolfgang Reichel, CDU)

Ich habe mich nur höflich entschuldigt. Ich habe ihr sogar zugehört, auch wenn das manchmal wirklich schwer zu verstehen und zu ertragen war. Ich fände es schön, wenn sie anwesend wäre und wenn sie nach all ihren Anwürfen, ihren Märchen und falschen Behauptungen bereit wäre, sich mit der anderen Meinung auseinanderzusetzen.

(Carsten Pörksen, SPD: Das ist wohl wahr! –

Dr. Adolf Weiland, CDU: Wo ist Herr Schweitzer, wo ist die Frau Ministerpräsidentin?)

Sich hier hinzustellen und dann, wenn wir ihre Position kritisieren, behaupten, wir würden keine andere Meinung zulassen, und den Raum zu verlassen, wenn sie die Argumente hört, dann ist das schon ein ganz schön klein-karriertes Verhalten der CDU-Fraktionsvorsitzenden und passt sehr gut zum Niveau der Rede von eben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Adolf Weiland, CDU: Wo ist Herr Schweitzer und die Ministerpräsidentin?)

Sie hat großen Blödsinn erzählt, dass sie vorgeschlagen hätte, man müsse die Standards absenken. Wir stimmen am Freitag im Bundesrat über eine Initiative ab, die mit von Rheinland-Pfalz gekommen ist. Dabei geht es um das flexiblere Handhaben der Standards bei den Flüchtlingen. Die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU muss einmal die Tagesordnung des Bundesrates lesen, bevor sie hier so einen Mist erzählt. Das ist doch unsere Initiative gewesen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD – Carsten Pörksen, SPD: Das ist Mist!)

Jetzt kommt das Thema Deutsch-Vorlaufkurse. Wenn Flüchtlingskinder zu uns kommen, dann ist nichts wichtiger als eine gute Bildung, Sprachförderung und dass sie

Deutsch lernen. Die Kinder müssen Deutsch lernen. Das tun sie in Rheinland-Pfalz in vorbildlicher Art und Weise. Das ist das Problem, wenn man so weit weg von den Menschen ist. Wir wollen, dass die Flüchtlingskinder Deutsch in Intensivkursen lernen.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Sie sollen dort, wo Deutsch gelernt wird, spezielle Angebote bekommen. Das ist auch der Fall. Warum soll ein Flüchtlingskind nicht mit einem Nichtflüchtlingskind zusammen Sport machen, musizieren oder auf dem Pausenhof toben? Können Sie mir einmal erklären, was das bedeuten soll? Wir wollen die Integration, deshalb brauchen wir die gezielte Sprachförderung, aber auch die Integration der Kinder in das gesellschaftliche Leben.

Meine Damen und Herren von der CDU, kommen Sie einmal aus Ihren Schubladen heraus. Die Kinder sind so viel weiter als Sie.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Während Sie hier lamentieren und mit falschen Behauptungen operieren, handeln wir. Wir reden gleich zu vorgerückter Stunde über den Nachtragshaushalt. Die Landesregierung hat einen Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht, auch weil die völlig überforderte Bundesregierung einmal die Prognosen bei den Flüchtlingszahlen um fast 100 % nach oben korrigiert hat. Es sollen 120 Millionen Euro für das Land und die Kommunen für Flüchtlinge bereitgestellt werden. Während der Beratungsphase hat das von der Bundesregierung zu verantwortende Bundesamt für Migration und Flüchtlinge noch einmal seine Prognose um 100 % nach oben korrigiert.

Wie man sich so verrechnen kann, das ist schon ein Hammer. Wir von Rot-Grün sagen, okay, wir geben das jetzt auch in den Nachtragshaushalt und geben noch einmal 30 Millionen Euro obendrauf. Das heißt, wir haben über 150 Millionen Euro zusätzlich für die Flüchtlingsaufnahme vom Land und von den Kommunen bereitgestellt. Wir handeln, und Sie werden nachher gegen diesen Nachtragshaushalt stimmen, weil Sie hier nur herumlamentieren, falsche Behauptungen aufstellen und gegen alles sind, was von Rot-Grün kommt.

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Weil ihr nur Murks macht!)

Erzählen Sie hier doch nie wieder von verantwortlicher Politik. Das ist doch alles schon Wahlkampfgetöse. Aber in dieser Situation und bei diesen Herausforderungen zeigt Rot-Grün auch mit dem Nachtragshaushalt mit 150 Millionen Euro mehr für den Bereich Flüchtlinge, wir handeln, und wir schwätzen nicht einfach nur.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Frau Klöckner habe ich nicht nur eben zugehört, im Gegensatz dazu, dass Sie mir nicht zuhört, sondern wir haben ihr auch auf dem Parteitag am vergangenen Wochenende zugehört.

(Staatsminister Roger Lewentz: Da, wo die vielen Delegierten fehlten!)

– Ja, das war der Parteitag, wo sehr viele Delegierte nicht anwesend waren.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU –
Zuruf des Abg. Wolfgang Reichel, CDU)

Frau Klöckner hat am vergangenen Samstag gesagt, gerade für die Partei mit dem C im Namen sind Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft oberstes Gebot.

(Christian Baldauf, CDU: Elfmeter ohne Torwart!)

Ich frage mich, warum die Damen und Herren von der CDU-Landtagsfraktion nicht klatschen, wenn ich Frau Klöckner zitiere. Sie kannten das noch gar nicht, weil Sie auch nicht alle beim Parteitag waren. Das war Ihnen auch ein bisschen zu langweilig. Also, Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft sind für die CDU angeblich das oberste Gebot.

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Ei, ei, ei!)

Warum lehnen Sie dann eigentlich gegen den Rat aller Fachleute, der Ärzteschaft, der Kirchen und der Hilfsorganisationen die Einführung der Gesundheitskarte in Rheinland-Pfalz ab? Da geht es doch genau um Hilfsbereitschaft und Mitmenschlichkeit, wenn es um die Gesundheitsversorgung geht.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Da haben Sie nicht zugehört, Herr Köbler!)

Das passt doch nicht so ganz. Vielleicht gelten ja Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft immer nur für manche oder auch nur auf dem Papier.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Null damit zu tun!)

Bezeichnend war, als Ministerpräsidentin Dreyer vorhin Frau Merkel für ihren humanitären Akt gelobt hat, die Grenzen nach Ungarn zu öffnen, dass hier die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion geklatscht haben, und nicht nur die Abgeordneten der CDU-Fraktion nicht geklatscht haben für diesen humanitären Akt ihrer Bundesvorsitzenden, sondern dass das Handeln von Frau Merkel ihrer Stellvertreterin, Frau Klöckner, in ihrer Rede nicht eine einzige Zeile wert war. Wo sind denn die Hilfsbereitschaft und die Humanität, wenn es ganz konkret ist? Da kommen nur Forderungen. Das wird auch heute in Ihrem Entschließungsantrag deutlich: Schneller Abschieben, mehr abschieben, bestenfalls gar nicht erst reinlassen. Was hat das denn mit Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft zu tun? Sie wollen doch, dass Rheinland-Pfalz zum Abschiebeweltmeister wird. Dann behaupten Sie, das Saarland schickt schon Flüchtlinge aus der Erstaufnahme zurück.

Meine Damen und Herren, auch da wird mangelnde Sachkenntnis durch Lautstärke übertönt. Auch wir führen aus der Erstaufnahmeeinrichtung zurück, und zwar mit dem Instrumentarium der freiwilligen Rückkehr, weil die Menschen bei uns sofort beraten werden. Es wird ihnen gesagt, ob sie eine Bleibeperspektive haben oder nicht. Wenn sie

keine haben, bekommen sie eine Beratung über eine freiwillige Rückkehr, dass sie sich in ihrem Heimatland möglicherweise doch wieder eine Perspektive aufbauen können. Das spart uns Verwaltungskosten, das spart uns Verfahrensdauer, und das gibt vor allem den Menschen wirklich eine Perspektive bei der Rückführung. Das ist unser Weg. Damit sparen wir Steuergelder. Damit machen wir auch eine humanitäre Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz. Dann hören Sie doch einmal zu, wenn hier Fakten auf den Tisch gelegt werden, und übertünchen das nicht mit lautstarkem Stammtischgetöse, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Was gar nicht geht, ist, wenn die Bundesregierung uns jetzt aufnötigen will, dass wir die Menschen – die CDU in Rheinland-Pfalz fordert das auch – sechs Monate lang in der Erstaufnahmeeinrichtung belassen. Das ist der blanke Realitätsverlust, den Sie an den Tag legen. Wir haben Anfang der Legislatur 700 Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen gehabt. Wir hatten Anfang dieses Jahres gut 2.400 Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen. Wir werden in den nächsten Tagen über 9.000 Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen haben: Von 700 über 2.400 sind wir auf 9.000 gekommen. – Ministerpräsidentin Dreyer hat gesagt, wir müssen wahrscheinlich bis zu 15.000 Plätze schaffen. Wenn Sie von der CDU jetzt aber fordern, dass wir die Menschen nicht nur drei Monate, sondern sechs Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen haben müssen, dann bräuchten wir 30.000 Plätze für Erstaufnahmeeinrichtungen.

(Zuruf von der CDU: Quatsch!)

Wo ist denn dazu Ihre Finanzierung? Wo ist denn dazu Ihr Deckblatt im Nachtragshaushalt? Wo wollen Sie denn diese Millionen hernehmen? Wo wollen Sie denn die Standorte hernehmen? Wissen Sie eigentlich, was Sie da erzählen? Sie können sich doch hier nicht mokieren, das wir heute nicht ganz ausschließen können, ob wir die Leute nicht auch in winterfesten Zelten unterbringen müssen, und gleichzeitig von uns verlangen, dass wir die Zahl der Plätze auch noch verdoppeln. Das passt doch alles nicht zusammen. Auch hier wird wieder mangelnde Sachkenntnis durch starke Lautstärke übertönt, meine Damen und Herren. Das ist landesfeindliche Politik, die Sie hier vertreten. Damit tun Sie Rheinland-Pfalz einen Bärendienst.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD –

Wolfgang Reichel, CDU: Komm mal
runter! –

Hans-Josef Bracht, CDU: So viel Stuss
habe ich selten auf einem Haufen gehört!)

Wenn Frau Klöckner jetzt verlangt, dass, wenn ihr ein Mann die Hand nicht gibt – ich rege mich auch darüber auf, wenn mir Männer die Hand nicht geben, weil sie sich für irgendetwas anderes halten, übrigens auch, wenn das Frauen nicht tun –,

(Christian Baldauf, CDU: Jetzt sind wir mal
gespannt, was jetzt kommt!)

und ich finde das auch nicht in Ordnung, aber wenn Frau

Klöckner jetzt fordert, dass diese Männer per Gesetz dazu verpflichtet werden sollen, ihr die Hand zu geben,

(Vereinzelt Heiterkeit bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Carsten Pörksen, SPD: Das ist doch die
Wahrheit!)

und eben in Ihrem Redebeitrag sich nicht ziert zu sagen, dass das Zuhören doch Teil unserer – Achtung! – mitteleuropäischen Kultur wäre – einmal ganz davon abgesehen, wie das in anderen Kulturkreisen ist, ich weiß nicht, wie das in Australien ist oder in anderen Ländern,

(Christian Baldauf, CDU: Da gibt man sich
die Hand, das kann ich dir sagen!)

ob man sich da nicht zuhört –, ja, in China und in Japan, in asiatischen Ländern, ist das schon wieder etwas anderes mit dem Handgeben,

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Jetzt sind wir im
intellektuellen Tiefflug!)

aber dann gleichzeitig hier, wenn die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Redebeitrag auch aus Replik auf Ihre Aussagen in diesem Plenum hält, nicht anwesend ist,

(Carsten Pörksen, SPD: Die ist
wahrscheinlich Sekt trinken!)

dann muss ich wirklich überlegen, ob wir nicht ein Integrationsverpflichtungsgesetz auch für CDU-Bundesvize brauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich finde, das ist abgehoben und menschenfern, hier sozusagen die eigenen moralischen Standards so hoch zu halten und selbst sozusagen nicht einmal die Kinderstube noch zu kennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vielleicht ist es dann so, wenn man bei seinem Blick über den Tellerrand nicht weit über Guldental hinausgekommen ist.

(Wolfgang Reichel, CDU: Ei, ei, ei, ist das
schwach!)

– Vielleicht bis Meisenheim, wo die Kollegin Dickes sich dazu herabgelassen hat, sich darüber zu beschweren, dass bei einem Zaun um eine Flüchtlingsunterbringung

(Carsten Pörksen, SPD: Bad Kreuznach!)

– in Bad Kreuznach – ein Loch drin sei und das vielleicht hineingeschnitten wurde, vielleicht von den Flüchtlingen hineingeschnitten wurde. Die Menschen, die hier als Flüchtlinge bei uns sind, sind freie Menschen. Sie haben Menschenrechte. Das sind keine Strafgefangenen, meine Damen und Herren von der CDU. Die dürfen sich frei hier bewegen. Wir machen keine Stacheldrahtzäune um sie herum. Das ist auch gut so, weil wir die Menschen hier

willkommen heißen wollen und nicht einpferchen. Aber vielleicht ist das, was bei den vielen Menschen in diesem Land an Willkommenskultur angekommen ist, bei der CDU noch nicht einmal in die hinteren Bänke dieser Landtagsfraktion gedrungen. Ich bin froh, dass wir hier eine grundsätzlich andere Haltung zu Menschlichkeit und zu Weltoffenheit in Rheinland-Pfalz haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
SPD –
Carsten Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Wir sind in Rheinland-Pfalz mit einer beispielhaften Herausforderung konfrontiert. Das sind wir in ganz Deutschland und in ganz Europa. Wir haben eine Verantwortung dafür, dass wir die Menschen, die vor Krieg, Folter und Vertreibung zu uns fliehen, aufnehmen und ihnen solidarisch Sicherheit gewähren.

Am Schluss möchte ich auch noch einmal auf etwas Kirchliches zurückgreifen und die evangelischen Kirchen in Deutschland zitieren: „Der Mensch steht im Mittelpunkt aller Bemühungen. Viele Menschen sind weltweit auf der Flucht.

Die große Herausforderung besteht darin, jedem Einzelnen gerecht zu werden. In ihrer Not begeben sich Menschen auf der Flucht in Lebensgefahr. Es ist humanitäre Pflicht, alles zu tun, um Menschen aus Seenot und vor anderen Gefahren zu retten. Gegen menschenverachtende Schlepperbanden und mafiöse Strukturen innerhalb und außerhalb Europas muss mit polizeilichen Mitteln vorgegangen werden. Die wirksamsten Maßnahmen gegen die Gefahren auf der Flucht bestehen in legalen Zugangswegen nach Europa. Wir fordern deshalb legale Wege für Schutzsuchende und begrüßen Diskussionen über ein Einwanderungsgesetz, das neue Zuwanderungsmöglichkeiten für Menschen auf der Suche nach Arbeit und einem besseren Leben eröffnet.“

Besser als die evangelischen Bischöfe Deutschlands hätten wir es auch nicht ausdrücken können. Die Kirchen, die Wirtschaft und die Gewerkschaften sind für eine Willkommenskultur, legale Zuwanderungswege und ein Einwanderungsgesetz. Wir sind in Rheinland-Pfalz gefordert, aber nicht überfordert. Wir haben eine tatkräftige Landesregierung.

Ich danke Malu Dreyer für diese Regierungserklärung. Ich danke Irene Alt für ihren alltäglichen Einsatz. Ich danke auch Staatssekretärin Margit Gottstein für die Koordination der Verwaltung. Ich danke Herrn Innenminister Lewentz dafür, dass er mit den Ordnungskräften die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft und auf der Innenministerkonferenz die Position der rot-grünen Landesregierung vertritt, und allen Ministerinnen und Ministern, die in ihrer Ressortverantwortung Wahnsinniges leisten.

Ich danke aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behörden des Landes und der Kommunen, die in Nachtschichten und mit Überstunden zum Teil bis zum Erschöpfungszustand arbeiten. Ich danke vor allem den vielen ehrenamtlichen Menschen in diesem Land, die uns mit einer beispielhaften Welle der Solidarität und Hilfeleistung in diese Lage versetzt haben, um angemessen und

handlungsstark auf die Herausforderungen reagieren zu können.

Die Rot-Grünen in Rheinland-Pfalz sehen die Herausforderungen und nehmen sie an. Wir haben die Herausforderungen aber auch im Griff, und zwar mit einer gelebten Willkommenskultur in diesem Land, um die vielen Menschen, die zu uns kommen, als Chance und Bereicherung zu empfinden. Wir begegnen den Menschen mit offenem Herzen und dem nötigen Respekt auf Augenhöhe. Das ist das, was dieses Land Rheinland-Pfalz, diese Landesregierung, aber vor allem die Menschen in diesem Land in diesen Tagen ausmacht. Darauf bin ich stolz.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU „Asylrecht konsequent umsetzen – Fehlanreize vermeiden“ – Drucksache 16/5615 –. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Ich rufe die **Punkte 5, 6 und 7** der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2014/2015 (Nachtragshaushaltsgesetz 2015) Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/5278 – Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 16/5575 –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 16/5576 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/5609 –

Flüchtlingskinder gut auf die Schule vorbereiten – Sprachvorlaufkurse einführen Antrag der Fraktion der CDU – Entschließung – – Drucksache 16/5590 –

Landesgesetz zur Bildung eines Sondervermögens „Kommunales Investitionsprogramm 3.0 – Rheinland-Pfalz (KI 3.0)“ und zur Änderung des Ausführungsgesetzes zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/5279 –

Zweite Beratung

dazu:

**Beschlussempfehlung des Haushalts- und
Finanzausschusses**

– Drucksache 16/5602 –

**Zustimmung des Landtags zum Entwurf einer
Änderung der Landesverordnung über das Verfahren
zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach
§ 3 Abs. 2 Satz 1 des Ausführungsgesetzes zu Artikel
117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz
Antrag der Landesregierung**

– Drucksache 16/5285 –

dazu:

**Beschlussempfehlung des Haushalts- und
Finanzausschusses**

– Drucksache 16/5549 –

Zu Punkt 5 der Tagesordnung erteile ich dem Bericht-
statter, Herrn Thomas Wansch, das Wort.

Abg. Thomas Wansch, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kol-
legen! Die Landesregierung hat den Entwurf des Nachtrags-
haushaltsgesetzes 2015 am 14. Juli 2015 in den Landtag
eingebracht. Als Haushaltsbegleitgesetz legte die Landes-
regierung einen Gesetzentwurf für ein Landesgesetz zur
Bildung eines Sondervermögens „Kommunales Investiti-
onsprogramm 3.0 – Rheinland-Pfalz (KI 3.0)“ genannt und
ein Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zu
Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz vor.

Darüber hinaus beantragte die Landesregierung die Zu-
stimmung des Landtags zum Entwurf einer Änderung der
Landesverordnung über das Verfahren zur Bestimmung
der Konjunkturkomponente nach § 3 Abs. 2 Satz 1 des
Ausführungsgesetzes zu Artikel 117 der Verfassung für
Rheinland-Pfalz. Die Berichterstattungen hierzu werden
wie genannt die Kollegen Dr. Alt und Schreiner vornehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die erste Lesung des
Nachtragshaushaltsgesetzes fand am 22. Juli 2015 statt.
Das Plenum überwies den Regierungsentwurf an den
Haushalts- und Finanzausschuss. An der außerplanmäßig
terminierten Sitzung am 7. September 2015 nahmen auch
die Mitglieder des Innenausschusses sowie des Ausschus-
ses für Integration, Familie, Kinder und Jugend teil.

In der 67. Sitzung am 17. September 2015 beriet der
Haushalts- und Finanzausschuss über 25 Änderungsan-
träge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN sowie sechs Änderungsanträge der Fraktion der
CDU.

Der Regierungsentwurf zum Nachtragshaushalt 2015 hat
ein Volumen von rund 195 Millionen Euro. Schwerpunkte
dabei sind die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für
die Flüchtlingsaufnahme, die Weiterleitung der entspre-
chenden Bundesmittel sowie die Unterstützung der Kom-

munen bei Investitionen bei Ausbau und Betreuung für
unter Dreijährige, U3-Ausbau genannt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der laufende Haushalt
wurde im Dezember 2013 verabschiedet. Noch im Mai
2015 rechnete das Bundesamt für Migration und Flücht-
linge für das laufende Jahr mit einer Zahl von 450.000
Asylanträgen. Die dramatische Entwicklung der letzten
Wochen und Monate führte dazu, dass diese Zahl am
19. August 2015 auf 800.000 korrigiert werden musste.
Auch diese Prognose könnte sich am Ende als zu niedrig
darstellen.

Auch Rheinland-Pfalz ist gefordert, einen Beitrag zu leis-
ten. Der nachfolgende Nachtragshaushalt schafft die not-
wendigen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, um den
erheblichen finanziellen Belastungen, die hierdurch auf
Land und Kommunen zukommen, Rechnung zu tragen.
Der Regierungsentwurf selbst hatte den Stand Juli dieses
Jahres und veranschlagte insoweit für die Weiterleitung
der Bundesmittel Ausgaben von 138 Millionen Euro. Im
Einzelnen sieht er eine Unterstützung der Kommunen bei
der Flüchtlingsaufnahme von 71,5 Millionen Euro vor. Die
Bundesmittel aus der sogenannten Flüchtlingsmilliarde
werden, soweit sie nicht über die Umsatzsteuerverteilung
weitergeleitet werden, in Höhe von 19 Millionen Euro an
die Kommunen ausgezahlt.

Darüber hinaus werden für Maßnahmen zum Ausbau von
Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes sowie für weitere
Maßnahmen rund 47,4 Millionen Euro etatisiert. Aufgrund
der nach Einbringung des Nachtragshaushalts korrigierten
Prognose des Bundesamtes haben die regierungstragen-
den Fraktionen entsprechende Änderungsanträge einge-
bracht und den Nachtragshaushalt nochmals um 30 Millio-
nen Euro aufgestockt.

Über die Fraktionsgrenzen hinweg bestand Konsens über
die humanitäre Verpflichtung zur Aufnahme und menschen-
würdigen Unterbringung der Schutzsuchenden. Konsens
bestand auch in der Frage, dass das Land die Kommunen
bei der Flüchtlingsaufnahme und Unterbringung unterstüt-
zen muss.

Die Fraktion der CDU äußerte im Rahmen der Beratungen
Bedenken, ob die pauschale Zuweisung an die Kommu-
nen für Flüchtlingsaufnahme ausreichend sei. Im Übrigen
könne die Aufnahme von Flüchtlingen bewältigt werden,
ohne neue Schulden aufzunehmen.

Die zur Beschlussfassung im Haushalts- und Finanzaus-
schuss eingebrachten Änderungsanträge der Fraktion der
CDU legten insoweit den Schwerpunkt auf die von der
Fraktion aufgrund der Steuerschätzung im Mai 2015 erwar-
teten Mehreinnahmen sowie globalen Minderausgaben.

Die Ministerin der Finanzen verwies im Gegenzug auf
die Dimension und Dringlichkeit der Aufgabe und kündig-
te an, dass im Vollzug gegengesparrt werde. Dies fand
die Unterstützung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN. Die entsprechenden Änderungsanträge
der CDU wurden abgelehnt.

Ein weiterer Schwerpunkt des Nachtragshaushalts ist der
Ausbau der Betreuung für die unter Dreijährigen. Insoweit

sind 25 Millionen Euro für die Kommunen etatisiert.

Der dritte Schwerpunkt des Nachtragshaushalt betrifft die Bereitstellung von Landesmitteln für finanzschwache Kommunen. Das Land verstärkt das Bundesprogramm für kommunale Investitionen um weitere 31,7 Millionen Euro aus Landesmitteln. Haushaltstechnisch und haushaltsrechtlich wird das Instrumentarium eines Sondervermögens gewählt.

Der von der Fraktion der CDU vorgelegte entsprechende Änderungsantrag als Gegenvorschlag zur Schaffung eines Sondervermögens, die beantragte Überführung des kommunalen Investitionsprogramms in den Kernhaushalt, wurde mit der Mehrheit den Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die regierungstragenden Fraktionen haben zur abschließenden Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss Änderungsanträge zum Einzelplan 03 – Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur – eingebracht. Mit diesen Änderungsanträgen sollen die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Einnahmen der Bundesmittel aus den Erlösen der Vergabe Digitale Dividende II sowie der korrespondierenden Ausgaben für den Breitbandausbau etatisiert werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU empfohlen, den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2015 anzunehmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Soweit ich die Zeichen der Fraktionen verstanden habe, wird auf eine weitere Berichterstattung zu den Punkten 6 und 7 verzichtet.

Wir kommen dann direkt zur Debatte. Für die SPD-Fraktion hat Herr Dr. Alt das Wort.

Abg. Dr. Denis Alt, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir können thematisch direkt an den vorherigen Tagesordnungspunkt anschließen; denn die Flüchtlingshilfe, die Flüchtlingspolitik bildet auch den Schwerpunkt für den heute zur zweiten und dritten Beratung anstehenden Nachtragshaushalt 2015.

Darüber hinaus werden im Nachtrag aktuelle Entwicklungen nachvollzogen, Investitionen von finanzschwachen Gemeinden und Landkreisen unterstützt und Vereinbarungen zwischen Landes- und Kommunalebene finanziell umgesetzt.

Warum das alles in Form eines Nachtragshaushalts? – Gerade die Ausgaben im Asylbereich sind rechtlich zwingend. Dass der Weg eines Nachtrags allerdings beschritten wird,

zeigt, dass die Regierungskoalition mit offenen Karten spielt und wichtige Bereiche mit regelt, bei denen mit den Kommunen Einvernehmen erzielt werden konnte, zum Beispiel beim Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für die unter Dreijährigen.

Der Regierungsentwurf sah eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Erstaufnahmeeinrichtungen auf 58 Millionen Euro vor und bei den Erstattungen des Landes an die Kommunen für die Versorgung der Flüchtlinge im Anschluss daran 60 Millionen Euro.

Eine neue Prognose des Bundesamtes hat diese Prognosen dann als überholt erscheinen lassen und es erforderlich gemacht, nochmals um insgesamt 30 Millionen Euro aufzustoßen.

Dabei will ich aus finanzpolitischer Sicht betonen, dass die zusätzlichen Ausgaben nicht dadurch entstehen, dass wir diesen Beschluss fassen, dass wir sie in den Haushalt hineinschreiben, sondern die Ausgaben entstehen, weil die Menschen in größerer Zahl kommen und einen Anspruch auf ordentliche Versorgung hier vor Ort haben, und dieser Anspruch ergibt sich nicht aus Landesrecht, sondern aus Bundesrecht und natürlich vor allem aus den ethischen Grundsätzen, die uns alle einen sollten.

Die Landesregierung hat zugesagt, die damit verbundene Erhöhung der Ausgaben soweit wie möglich im Vollzug gegenzusparen. Drei Viertel des Haushaltsjahres sind bereits vorbei. Die CDU-Fraktion hat den Vorschlag gemacht, eine globale Minderausgabe vorzusehen. Das ist ein Vorschlag, mit dem man sich ernsthaft auseinandersetzen kann. Wir glauben aber, dass in Anbetracht des fortgeschrittenen Haushaltsjahres das eben nicht mehr ohne Weiteres sinnvoll ist und damit nicht mehr eingespart würde als bei der Zusage, auf die ich gerade hingewiesen habe.

Weitere Anregungen aus der CDU-Fraktion kann ich jetzt nicht mehr so ernst nehmen. Anregung 1 war, Steuereinnahmen zu erhöhen. Das ist wirklich im Ernst kein Gegenfinanzierungsvorschlag. Die Steuereinnahmen gehen ein, oder sie gehen nicht ein. Die Regierung hat vorsichtig veranschlagt. Genau das fordern Sie immer. Das steht in der Landeshaushaltsordnung. Dass jetzt ausgerechnet die CDU fordert, mehr Steuereinnahmen in den Haushalt zu schreiben, verwundert sehr.

Wenn die Mittel kommen, dann verbessert das – – –

(Gerd Schreiner, CDU: Wir wollen, dass Sie nicht zu viele Schulden machen!)

– Unser Weg ist dafür der bessere, verehrter Herr Schreiner.

Was den Ansatz der Steuereinnahmen angeht, können Sie sich heute zum vierten Mal von der Ministerin erklären lassen, warum der so zutreffend ist, wie er gewählt wurde.

Zweitens, die Investitionsmillionen, sagt die CDU, des Bundes würden auch zur Entlastung unseres Landeshaushalts führen. Das ist jetzt eine Bemerkung, die eigentlich die Kommunen aufhorchen lassen müsste, denn das Geld – so ist es zumindest unser Vorhaben – soll an die finanz-

schwachen Kommunen weitergeleitet werden, entlastet also den Landeshaushalt nicht.

Drittens, die angekündigten 6 Milliarden Euro des Bundes – haben Sie auch geschrieben, Herr Schreiner – würden auch zur Entlastung beitragen. Da empfehle ich eigentlich, die Jahreszahlen in Ihrer Pressemitteilung vom 11. September noch einmal zu überprüfen. Das wird erst 2016 bei uns eingehen, hilft uns jetzt akut auch nicht weiter.

Es bleibt festzuhalten, auch mit dem Nachtrag werden die beiden geltenden Schuldenobergrenzen mit Sicherheitsabstand eingehalten und der Konsolidierungskurs, also der Weg bis zum Jahr 2020, nicht infrage gestellt. Kein einziger Vorschlag aus der CDU-Fraktion würde über unsere Vorschläge hinaus im Ergebnis zu einer Reduzierung der Nettokreditaufnahme führen, es sei denn zulasten der Kommunen. Ich glaube, so muss man es formulieren.

Die anderen Schwerpunkte kann ich Anbetracht der Zeit nur kurz nennen. Einvernehmen gibt es mit den Kommunen über die Ausgestaltung des kommunalen Investitionsprogramms 3.0 in Rheinland-Pfalz. Wir werden die Verwendungsmöglichkeiten nicht einschränken und über einen eigenen Landesanteil in Höhe von 32 Millionen Euro mehr Investitionen ermöglichen, als es nur mit dem Bundesprogramm möglich wäre.

Insgesamt werden 285 Millionen Euro an Fördermitteln in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen.

Die Umsetzung dieses Investitionsprogramms soll in Form eines Sondervermögens erfolgen, also genauso wie auf der Bundesebene auch. Hierüber haben wir unterschiedliche Auffassungen.

Ich denke, wenn es überhaupt Gründe gibt, ein Sondervermögen einmal einzurichten, dann sind diese hier gegeben. Konkrete Zweckbindung der Bundesmittel, die mehrjährige Betrachtung, die Kombination mit Landeszuschüssen, die Flexibilität des Mittelabrufs, das sind vier Argumente, die jedenfalls für diese Organisationsform sprechen.

Meine Damen und Herren, zu guter Letzt war es möglich, im Deckblattverfahren noch 15 Millionen Euro für den Breitbandausbau zur Verfügung zu stellen, also zur Unterstützung der sogenannten NGA-Strategie des Landes, der Landesregierung, des Landes Rheinland-Pfalz. Diese Strategie wird mit Mitteln aus der Versteigerung von Funkfrequenzen unterstützt, sogenannte Digitale Dividende II, glaube ich, heißt es bei den Fachleuten.

Außerdem haben wir noch einen Entschließungsantrag der CDU-Fraktion vorliegen. Dazu ist in der bildungspolitischen Aktuellen Stunde schon das Vernünftige gesagt worden. Aus dem eigenen Erleben beim Lernen fremder Sprachen kann ich mich den Argumenten der Kollegin Bettina Brück in diesem Fall anschließen.

Noch eine abschließende inhaltliche Bemerkung zur Flüchtlingssituation, die hier ihren finanzpolitischen Nachschlag findet. Die hohe Zahl an Asylbewerbern ist für unser Land natürlich eine Herausforderung. Das sollte man nicht bagatellisieren. Fragen und Probleme müssen offen angesprochen und sachlich gelöst und beantwortet werden.

Unser Dank gilt allen, die sich engagieren, im Ehrenamt, also komplett in der Freizeit, oder im Hauptamt, wobei die Arbeitszeit im Moment deutlich über das normale Pensum hinausragt.

Unsere gemeinsame Aufgabe – so denke ich – sollte es sein, offener oder auch unterschwelliger Stimmungsmache gegen Flüchtlinge entschieden gegenzutreten, wo immer sie uns begegnet. Dazu gehört wiederum ein finanzpolitisch besonnener Umgang mit diesen Fragen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Den Fraktionen steht eine Redezeit von bis zu zehn Minuten zur Verfügung.

(Thorsten Wehner, SPD: Bis zu zehn Minuten!)

Ich möchte aus gegebenem Anlass darauf hinweisen, dass Herr Dr. Alt sechs Minuten und 50 Sekunden gesprochen hat.

Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Schreiner für die CDU-Fraktion.

Abg. Gerd Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Nachtragshaushalt 2015 ist notwendig. Er war überfällig, aber er ist handwerklich schlecht gemacht.

Die Änderungsanträge der CDU zeigen, Rheinland-Pfalz kann die Flüchtlinge, die zu uns in unser Land kommen und hier Schutz suchen, auch ohne neue Schulden und ohne zusätzliche Kreditermächtigungen in Höhe von 95 Millionen Euro versorgen.

Der Nachtragshaushalt war notwendig, deshalb kann die CDU auch all diesen Ausgabeermächtigungen, die dort stehen, zustimmen. Wir haben den Deckblättern von SPD und GRÜNEN, mit denen jetzt im Deckblattverfahren noch zusätzliche sinnvolle Ausgaben auf den Weg gebracht worden sind, zugestimmt; denn das Geld brauchen wir, damit Flüchtlinge in unseren Städten und Gemeinden ein Dach über den Kopf bekommen. Das Geld ist für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit; denn diese Menschen haben mehr verdient als nur warme Worte, und das ist Geld gegen den Investitionsstau in unseren Kommunen, wiewohl das alles nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist und die Infrastruktur unter unseren Händen zerbröckelt.

Wir stimmen diesen Ausgaben zu, sie sind notwendig, und der Nachtragshaushalt war überfällig.

Schon bei der Aufstellung des laufenden Doppelhaushalts im Herbst 2013 haben wir darüber diskutiert, dass das Geld nicht reichen würde. Die Zeit seither zeigt, dass im

Bereich der Flüchtlingshilfe die Landesregierung mit außerplanmäßigen Ausgaben arbeiten muss.

Am 2. Juli 2014 war die erste außerplanmäßige Ausgabe. Es ging damals um 45,3 Millionen Euro im Ministerium von Frau Alt, damals wie auch jetzt 2015 ohne konkrete Gegenfinanzierung. Aber im Ergebnis wurde im Einzelplan 07 nach diesem Termin im Juli 2014 im Vollzug alles gestrichen, was ging. Letztendlich ist das dann jedoch nicht den Flüchtlingen zugute gekommen, und die Betreuung der Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz hatte dadurch, dass man nicht mit einem regulären Haushalt oder Nachtragshaushalt gearbeitet hat, sondern mit außerplanmäßigen Haushaltsmitteln, gelitten.

Dann gab es im Sommer dieses Jahres, am 15. Juni, die zweite außerplanmäßige Ausgabe für die Flüchtlinge. Damals ging es um 80 Millionen Euro. Wir hatten schon 2014 angemahnt, dass es einen Nachtragshaushalt braucht. Insofern war dieser jetzt überfällig.

Ich möchte an der Stelle mit Irrtümern von Ihnen aufräumen, Herr Kollege Alt.

(Carsten Pörksen, SPD: Er irrt sich nie!)

Der erste Irrtum wäre, in Rheinland-Pfalz könnten jetzt mehr Kindertagesstätten gebaut werden. Das haben Sie vorhin in einem Nebensatz gesagt. Es ist richtig, dort stehen 25 Millionen Euro, aber diese 25 Millionen Euro im Nachtragshaushalt lösen höchstens den Investitionsstau, den Förderstau auf. In Wahrheit ist es so, dass in Kapitel 07 05 „Jugend“ für den Kitabau im Jahr 2013 noch 32 Millionen Euro standen, im nächsten Jahr 2014 waren es 20 Millionen Euro, und im regulären laufenden Haushalt stehen für dieses Jahr gerade noch einmal 5 Millionen Euro.

Die 25 Millionen Euro, die Sie jetzt richtigerweise draufsetzen, dienen lediglich dazu, wieder auf das Niveau bzw. noch nicht einmal auf das Niveau von 2013 zu kommen.

(Beifall bei der CDU –
Hedi Thelen, CDU: So ist es!)

Herr Alt, das heißt, an dieser Stelle geht es nicht darum, dass wir jetzt goldenen Zeiten bei der Versorgung der unter Dreijährigen entgegengehen, sondern die Wahrheit ist, es wurde lediglich der Förderstau beseitigt. Diese Landesregierung spart nach wie vor auf Kosten der Kommunen.

(Beifall der CDU –
Carsten Pörksen, SPD: Papperlapapp!)

Der Haushalt war notwendig, überfällig, aber handwerklich schlecht gemacht.

Herr Hartenfels, Sie haben es schon angesprochen, wir haben eine grundsätzliche Diskussion zu der Frage, wie Steuereinnahmen zu veranschlagen sind. Das ist eigentlich aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit, dass die Steuermehreinnahmen, die dem Parlament mitgeteilt werden, auch vorhanden sind und veranschlagt werden, zumindest sollte man das meinen.

Ich stelle hiermit fest, auch nach den Beratungen im

Haushalts- und Finanzausschuss, dass die 25 Millionen Euro, die Sie mir in Beantwortung auf meine Kleine Anfrage mitgeteilt haben, nicht an der Stelle und in der Höhe veranschlagt sind, wo der Nachtragshaushalt das vorgibt, Frau Kollegin Ahnen. Sie sind schlicht und ergreifend nicht veranschlagt. Wenn Sie dem entsprechenden Deckblatt von uns zustimmen, dann können Sie diesen Fehler korrigieren, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN.

(Hedi Thelen, CDU: Das ist dann
Haushaltswahrheit!)

Wir haben dank des Fleißes und des Ideenreichtums der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sprudelnde Steuereinnahmen. Ja, das ist toll, das ist wichtig und richtig. Deshalb können wir auch 40.000 Flüchtlinge nicht nur dank der Tatkraft der Hauptamtlichen, nicht nur dank der Tatkraft der vielen Ehrenamtlichen, sondern eben auch dank dieser Steuereinnahmen ohne neue Schulden finanzieren.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Dr. Denis Alt, SPD)

Wir können das schaffen. Wir müssen nur das Geld, das uns der Bund 2015 – ich rede nicht über die 6 Milliarden Euro, die in den kommenden Jahren kommen; ich rede über das Geld, das dieses Jahr kommt – in Höhe von 48 Millionen Euro zur Verfügung stellt, in den Haushalt hineinschreiben. Deshalb bitte ich Sie, tun Sie das bitte, folgen Sie unserem Deckblatt.

Wir können die Steuermehreinnahmen, die in Höhe von 25 Millionen Euro kommen, in den Haushalt einstellen. Wenn Sie das machen, haben Sie einen entsprechend geringeren Bedarf an Kreditermächtigungen.

Sie können das Geld, das Sie für das kommunale Investitionsprogramm in diesem Jahr brauchen, in diesem Jahr einstellen, aber auch nur so viel Geld, wie Sie in diesem Jahr wirklich brauchen.

Wenn Sie in diesem Jahr das Geld einstellen, das Sie auch in den Folgejahren brauchen, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn Sie sich in diesem Jahr dafür auch noch Kreditermächtigungen geben lassen müssen, um den Haushalt formal auszugleichen.

(Beifall der CDU)

Es ist nicht nur so, dass wir Steuermehreinnahmen haben und Dinge falsch veranschlagt werden, es ist vielmehr so, dass wir auch einen Blick auf die Reste haben dürfen.

Hier will ich zwei Beispiele nennen, weil Sie gesagt haben, es wäre zu spät, um einen Blick auf die Reste zu werfen.

Wir haben die Ist-Listen bekommen. Ich will beispielhaft Kapitel 14 13 nennen „Vollzug des Wasserentnahmeentgelts“. Hier sind erwartete Einnahmen von 19,5 Millionen Euro etatisiert. Was ist gekommen, jetzt schon, Stand Ende August? – 26,2 Millionen Euro. Das bedeutet also einen erheblichen Mehreingang an Wasserentnahmeentgelt.

Das Jahr ist noch nicht zu Ende, da kommen noch einmal

10 Millionen Euro oben drauf, Herr Kollege Alt.

(Thorsten Wehner, SPD: Sie waren doch immer gegen den Wassercent!)

– Ich rede über Haushaltsreste, ich rede dagegen, dass Sie immer, wenn Sie eine wichtige Aufgabe finanzieren wollen, dann nur Schulden machen, Schulden, Schulden, Schulden. Damit muss Schluss sein.

(Beifall der CDU –
Zuruf von der SPD: Immer nur dagegen!)

Jetzt reden wir über die Ausgaben. Ich habe keine Lust, immer nur über des Kaisers Bart zu streiten. Sie machen Schulden ohne Not. Damit muss Schluss sein.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Sie haben beim Wasserentnahmeentgelt Ausgaben von ebenfalls 19,5 Millionen Euro. Was haben Sie denn ausgegeben? – Das sind Ende August gerade einmal 1,2 Millionen Euro. Sie haben allein in diesem Kapitel Reste von 24,9 Millionen Euro.

(Julia Klöckner, CDU: Schuldenkönig!)

Ich nehme ein zweites Beispiel: Kapitel 20 02, Titel 461 01, die berühmte Reserve „Personelle Mehraufwendung“. Schauen wir uns einmal an, wie es in der Vergangenheit war. Der letzte Rechnungsabschluss, der uns vorliegt, war für das Jahr 2013. Da hatten wir auf diesem Titel 61 Millionen Euro angesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt frage ich Sie, wie viel von den 61 Millionen Euro Reserve für Personalmehraufwendungen ausgegeben worden ist. Ich verrate es Ihnen: Null. 61 Millionen Euro hat der Rest auf diesem Titel im Jahr 2013 betragen, dem letzten Jahr, in dem wir die Haushaltsrechnung vorliegen haben.

Jetzt schauen wir in das laufende Jahr. Was haben wir an Reserve auf dem Titel 461 01 Kapitel 20 02 eingestellt? – Wir haben dort 91,4 Millionen Euro veranschlagt. Ich frage Sie: Was haben wir ausgegeben? – Null. Wir haben allein auf diesem Titel einen Rest von 91,4 Millionen Euro.

Das Jahr ist noch nicht zu Ende, aber ich stelle fest, dass auf diesem Titel immer riesige Reste bleiben.

Alles, was wir wollen ist, dass Sie sich, wenn etwas wichtig ist, wir Geld in die Hand nehmen müssen, um Flüchtlingen zu helfen, wir Geld in die Hand nehmen müssen, um den Kommunen zu helfen und Geld in die Hand nehmen müssen, um Kindertagesstätten zu bauen, dann keinen Freibrief per Kreditermächtigung geben lassen. Alles, was wir wollen, ist, dass Sie in Ihre Taschen schauen, was dort ist, was an Steuermehreinnahmen und an Haushaltsresten vorhanden ist, und es so veranschlagen, dass wir mit möglichst wenig Schulden herauskommen.

(Beifall der CDU)

Es bleibt die Frage: Warum? – Mehr Steuern, große Haushaltsreste, die Taschen sind voll. Warum will diese Landes-

regierung für 95 Millionen Euro zusätzliche Kreditermächtigungen? Warum?

(Michael Hüttner, SPD: Sonst hätten Sie keinen Grund mehr zum Reden!)

Ich befürchte, das sind die ersten Vorzeichen des Wahlhaushaltes 2016.

(Beifall der CDU)

Wir haben da unsere Erfahrungen, sonst würde ich das nicht sagen, Frau Ahnen. Ich sage es schon jetzt, damit, wenn es in den nächsten sechs Monaten so kommt, ich sagen kann: Frau Ahnen, damals habe ich es schon gewusst. – Ich kann mich noch daran erinnern, dass unter Kurt Beck kurz vor einer Wahl plötzlich 80 Millionen Euro da waren für Wahlgeschenke, einfach einmal so. Das kann Sie freuen, wenn die Landesregierung in den nächsten sechs Monaten mit einem Füllhorn durchs Land geht, das stärkt Ihre Chancen. Sie brauchen nicht so zu zittern um Ihre Landtagsmandate.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Aber das Entscheidende ist, das höhlt das Budgetrecht des Parlaments aus. Es ist nicht Ihr Geld, es ist das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, und die Ausgabeermächtigungen, die dieses Parlament erteilt, sind der Rahmen, in dem die Landesregierung zu wirtschaften hat. Sie können das Geld ausgeben, von dem wir sagen, dass Sie es ausgeben dürfen, nicht mehr und nicht weniger.

Und es ist klug und richtig, diese Landesregierung, was Kreditermächtigungen angeht, kurz zu halten.

Wir haben die Erfahrung mit Frau Dreyer gemacht, als sie noch Sozialministerin war, dass sie uns eine liebe und teure Sozialministerin war, während sich alle anderen Ministerien immer bemüht haben, grob geradeaus zu laufen. Bei Frau Dreyer gingen die Ausgaben jedes Jahr um 6 % oder 7 % hoch, immer gut begründet, sozialpolitische Notwendigkeiten.

Die Wahrheit ist, schon damals hat es die Ministerin Dreyer nie interessiert, woher das Geld kam, und es interessiert auch heute die Ministerpräsidentin Dreyer nicht, woher das Geld kommt.

(Beifall der CDU)

Es kann nicht sein, dass eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung das Unsozialste tut, was man überhaupt tun kann, nämlich kommenden Generationen die Lasten aufzubürden, die wir in dieser Generation tragen könnten.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Hartenfels das Wort.

(Carsten Pörksen, SPD: Da muss ich ja morgen zum Ohrenarzt bei dieser Schreierei!)

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das war wirklich eine herzerfrischende Empörung, Herr Schreiner, die da zum Tragen kam! Ihre Rede kam wirklich sehr authentisch rüber, und das ist mir persönlich auch deutlich lieber als der Heiligenschein, den die eine oder andere Kollegin am Rednerpult vor sich herträgt oder über sich hält.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Nachtragshaushalt 2015 steht ganz im Zeichen der großen Fluchtbewegungen nach Europa, die bisher größte humanitäre Herausforderung für das Land Rheinland-Pfalz. Ich hoffe, das ist inzwischen – spätestens heute auch nach dieser Regierungserklärung – jedem klar geworden. Weiterhin ist deutlich geworden, das Land und die Kommunen handeln seit Monaten gemeinsam mit der Zivilgesellschaft unermüdlich, um den Menschen nach ihrer Flucht ein Dach über dem Kopf zu geben sowie Nahrung und gesundheitliche Versorgung, aber vor allen Dingen mittelfristig auch eine Integrationsperspektive.

Es wird ebenfalls deutlich, der Nachtragshaushalt gibt diesen Bemühungen einen finanziellen Rahmen in einer Größenordnung von etwa 170 Millionen Euro plus. Damit wird deutlich, wir wollen und werden diese Belastungen finanziell stemmen. Der heute vorgelegte Nachtragshaushalt zeigt den Menschen in unserem Land – und ich glaube, das ist sehr wichtig –, wir sind definitiv nicht finanziell überfordert. Wir können diese humanitäre Herausforderung bewältigen. Weshalb können wir das? – Herr Schreiner, hören Sie gut zu!

Die solide Haushaltsführung der letzten Jahre,

(Heiterkeit bei der CDU)

der konsequente Abbau des strukturellen Defizits – Sie müssten die Zahlen eigentlich kennen –, eine eher vorsichtige Veranschlagung der Einnahmesituation – Sie empören sich darüber, dass wir eher vorsichtig veranschlagen – und natürlich weiterhin – das gebe ich gerne zu – ein extrem niedriges Zinsniveau sind Faktoren, die ich an dieser Stelle nennen möchte. Auch das niedrige Zinsniveau bringt uns natürlich Entlastung.

Aber all diese Faktoren tragen dazu bei, die erheblichen Mehrausgaben zum überwiegenden Teil gegenzufinanzieren. Um in Ihrer Sprache zu bleiben: Ich finde, das war handwerklich sehr gut vorbereitet von dieser Landesregierung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wie robust der Haushalt dieser rot-grünen Landesregierung in Wirklichkeit ist, zeigt nicht zuletzt in diesem Zusammenhang der freiwillige Landeszuschuss zu den Bundesmitteln zum kommunalen Investitionsprogramm in einer Höhe von über 30 Millionen Euro.

Es ist aber – ich glaube, auch in der Debatte – deutlich geworden, aufgrund der ständigen, vom BAMF dramatisch geänderten Schätzungen zu den Flüchtlingszahlen – im letzten Jahr lag diese Zahl noch bei 200.000, vor der Sommerpause betrug sie noch 400.000, nun sind wir bei 800.000 bis 1 Million – haben wir uns für einen Nachtragshaushalt entschieden, um es transparent zu machen, um auch die notwendigen Belastungen, die entstehen, aufzuzeigen und um zu zeigen, ja, wir können diese Lasten schultern. Aber ich habe Ihre Aussagen schon bei der ersten Lesung als eine unerträgliche Provokation empfunden, und Sie haben es heute quasi noch einmal wiederholt. Ich zitiere Sie wörtlich: „Mit dem Nachtragshaushalt muss die Landesregierung Planungsfehler bei den Flüchtlingszahlen korrigieren.“

Nicht das Land musste korrigieren, sondern der Bund musste ständig korrigieren. – Herr Schreiner, nehmen Sie dies als haushaltspolitischer Sprecher endlich einmal zur Kenntnis.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der Nachtragshaushalt macht weiterhin deutlich, wenn es ein Unvermögen in Sachen Flüchtlingsthematik gibt, dann liegt es eindeutig beim Bund. Wer die Debatte heute aufmerksam verfolgt hat, hat dies, glaube ich, unschwer erkennen können. Wenn ich Sie und auch die CDU-Fraktion wäre, würde ich mich eher beschämt abwenden im Hinblick auf die Arbeitsverweigerung, die die Bundesregierung in den letzten Monaten an den Tag legt. Ich werde jetzt nicht alle Stichworte noch einmal ausführlich wiederholen, sondern nur einige Punkte nennen: zu wenige Mitarbeiter beim BAMF, aber auch keine strukturell nennenswerten Beteiligungen bei den Ausgaben. Das sind die entscheidenden Arbeitsverweigerungen, die stattgefunden haben, und da hilft es auch nicht, wenn Frau Klöckner in ihrem Beitrag vorhin jede Menge Nebelkerzen wirft und sich eben nicht konkret mit den Zahlen auseinandersetzt.

(Julia Klöckner, CDU: Jetzt bin ich wieder dran!)

– Ja, Sie sind es leider in dem Fall, Frau Klöckner. Es ist schön, dass Sie den Weg ins Plenum jetzt wieder gefunden haben. Sie hatten es anscheinend nicht nötig, obwohl Sie gern mit dem Heiligenschein herumlaufen, den Kollegen im Haus zuzuhören bei ihrer sachlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema, Frau Klöckner.

(Zurufe bei der CDU – Julia Klöckner, CDU: Wo ist denn Ihr Fraktionsvorsitzender?)

Bei diesem Nachtragshaushalt wird weiterhin deutlich, er ist inhaltlich alternativlos, nicht nur vor dem Hintergrund unserer rechtlichen Verpflichtungen, sondern insbesondere vor dem Hintergrund unserer humanitären Verpflichtungen. Trotzdem bringen Sie von der CDU es fertig, dagegenzustimmen mit formal sehr fadenscheinigen Begründungen. Mein Kollege Dr. Alt hat schon entsprechende Ausführungen dazu gemacht. Ich soll ein wenig auf die Zeit achten, sodass ich die Punkte nicht noch einmal aus grüner Sicht wiederholen möchte.

Der Nachtragshaushalt zeigt ebenfalls, wir lassen die engagierten Menschen und die Kommunen nicht im Regen stehen. Man muss sich noch einmal vor Augen führen, innerhalb weniger Monate hat es das Land geschafft, für menschenwürdige Unterkünfte zu sorgen, gemeinsam mit den Kommunen, mit den Menschen, mit den Sozialverbänden oder auch mit der Bundeswehr vor Ort. Diese Leistungen müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, und die Zahlen sind auch heute in der Debatte gefallen: Vor der Sommerpause hatten wir noch etwa 3.500 Plätze als Notunterkünfte in den Erstaufnahmeeinrichtungen, inzwischen hat sich diese Zahl fast verdreifacht auf fast 9.000 Plätze. Auch das könnte man zumindest einmal in einem Nebensatz wertschätzend anerkennen, Frau Klöckner.

(Julia Klöckner, CDU: Ich hatte so wenig Zeit! –

Zurufe von der SPD: Oh!)

– Das ist ein bemerkenswerter Zwischenruf.

Frau Klöckner, wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, den Problemstellungen wirklich einmal auf den Grund zu gehen, kämen Sie zu ganz anderen Schlüssen und Positionen als die, die Sie immer wieder versuchen, medienwirksam zu verkünden. Ich sage Ihnen einmal, wie Sie sich ganz persönlich für die Kommunen und für unser Bundesland hätten einsetzen können, indem Sie tagtäglich beim Bundeskanzleramt auf der Matte stehen, am besten – um in einem Bild zu sprechen – solidarisch mit den Flüchtlingen, dort ein Zelt aufschlagen und dieses Zelt erst wieder abbrechen, wenn unser gemeinsames Anliegen, das Anliegen von Ländern, Kommunen und der überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen in unserem Land, Gehör findet, sich als Bundesregierung endlich dieser humanitären Herausforderung professionell und mit der nötigen Herzkraft zu stellen.

Wir müssen aber auch über diesen Nachtragshaushalt hinaus schauen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Neben dem Tagesgeschäft geht es um die Frage der mittelfristigen Integration der Flüchtlinge. Die Zuwanderung durch Menschen auf der Flucht in dieser Größenordnung nimmt Ausmaße an, die die Zuwanderung der 90er-Jahre aus dem Osten inzwischen übertrifft. Das heißt, wir werden die Auswirkungen des demografischen Wandels in unserem Land neu definieren müssen. Wir werden die Zahlen überarbeiten müssen. Wir werden uns neuen Fragestellungen und neuen Herausforderungen stellen müssen. Wir werden auch neue Antworten auf das geben müssen, was hier gerade passiert.

Wir werden hoffentlich gemeinsam in diesem Haus feststellen, dass die momentan stattfindende Zuwanderung auch eine Riesenchance gerade für unser Bundesland darstellt. Ich bitte deshalb um Zustimmung durch das ganze Haus fraktionsübergreifend für den Nachtragshaushalt.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD))

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatsministerin Ahnen das Wort.

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich trotz dieser erhitzten Debatte zu später Stunde erst einmal,

(Zuruf des Abg. Gerd Schreiner, CDU)

Herr Schreiner, sogar auch mit einem Dank an Sie beginnen. Ich wollte mich eigentlich beim Haushalts- und Finanzausschuss, das heißt insbesondere bei seinem Vorsitzenden, aber durchaus bei allen Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses, bedanken. Wenn ein Nachtragshaushalt beraten wird, dann ist das für alle ein Mehraufwand. Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie das möglich gemacht haben.

Zum inhaltlichen Schwerpunkt dieses Nachtragshaushalts, der steigenden Zahl von Flüchtlingen, brauche ich nach der wirklich sehr ausführlichen Debatte heute Mittag nichts mehr auszuführen, außer dem, dass deutlich geworden ist, dass wir die Herausforderungen annehmen wollen und sie meistern werden. Dazu gehört es auch, dass wir frühzeitig einen Nachtragshaushalt angekündigt haben, und zwar noch vor der Sommerpause. Wir haben ihn auch noch vor der Sommerpause in dieses Parlament eingebracht.

Ich bin den Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sehr dankbar, dass, nachdem die neuen Prognosen vom BAMF vorlagen, der Nachtrag noch einmal entsprechend um 30 Millionen Euro aufgestockt werden konnte. Das macht deutlich, wie sehr wir von vernünftigen Prognosen abhängig sind und dass wir dies an der Stelle zurzeit mit vielen Unsicherheiten dennoch vernünftig etablieren müssen.

Der wesentliche Anteil der Mittel, die wir zusätzlich zur Verfügung stellen, geht an die Kommunen, und zwar sowohl der Mittel, die wir für den Bereich Flüchtlinge zur Verfügung stellen, als auch das Kommunale Investitionsprogramm als auch die Mittel für U3. Zusammengekommen mit dem Änderungsantrag, der jetzt noch einmal von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Digitalen Dividende gestellt worden ist, gehen aus diesem Nachtragshaushalt 181 Millionen Euro in Richtung Kommunen. Ich denke, das ist ein klares Wort, das wir an dieser Stelle sprechen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil ich versprochen habe, auch kurz zu reden, möchte ich sagen, Herr Schreiner, die Zeit reicht nicht aus – selbst die reguläre Zeit hätte es nicht gemacht –, um alle Ihre Fehler und Fehlinterpretationen anzusprechen. Ich versuche es in der Kürze der Zeit mit drei Punkten.

Wir haben erstens im Ausschuss redlich miteinander diskutiert, dass die U3-Mittel nichts mit den Anträgen zu tun haben, die für neue Kindergartengruppen gestellt werden, sondern dass die 25 Millionen Euro eine Vereinbarung mit

den Kommunen für die Vergangenheit sind. Das konnten Sie im Haushalts- und Finanzausschuss nachvollziehen. Ich weiß nicht, warum Sie es jetzt hier noch einmal falsch darstellen.

Der zweite Punkt ist der des Sondervermögens beim Thema Kommunales Investitionsprogramm, bei dem Sie Vorschläge machen, das jetzt in Tranchen zur Verfügung zu stellen, und sagen, man solle das nicht über ein Sondervermögen machen. Ich halte noch einmal fest, der Bund macht es über ein Sondervermögen. Der Bund führt die gesamten 3,5 Milliarden Euro dieses Jahr zu. Der Bund schreibt ausdrücklich in seine Verwaltungsvorschrift, dass es auch in den Ländern in Sondervermögen vereinnahmt werden kann. Es ist der absolut flexible Weg.

Wie Sie das im Übrigen heute prognostizieren wollen, dass Sie bei Bauinvestitionen, über die die Kommunen entscheiden, vier Jahrestanchen mit konkreten Summen festlegen können, da muss ich sagen, mir ist das schleierhaft. Ich meine, dass wir mit dem Sondervermögen einen guten und transparenten Weg im Sinne der Kommunen gehen.

Ich möchte gerne auch noch einmal auf Ihre Gegenfinanzierungsvorschläge eingehen, wobei es mir nicht leichtfällt, Herr Schreiner, überhaupt von Gegenfinanzierung zu sprechen.

In der Tat veranschlagen Sie Steuereinnahmen höher, obwohl wir ausführlich darüber diskutiert haben, auf welcher Grundlage die Steuereinnahmen etatisiert sind. Sie machen es an der Stelle einfach nach wie vor falsch. Da ist auch nicht zu diskutieren, ob man etwas will, sondern es ist einfach verfahrensmäßig falsch. Wenn Sie etwas hätten ändern wollen, dann hätten Sie Steuermehreinnahmen von 12 Millionen Euro veranschlagen können. Auch das haben wir Ihnen gesagt. Wir haben aber auch gesagt, dass wir eher auf die vorsichtige Seite gegangen sind.

Der zweite Gegenfinanzierungsvorschlag ist eine globale Minderausgabe. Auch hier haben wir deutlich gemacht, dass wir bereits im Haushaltsvollzug entsprechende Bewirtschaftungsmaßnahmen eingeleitet haben. An dieser Stelle haben wir also bereits gehandelt.

Sie sagen jetzt, das soll ein Wahlhaushalt sein. Dazu sage ich Ihnen zweierlei. Wer im Zusammenhang damit, dass es zusätzliche Ausgaben für Flüchtlinge gibt, nach dieser Debatte heute von einem Wahlhaushalt spricht, der hat aus meiner Sicht heute Mittag nicht zugehört. Wer im Zusammenhang mit zusätzlichen Mitteln für die Kommunen von einem Wahlhaushalt spricht, dem kann es so ernst mit der kommunalen Unterstützung nicht sein. Das möchte ich dann an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Sie gerne noch abschließend an zwei Dinge erinnern. Sie haben hier gesagt, Sie werden auch deutlich machen, wenn wir dann mehr ausgegeben, dass das ein Wahlhaushalt war. Ich bitte Sie heute, machen Sie dann auch deutlich, wenn wir wesentliche Teile gegengespart haben, und stellen Sie sich an dieses Pult und sagen dann, das hat die Landesregierung richtig gemacht.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Nachgerade unfachlich ist Ihre Pressemitteilung, auf die Herr Alt schon eingegangen ist, zu sagen, man bräuchte keine erhöhte Nettokreditaufnahme, weil man Geld aus der Flüchtlingsmilliarde bekäme, weil man das Investitionsprogramm des Bundes bekäme – das steht dort ausdrücklich drin – und den Anteil für Rheinland-Pfalz an dem von der Bundesregierung beschlossenen neuen 6-Milliarden-Programm, was das Flüchtlingsprogramm ist, bei dem wir hoffen, dass wir morgen endlich einmal erfahren, was wir daraus bekommen. Das zur Deckung der Nettokreditaufnahme 2015 heranziehen zu wollen, ist schon mehr als handwerklich nicht gut gemacht. Das ist einfach schlicht falsch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht schaffen Sie es nach diesen kurzen Ausführungen, dennoch über Ihren Schatten zu springen. Wenn Sie der Meinung sind, dass das vernünftige Ausgaben sind, die wir in diesem Nachtragshaushalt tätigen – das haben Sie eben hier gesagt –, wenn Sie gleichzeitig sehen, dass Ihre Gegenanschläge für eine Gegenfinanzierung gar keine Vorschläge zur Gegenfinanzierung sind und dafür völlig ungeeignet sind, dann könnten Sie jetzt dem Nachtragshaushalt zustimmen. Das würde mir Respekt abverlangen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen dann zur Abstimmung, zunächst zur Abstimmung zu Punkt 5 der Tagesordnung.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/5609 – ab. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 16/5575 –. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung einschließlich Nachtragshaushaltsplan – Drucksache 16/5278 – unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung, die eben angenommen worden ist. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich?

(Zurufe von der CDU)

– Stimmen Sie dafür, dagegen, oder enthalten Sie sich?

(Zurufe von der CDU: Sie müssen schon abfragen, ob wir dagegen sind!)

– Ich habe gefragt, wer sich enthält.

(Zurufe von der CDU)

– Doch, das können Sie im Protokoll nachlesen.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Und jetzt?)

Wer enthält sich?

(Weitere Zurufe von der CDU)

– Das hatte ich vorher gefragt.

(Julia Klöckner, CDU: Wir haben es nicht gehört!)

– Gut, Sie haben es nicht gehört. Das sehe ich ein. Ich frage also noch einmal: Wer ist dagegen? – Danke schön. Damit ist der Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 5590 –. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 6. Wir stimmen unmittelbar über den Gesetzentwurf – Drucksache 16/5279 – ab. Wer dem Gesetzentwurf in zweiter Beratung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Dann ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer diesem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist dieser Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 7. Wir stimmen über den Antrag – Drucksache 16/5285 – ab. Die Beschlussempfehlung empfiehlt die unveränderte Annahme des Antrags. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Wir hatten gar kein einstimmiges Ergebnis erwartet, aber dieser Antrag ist einstimmig mit den Stimmen der SPD, der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Damit sind die Abstimmungen zu diesem Teil der Tages-

ordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Neufassung des Landesgesetzes über die Befriedung des Landtagsgebäudes
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/5570 –
Erste Beratung**

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Ich weise darauf hin, dass morgen in der 104. Plenarsitzung die zweite Beratung stattfindet.

Herr Pörksen hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Carsten Pörksen, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem alle wach geworden sind, können wir jetzt schnell über den Gesetzentwurf „Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Neufassung des Landesgesetzes über die Befriedung des Landtagsgebäudes“ beraten. Hintergrund ist, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, erst im Januar nächsten Jahres in das Rathaus umzuziehen. Deshalb muss der Zeitraum geändert werden. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2016 in Kraft treten.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Bracht das Wort.

Abg. Hans-Josef Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es handelt sich um einen gemeinsamen Gesetzentwurf. Entgegen den meisten Fällen stimmt die CDU-Fraktion ausnahmsweise all dem zu, was der Vorredner gesagt hat.

(Carsten Pörksen, SPD: Das werde ich mir merken!)

Danke schön.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Wiechmann das Wort.

Abg. Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Präsident, meine Damen und Herren! Meine Kollegen haben bereits ausgeführt, um was es geht und

dass es deshalb vollkommen richtig ist, dass wir das Gesetz noch einmal ändern. Das Gesetz wahrt den Schutz und die Funktionsfähigkeit des Landtags und der Abgeordneten und schränkt die Versammlungsfreiheit – darüber gab es den einen oder anderen Artikel in den Zeitungen – nicht unverhältnismäßig ein. Wir können dem guten Gewissens zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Morgen findet dann die zweite Beratung statt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Agrar- und Ernährungsbericht 2015
Besprechung des Berichts der Landesregierung
(Drucksache 16/5568) gemäß Beschluss des
Landtags vom 12. Oktober 1989 zu
Drucksache 11/3099**

Es war eine Grundredezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Nach meinen jetzigen Erkenntnissen wird die Besprechung des Berichts aber abschließend an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten überwiesen und ist damit für das Plenum erledigt.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich lade Sie für die morgige Sitzung am 24. September 2015 um 09:30 Uhr ein.

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr.